

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **18. und 19. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2016/2017 vom 27. Februar 2017

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz:	Ch. Leupi (SVP)
Protokoll:	A. Fatzer
Entschuldigt:	Ch. Baumann (SP, nur Nachmittagssitzung), U. Meier, (SP, nur Abendsitzung), R. Keller (SVP), I. Kuster (CVP), M. Zeugin (GLP), K. Lang (Protokollführung)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*	17.16	Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen S. Crespo (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
2.*	16.96 (DFI)	Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2015	Verschiedene
3.*	16.122 (DFI)	Kredit von Fr. 1'922'700 für den Umbau und die Erweiterung des Ökonomiegebäudes für den Pachtbetrieb Eschenbergstr. 2, 8400 Winterthur	H.R. Hofer
4.	16.39 (DFI)	Begründung des Postulats U. Hofer (FDP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und A. Steiner (GLP) betr. zentrale, professionelle Debitoren- und Verlustscheinbewirtschaftung	
5.*	16.91 (DB)	Begründung des Postulats D. Schneider (FDP) betr. Stadt der Pioniere	
6.*	16.37 (DB)	Beantwortung der Interpellation R. Diener (Grüne/AL) und M. Wäckerlin (PP) betr. Umsetzung der Littering-Gebühren	
7.*	16.101 (DSU)	Begründung des Postulats K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Helbling (SP) und B. Huizinga (EVP/BDP) betr. Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei	

- | | | |
|------|-----------------|---|
| 8.* | 13.90
(DSU) | Ergänzungsbericht zu Antrag und Bericht zum Postulat F. Landolt (SP), A. Steiner (GLP), B. Günthard Fitze (EVP) und Ch. Griesser (Grüne) betr. Parkierungsregime Wartstrasse / Eulachhallen und weiteres Umfeld |
| 9.* | 16.60
(DKD) | Begründung der Motion M. Zehnder (GLP/PP), G. Gisler-Burri (SVP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Produktgruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten |
| 10. | 16.93
(DKD) | Begründung des Postulats M. Zeugin (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in W'thur |
| 11.* | 16.58
(DKD) | Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP/BDP), G. Stritt (SP), A. Steiner (GLP) und F. Helg (FDP) betr. Steig – ein W'thurer Problemquartier? |
| 12. | 16.121
(DKD) | Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rüttsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling |
| 13.* | 16.88
(DKD) | Beantwortung der Interpellation M. Baumberger (CVP) betr. christliche Symbole in Friedhofskapelle Rosenberg |
| 14.* | 16.86
(DKD) | Beantwortung der Interpellation M. Baumberger (CVP) betr. Bedeutung von Vereinen |
| 15. | 16.89
(DKD) | Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft von Winterthur als Industriestadt - ohne Industrieland auch keine Industrie 4.0 |
| 16. | 16.18
(DSS) | Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP) betr. Integration Schulbibliotheken in Quartierbibliotheken |
| 17. | 16.79
(DSS) | Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP) betr. Schulraumerweiterung |

(* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

- | | | |
|----|---------|---|
| 1. | B13/097 | VINCA geb. TUSI Miseret, geb. 1981, mazedonische Staatsangehörige |
| 2. | B14/155 | YORULMAZ geb. TASKAYA Gülsen, geb. 1978, türkische Staatsangehörige |
| 3. | B14/187 | OSMANI Skender, geb. 1981, mazedonischer Staatsangehöriger |
| 4. | B15/133 | GARCIA SANCHEZ geb. NILL Christina Katrin, geb. 1976, mit Kindern Alisa Christina, geb. 2011, Alena Luisa, geb. 2016, und Alina Laura, geb. 2016, deutsche Staatsangehörige |
| 5. | B16/007 | KARADAG Hüseyin, geb. 1979, mit Kindern Ali, geb. 2008, und Ceren, geb. 2011, türkische Staatsangehörige |
| 6. | B16/039 | KARIM Ako, geb. 1973, und Ehefrau FATHULLA Turan, geb. 1979, mit Kind KARIM Ileana, geb. 2016, irakische Staatsangehörige |
| 7. | B16/045 | STRITZKE Tabea, geb. 2001, deutsche Staatsangehörige |
| 8. | B16/090 | STEFANOVIC WEISSHAUPT geb. STEFANOVIC Mirjana, geb. 1955, serbische Staatsangehörige |

9. B16/092 COSTA FERREIRO Patricia, geb. 1982, und Ehemann BUCETA LORENZO Sergio, geb. 1977, mit Kind BUCETA COSTA Iker, geb. 2012, spanische Staatsangehörige
10. B16/094 GONZALEZ ESPAÑA Dora Martha, geb. 1977, ecuadorianische Staatsangehörige
11. B16/096 ÖZTÜRK Abdullah, geb. 1990, mit Kind Miran Can, geb. 2015, türkische Staatsangehörige
12. B16/105 KHALIKI Ferydun, geb. 1971, und Ehefrau KHALIKI geb. SALIMI Laila, geb. 1978, mit Kindern Roya, geb. 2004, und Barish, geb. 2008, afghanische Staatsangehörige
13. B16/108 MIFTARI BAJRAMI geb. BAJRAMI Festime, geb. 1982, und Ehemann MIFTARI Sultanali, geb. 1984, mit Kindern MIFTARI Erza, geb. 2009, MIFTARI Yllza, geb. 2012, und MIFTARI Dijar, geb. 2016, mazedonische Staatsangehörige

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich begrüsse zur 18. und 19. Sitzung im Amtsjahr 2016/2017. Entschuldigungen haben wir für beide Sitzungen immer noch Katharina Lang (krankgeschrieben), statt ihr ist jetzt zum zweiten Mal Andrea Fatzer hier, um für uns das Protokoll zu schreiben. Michael Zeugin ist ebenfalls beide Sitzungen abwesend. Er hatte ein freudiges Ereignis, er wurde Vater von einer Tochter Clara Raja (ich habe noch eine Karte, die ich weitergeben werde). Daher ganz herzliche Gratulation. Rolando Keller und Iris Kuster sind auch an beiden Sitzungen abwesend. Bei der ersten Sitzung fehlt Christoph Baumann, für die zweite Sitzung hat sich Ursina Meier entschuldigt. Dann haben wir noch einen Todesfall von einem ehemaligen Stadtrat. Im Namen der Ratsleitung werde ich eine Trauerkarte an die Hinterbliebenen an die Traueradresse senden. Das zur Information.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Letztes Mal hatte man ein Durcheinander mit den Vorstössen am Schluss, welche Vorstösse eingereicht oder unterschrieben wurden. Ich bitte Euch wirklich darum: Wenn Ihr einen solchen Vorstoss am Platz habt, bitte schaut ihn Euch an und gebt ihn effizient weiter. Und diejenigen, die den Vorstoss einreichen, senden ihn bitte vorgängig noch elektronisch an Jürg Bachmann.

Fraktionserklärungen

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP möchte sich äussern zur heute bekanntgegebenen Subventionserhöhung für den Kunstverein. Nach den breit abgestützten Vorgesprächen und einer offensichtlich erfolgreichen Einflussnahme beim Kanton hat heute der Stadtrat offiziell seine Weisung zur Subventionserhöhung für den Kunstverein vorgestellt. Die FDP-Fraktion begrüsst mit grosser Erleichterung die Absicht des Stadtrates, das Drei-Häuser-Konzept fortzuführen.

Bereits in der Weisung vom Jahr 2013 wollte der Stadtrat die Villa Flora als eigenständige Perle in der Schweizer Museumslandschaft erhalten und hat diesen Willen auch im letztjährigen Museumskonzept bestätigt. Der nun vorliegende Antrag auf Erhöhung der Subvention um 350'000.- CHF ist also folgerichtig und stellt trotzdem eine erfreulich günstige Lösung für die Weiterführung dieser Drei-Häuser-Strategie dar.

Insbesondere dank der vergrösserten Unterstützung des Kantons, der die Bedeutung der Winterthurer Museen offensichtlich erkannt hat, kann Winterthur mit einem minimalen Mehr-

aufwand seine international herausragende Kunstsammlung erhalten. Der Krediterhöhung ist also unbedingt zuzustimmen.

Damit ist aber dann erst der Anfang gemacht. Viel wichtiger als das Geld ist die künftige Vermarktung, die öffentlichkeitswirksame Positionierung unserer Kunstschatze. Der neu gegliederte Kunstverein, zusammen mit dem neu konzipierten "House of Winterthur" und alle anderen Beteiligten haben hier noch eine ganze Menge Arbeit vor sich: Die Winterthurer Kunstsammlungen müssen ihre Strahlkraft erhöhen, sollen stärker und weiter herum wahrgenommen werden und damit letztlich auch klar mehr Besucher anziehen.

Ausserdem sollen die weiteren Massnahmen, insbesondere die Übergabe des Personals an den Kunstverein, möglichst schnell an die Hand genommen werden. Nur so kann den Winterthurer Museen nämlich die nötige Handlungsfreiheit und Eigenverantwortung übertragen werden, die wir als FDP ja schon seit Jahren gefordert haben.

Die FDP-Fraktion begrüsst also den ersten Schritt in die richtige Richtung, dankt dem Stadtrat für seine umsichtige - obgleich zeitraubende - Vorgehensweise und hofft auf eine speditive und positive Bearbeitung durch den Gemeinderat sowie die schnelle Anhandnahme der weiteren Schritte.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte mich herzlich bedanken bei Christoph Magnusson und der FDP-Fraktion für diese Fraktionserklärung. Christoph, Du könntest eigentlich morgen bei uns beginnen im Bereich Kultur zu arbeiten, denn genau so, wie Du redest, reden wir auch. Wir sind überzeugt von diesem Projekt. Der Winterthurer Stadtrat hat eine riesige Chance an die Adresse des Grossen Gemeinderates geschickt. Eine riesige Chance, die Strahlkraft der Kulturstadt Winterthur verstärken zu können, und ich hoffe, dass der Grosse Gemeinderat sich intensiv mit dieser Vorlage auseinandersetzt, Diskussionen führt und dann hoffentlich den Sinn, den guten Sinn von diesem Projekt einsieht. Wir unterstreichen damit die 700'000 Fr., die der Regierungsrat bereits gesprochen hat, zu denen er bereits Ja gesagt hat und die Bedeutung von diesem städtischen Museumskonzept bereits schon unterstrichen und damit bekräftigt hat. Da sollten wir jetzt noch den nächsten Zug machen.

Zum Begriff «zeitraubend», den Christoph verwendet hat: Da kann ich nur sagen, gut Ding will Weile haben. Wer sich in dieser Kultur-, in dieser Kunstszene Winterthur bewegt, wird feststellen, dass es manchmal sehr viel Arbeit braucht, bis man alle in die gleiche Richtung auspolzt.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Besten Dank. Wir kommen zur Traktandenliste. Es wurden drei Absetzungen gewünscht: Erstens Traktandum 4, Postulat Debitoren- und Verlustscheinbewirtschaftung.

U. Hofer (FDP): Die Unterzeichner haben sich entschieden, das Postulat zurückzuziehen, das nachdem ein entsprechendes Projekt in der stadtinternen Verwaltung bereits weit fortgeschritten ist und wir in der AK sahen, dass die meisten Fragen, die im Postulat gestellt werden, bereits beantwortet werden können. Wir ziehen das Postulat zurück und bedanken uns ganz herzlich für die Beantwortung. Wir möchten doch noch persönlich anfügen: Es ist uns ein wichtiges Anliegen, und wenn es mit wenig oder gar keinem Aufwand realisierbar wäre, würden wir es im Sinne der Gleichbehandlung von Gläubigern der Stadt Winterthur und der Professionalität her begrüssen, wenn das zentralisiert wird.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da Gegenanträge? Das scheint nicht der Fall zu sein. **Somit habt Ihr das Postulat zurückgezogen und es wird als erledigt abgeschrieben.** Das nächste ist Traktandum 10.

K. Cometta (GLP/PP): Wir beantragen, dass wir dieses Geschäft verschieben können, und zwar mit der Begründung, dass der Erstpostulant, Michael Zeugin, Vater wurde und deshalb heute nicht hier sein kann. Es wäre schön, wenn er sein Postulat selber vertreten könnte.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da Gegenanträge von jemandem, der es allenfalls doch heute behandelt wissen möchte? Das scheint nicht der Fall zu sein. **Auch dieses Postulat habt Ihr abgesetzt von der Traktandenliste.**

Dann noch Traktandum 12, Beteiligungscontrolling.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich habe den gleichen Grund und bitte darum, dass man das Traktandum absetzt, weil Iris Kuster heute Abend nicht hier ist.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da Gegenanträge? Das scheint nicht der Fall zu sein. **Dann habt Ihr auch dieses Traktandum abgesetzt.**

1. Traktandum

GGT-Nr. 2017.016: Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen S. Crespo (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018

S. Stierli (SP): Die IFK schlägt vor: Bettina Schnider (CVP).

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da Vermehrungsvorschläge oder Gegenanträge? Das scheint nicht der Fall zu sein. **Damit habt Ihr Bettina Schnider in die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 gewählt.** Wir wünschen Bettina Schmidli viel Spass und erfreute Momente in der Kommissionsarbeit.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2016.096: Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2015

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Es wurden fast alle einstimmig abgenommen, bis auf einen.

F. Helg (FDP): Ich steige ein mit den beiden Krediten, die den Tiefbau betreffen.

Das erste ist Tösstalstrasse (Seenerstrasse bis Oberseenerstrasse). Der Gemeinderat hat sich im Jahr 2009 schon mit einem Teil des Projektes befasst, aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom September 2009. Es ging damals um Fr. 900'000 als nicht gebundene Ausgabe. Insgesamt – inklusive der gebundenen Ausgaben ist es um Fr. 4,1 Mio. gegangen. Nach Abzug der Gesamtaufwendungen sind Minderkosten von Fr. 300'000 verblieben. Gründe dafür sind im Wesentlichen ein günstiges Unternehmer-Angebot und eine geringere Menge des schadstoffbelasteten bestehenden Belages, den man beseitigen lassen musste. Von den Gesamtaufwendungen von Fr. 3,8 Mio. sind rund Fr. 3,2 Mio. durch kantonale Rückerstattungen ersetzt worden, sodass für die Stadtkasse da ein relativ geringer Betrag übriggeblieben ist.

Der zweite Punkt betrifft den Knoten Neuwiesenstrasse/Wülflingerstrasse. Hier geht es um einen Projektteil aus dem Gesamtprojekt „Masterplan Stadtraum Bahnhof“. Der Gemeinderat hat sich da zwei Mal damit auseinandergesetzt mit dem Projektierungskredit und dem Ausführungskredit 2009 und 2011. Aus der Gegenüberstellung von den bewilligten Ausgaben und Gesamtaufwendungen ergeben sich Minderkosten rund von Fr. 100'000. Gründe sind im Wesentlichen Synergien im Zusammenhang mit Werkleitungssanierungen, die man einem anderen Konto belasten konnten und diesen Baukredit nicht berührten, und weniger grosse Belagsarbeiten als man ursprünglich gedacht hatte. Von den Gesamtaufwendungen von rund Fr. 500'000 hat es noch Rückerstattungen vom Kanton gegeben, so dass nur ganz wenig für die Stadtkasse übrigblieb (knapp Fr. 4'000).

Die BBK beantragt einstimmig die Abnahme dieser beiden Abrechnungen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da Gegenanträge? Das scheint nicht der Fall zu sein. Du sagtest nur zu den ersten beiden etwas?

F. Helg (FDP): Von der BBK spricht Markus Nater zu der KVA-Vorlage. Der 4. betrifft wohl die AK-Kredite.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Von der AK habe ich nichts gehört. Hat jemand etwas zur Verpflichtungskreditabrechnung von der Produktgruppe Informatikdienste? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit hat man noch das Departement Technische Betriebe, Produktgruppe Stadtwerk Winterthur, Ersatz Kessel 1 in der KVA.

M. Nater (GLP/PP): Bei der Aufstellung der Verpflichtungskredite ist vor allem der Ersatz des Kessel 1 in der Kehrlichtverbrennungsanlage die mit 209 Mio. bei weitem grösste Position. Erstaunlich bei dieser Position ist vor allem die Teuerung von über 22% von 2006 zu Mitte 2008. Diese 22% sind nichts anderes als eine Erhöhung von 41 Mio., von 189 Mio. auf 230 Mio. Grund für diese Erhöhung war, dass man auf den Referenzindex „Metalle und Halbzeuge“ gesetzt hat, welcher im entsprechenden Zeitraum um ca. 45% gestiegen ist. Das heisst aber auch bei diesem Projekt, bei dem ganz viel Planung dahinter ist, bei dem auch ganz viele Gebäude dahinter sind, müsste sehr wahrscheinlich bei diesem Nachbau das Meiste aus Metall hergestellt worden sein. Ob dem so ist, bezweifle ich ein wenig. Nichtsdestotrotz wurde das so gutgeheissen und ich denke, da war die Stadt sehr kulant gegenüber dem Auftragnehmer. Und als Nebeneffekt hatte man noch eine Budgetsicherheit für die Zukunft. Von daher hatte man dort ein Budget von 230 Mio. Von diesem Budget von 230 Mio. konnte anschliessend 20.5 Mio. wieder eingespart werden, was sicher sehr positiv ist. Es ist schön, wenn die Projektleiter Minderkosten auch einfordern, denn es ist viel einfacher, Mehrkosten abzunehmen als Minderkosten einzufordern. Von daher wurde dort entsprechend gute Arbeit geleistet.

Fazit: Im Endeffekt steht aber ein 20 Mio. höhere Rechnung als geplant, welche mit der Teuerung begründet wird. Die Zuweisung der Indexes wurden durch die Stadt so gutgeheissen und vom Grossen Gemeinderat abgenommen.

P. Rütsche (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt diese Rechnung ebenfalls ab, jedoch unter Vorbehalt. Diese Teuerung ist schon ziemlich massiv. Wir sind ziemlich erschrocken, dass nicht mehr wirksame Massnahmen getroffen wurden, um dem entgegenzuwirken. Die SVP fordert den Stadtrat auf, bei Stadtwerk in Zukunft ein besonderes Augenmerk auf die Teuerung zu legen und ggf. geeignete Massnahmen einzuleiten, auch wenn das bedeutet, Projekte auszuscheiden oder mit den Anbietern zu verhandeln. Für die SVP-Fraktion ist eine solch massive Kostenüberschreitung nicht tolerierbar. Auch wenn das Geld bereits ausgegeben wurde, bleibt ein unangenehmes Gefühl zurück.

F. Helg (FDP): Ich möchte das ungute Gefühl auch teilen, das bei uns in der Fraktion herrscht. Insbesondere nach den Vorkommnissen im Departement Technische Betriebe in den letzten Jahren ist es sicher angebracht, genauer auf diese Abrechnungen zu schauen. Das haben wir in der Kommission auch gemacht. Wie schon gesagt wurde, die Teuerung von Fr. 41 Mio. ist doch sehr hoch, sozusagen ein „halbes“ Polizeigebäude, das man nur für die Teuerung aufwendet. Gleichzeitig werden einem aber auch die Grenzen der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten bewusst. Wir können natürlich nicht eins zu eins die Abrechnung des wohl grössten Bauprojekts in der Stadt überprüfen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang sicher auch das Urteil der Finanzkontrolle. Die Leiterin der Finanzkontrolle hat in der BBK-Sitzung erklärt, dass jedenfalls die Methodik der Teuerungsberechnung in Ordnung ist und es keine Anzeichen für Unregelmässigkeiten gibt. Eine weitergehende Prüfung können wir vom Parlament oder von einer Kommission aus natürlich nicht machen, das würde unsere Kapazitäten übersteigen. Man müsste dann im Prinzip das Ganze zurückweisen und dann eine externe Untersuchung anordnen. Insgesamt werden wir als Fraktion dieser Abrechnung aber zustimmen – wie gesagt mit einem gewissen unguuten Gefühl.

M. Nater (GLP/PP): Auch die GLP/PP-Fraktion hat ein ungutes Gefühl bei dieser Sache, weil es einfach nicht klar nachvollziehbar ist und ein paar Prozente machen hier halt gleich ein

paar Mio. aus. Ich denke, auch in Zukunft, gerade bei grösseren Projekten, muss man wirklich sehr gut darauf schauen. Deshalb haben wir auch die Erwartung an den Stadtrat, dass beim nächsten Grossprojekt, das ist das neue Polizeigebäude in der Stadt Winterthur, die Kosten jederzeit transparent vorhanden sind (laufende Planungen) und periodisch über den Kostenstand von diesem Projekt berichtet wird, damit dort keine Überraschungen auftauchen.

F. Landolt (SP): Ich möchte aus Sicht der BBK noch etwas sagen zu dieser Teuerung insbesondere. In einem solchen Bauprojekt ist man da quasi gebunden, man hat Verträge mit Unternehmen, Lieferanten usw., dort drin stehen auch entsprechende Teuerungsklauseln. Und die Teuerungsklauseln wurden uns so präsentiert, dass man das nachvollziehbar verfolgen konnte und bestätigt bekam. Das Zweite ist, die FiKo hat da auch nochmals darauf geschaut und kam zu einer sauberen Analyse und zu einer sauberen Darstellung. Über den Lauf der Zeit gesehen war die Informationspolitik über dieses Kesselprojekt ausführlich, transparent und permanent. Wir wurden auch in die KVA eingeladen, während der Ausführung (das ist schon einige Jahre her), um das Projekt mitverfolgen zu können. Insofern lässt das bei uns nicht ein schlechtes Gefühl zurück, sondern ich denke, das ist ein Projekt, das korrekt abgewickelt worden ist. Dass natürlich die Kostentransparenz gegeben sein muss und dass man Minderkosten einfordern muss, auch beim Polizeigebäude, das ist ganz klar und dass man Vergabeerfolge, die man evtl. machen kann, auch wieder transparent ausweisen muss. Das betrachten wir als selbstverständlich. Wir können das schlechte Gefühl so nicht teilen.

R. Diener (Grüne/AL): Es scheint ein bisschen Usanz zu sein in diesem Rat, von gewissen Kreisen zu gewissen Themen ungute Bauchgefühle zu deklarieren und so auf eine Art einen Generalverdacht auszusprechen, obwohl – das möchte ich an dieser Stelle wirklich betonen, wie F. Landolt schon sagte - die Fakten klar und deutlich ganz anders sprechen. Man schloss mit diesem Kredit massiv unter der ursprünglichen Planung ab, das wurde auch erwähnt. Da wurde sehr gute Arbeit geleistet. Wir haben bei der Teuerung einen völlig normalen Prozess gehabt, der halt in diesen Jahren relativ dramatische Zahlen lieferte, das ist so, auch wenn man das jetzt nicht so richtig wahrhaben möchte. Es waren nicht nur Metalle, die massiv teurer wurden, sondern auch Bauherrenleistungen, die in dieser Zeit massiv nach oben gingen. Das hat das dann am Schluss auch bewirkt. Ich möchte doch bitten, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, und auch zu anerkennen, dass man da eine gute Leistung letztendlich auch bei der Umsetzung gemacht hat. Man hat mit der KVA eine Erfolgsstory, bei der wirklich unglaublich viel bewegt werden konnte, wo der Ausbau immer gut funktioniert hat und ein sehr gutes System heute in Winterthur installiert ist, das nicht nur unseren Abfall gut entsorgt, sondern uns auch noch sehr viel Energie liefert.

Stadträtin B. Günthard: Viel ergänzen kann ich nicht. Die relevanten Faktoren haben Sie genannt. Ich kann nachvollziehen, dass eine solche Kostenerhöhung insgesamt ein ungutes Gefühl gibt oder mindestens niemanden freut, sagen wir es einmal so ohne Wertung. Wichtig ist aber sicher, dass drei Faktoren stimmten. Einerseits dass man den richtigen Teuerungsindeks dort gewählt hat und dieser auch nachvollziehbar ist, dann zweitens, dass eine transparente Information in der BBK war mit auch für die Finanzkontrolle nachvollziehbaren Berechnungsmodellen, und drittens, dass man, als man die Kostenentwicklung sah, Gegenmassnahmen eingeleitet und dann echte Sparmassnahmen umgesetzt hat. Ihre Aufforderung nach Kostentransparenz und Kostencontrolling – ich denke, das sage ich auch im Namen des Bauvorstehers – das ist eine Selbstverständlichkeit, das ist klar, dass das bei den internen Prozessen installiert ist.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich habe nur von Vorbehalten und Zustimmungen gehört, nicht von Ablehnungen. **Entsprechend habt Ihr diesen Verpflichtungskreditabrechnungen zugestimmt.**

3. Traktandum

GGR-Nr. 2016.122: Kredit von Fr. 1'922'700 für den Umbau und die Erweiterung des Ökonomiegebäudes für den Pachtbetrieb Eschenbergstr. 2, 8400 Winterthur

H.-R. Hofer (SVP): Pachtbetrieb Eschenberg, Kredit 1'922'700 Fr. *Auf Folien zeigt er die Abbildungen.* Wohnhaus, das ist der Zustand heute. Wohnhaus und Scheune, Erstellungsjahr 1990. Zur Vorgeschichte: 2007 hat der Grosse Gemeinderat Ja gesagt zur Zukunftsstrategie der städtischen Landwirtschaftsbetriebe. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass vier Ökonomiegebäude um- oder neu gebaut werden.

Nachdem der Mutterkuhstall im Taggenberg, die Milchviehställe in Stadel und in der Weierhöhe realisiert und in Betrieb sind, ist der Landwirtschaftsbetrieb im Eschenberg der vierte und letzte Bauernhof, der saniert und durch einen Neubau ergänzt werden soll. Gegenwärtig sind da 34 Kühe zuhause, das Jungvieh (insgesamt 21 Tiere) wird in einem zugemieteten Stall in Eidberg gehalten. Sowohl der jetzige Anbindestall wie auch die Tatsache, dass die Tiere an verschiedenen Standorten gehalten werden müssen, sind weder arbeitswirtschaftlich noch entsprechen sie der beschlossenen Zukunftsstrategie.

Ich komme zur Vorstellung des Projektes.

Die bestehende Wohnhausscheune wird ergänzt durch einen Neubau hinten. Für das Jungvieh wird der bestehende Stall umgebaut. Hinten hat es danach Platz für 43 Kühe (35 laktierende und 8 tragende Kühe). Hinten sieht man die drei Futtersilos, 15 m hoch, die hinter dem Gebäude sind. Ich zeige noch eine Modellansicht von oben. Die Scheune gleich wie heute, hinten einen tiefen Anbau, ein bisschen länger als das jetzige Ökonomiegebäude, und dahinter die Silos. Das Modellfoto von Westen her zeigt die Silos eindrücklicher. Dabei sieht man auch den bestehenden Silo, der aber gut ins Gelände integriert ist und überhaupt nicht auffällt. Seitenansicht und Querschnitt sieht etwa so aus. Oben ist die Westfassade, bestehendes Gebäude, neuer Anbau, hinten die Silos. Da sieht man noch die Güllengrube mit 750m³ Inhalt. Dasselbe wenn man von Osten her schaut, von der anderen Seite her, also im Prinzip von der Hausseite her geschaut. Der Längsschnitt von vorne zeigt, dass der Neubau fast neben dem bestehenden Gebäude verschwindet und man die Silos nur minim sieht. Wenn man vom Wald her schaut, dann fallen die Silos natürlich mehr auf. Zum Betriebslayout: Die Futterachse in der Mitte, links und rechts die Fressplätze, der Auslauf, Laufhof, Liegeboxen, hinten Melkstall, Technikraum, Milchraum.

Zu den Kosten: Der Neubau 1.548 Mio. Vorbereitungsarbeiten, Gebäude, Betriebseinrichtungen usw. Reserven eingerechnet 5%. Der Umbau des bestehenden Stalles 386'600 Fr., da 10% Reserven bzw. 25'000 Fr. Reserven eingerechnet. Über das Ganze hin wie üblich 5% Stadtratsreserven (95'000 Fr.), gibt total Investitionsausgaben von 2'012'700 Fr. abzüglich des bereits freigegebenen Kredites also 1'922'700 Fr., über die wir heute befinden.

In der Investitionsplanung Finanzvermögen Programm 2017 ist ein Ausführungskredit von 1.3 Mio. eingestellt, in der Investitionsplanung Programm 2018 ein Kredit von 622'700 Fr., die dann auch wieder in den Gesamtkredit gehen.

Zu den Investitionsfolgekosten: Der aktuelle Buchwert ist 831'000 Fr., Investitionsausgaben sind gut 2 Mio., gibt einen neuen Buchwert von 2.8 Mio. Die Neubewertung gemäss Formelwert vom Kanton gibt 1.3 Mio. Das ergibt ein überbewertetes Grundeigentum von 1.5 Mio. Das rührt daher, dass man in der Landwirtschaft nicht vom effektiven Realwert spricht, sondern vom Ertragswert, und dieser ist tiefer (oder muss tiefer sein), sonst könnte ein junger Bauer gar keinen Betrieb mehr übernehmen zum Verkehrswert.

Der Pachtzins ist 34'000 Fr., die Bruttorendite 1.2%.

Zu den Kapitalfolgekosten: Da die Neubewertung gemäss Formelwert des Kantons Zürich den neuen Buchwert nicht erreicht, entsteht ein überbewertetes Grundeigentum von ca. 1.5 Mio., welches einmalig nach Projektabschluss der Erfolgsrechnung belastet wird.

Das führt dann zum Antrag:

«Für den Umbau und die Erweiterung des Ökonomiegebäudes für den Pachtbetrieb Eschenbergstrasse 2, 8400 Winterthur, wird ein Kredit von insgesamt CHF 1'922'700 zu Lasten der Investitionsrechnung des Finanzvermögens (Projekt Nr. 33'040) bewilligt.

Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der 1. März 2016.»

Als Referent habe ich vorgängig mehrere Fragen eingereicht, die an einer Vorbesprechung beantwortet wurden.

1. Ich habe bemängelt, dass die Kuhzahl schlicht zu klein ist. Der Pächter vom Eschenberg bewirtschaftet gut 60 ha Land. Es ist angedacht oder vorgesehen, dass der Betrieb auf Bio umgestellt wird. Damit wird es nochmals komplizierter, dann muss der Nährstoffkreislauf stimmen, also müsste man für 60 ha ca. für 120 Grossvieheinheiten bauen. Da der Betrieb im Eschenberg aber in der Freihaltezone liegt, ist ein grösserer Stall oder auch ein anderer Standort nicht möglich bzw. bewilligungsfähig. Aufwändige Planungen sind gemacht worden, Gespräche haben stattgefunden – aber der Kanton bzw. das ALN (Amt für Landschaft und Kultur) sagt Nein. Mehr als die im Raumprogramm der Weisung ausgewiesenen Tierzahlen sind nicht möglich.

2. Ich wollte auch wissen, ob die ausgewiesenen ca. 380'000 Fr., die von der Pächterfamilie finanziert werden müssen, überhaupt tragbar seien. Es kann und darf nicht sein, dass wir eine junge Familie in wirtschaftliche Probleme hineinlaufen lassen. Es wurde mir aber versichert, dass das machbar ist, Gespräche mit Bank und Bürgschaftgenossenschaft haben stattgefunden.

3. Auch wollte ich wissen, wie die Wirtschaftlichkeit vor und nach dem Um-/Neubau aussieht. Ein Betriebswirtschafter vom Zürcher Bauernverband hat klar festgehalten, dass sich mit einem Neubau und der Umstellung auf Bio die Wirtschaftlichkeit klar verbessert wird.

Die für mich wichtigste Frage war aber, ob die Pächterfamilie hinter dem Neubau und diesem Projekt steht. Das wurde mit einem klaren Ja beantwortet.

In der Diskussion in der BBK wurden Fragen zu Investitionskosten, Kosten die der Pächter übernehmen muss, Grossviehplätzen und Grossvieheinheiten, Photovoltaik, Verschiebung des Projektes, Wirtschaftlichkeit und der Grösse der Futtersilos usw. gestellt und sind zufriedenstellend beantwortet worden. Die Schlussabstimmung in der BBK war 8:1.

Die SVP wird uneinheitlich stimmen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir haben einen Rückweisungsantrag, Marc Wäckerlin bitte.

M. Wäckerlin (PP): Ich beantrage die Rückweisung des Kredites, und zwar mit folgenden Forderungen an eine überarbeitete Vorlage:

1. Die Rendite von jetzt 3.1% darf nicht weiter sinken.
2. Es soll eine kostengünstigere Alternative gesucht werden.
3. Ohne Abschreibungen.

Die Argumente: Auch wenn man will, dass die Stadt Bauernhöfe unterhält (über was man ja auch diskutieren kann), um Landwirtschaftsland kaufen zu können, sollten sie trotzdem wenigstens wirtschaftlich und vernünftig betrieben werden. Auch Geschäfte der Stadt sollen nach wirtschaftlichen Kriterien getätigt werden. Kein Bauer könnte sich diesen Umbau von 2 Mio. leisten, keine Bank würde so etwas finanzieren. Eine übliche Rendite aus dem Pachtzins wären 3,75%. Das sollte auch die Stadt bei ihren Betrieben anstreben. Doch bereits vor dem Umbau liegt die Stadt darunter. Darum sollte die Rendite steigen, sicher nicht sinken.

Wenn die Milchwirtschaft nicht rentiert (und zwar wegen den völlig übertriebenen Regulierungen), und der Stall nicht so viel grösser geplant werden, dass es sich rentiert, soll auf Milchwirtschaft verzichtet werden, und es soll etwas Ertragreicheres angebaut werden oder nach ganz anderen Alternativen gesucht werden.

Die Stadt schürt Emotionen, indem sie von der «jungen Familie» redet, der man etwas versprochen habe. Aber in dem Fall hat halt die falsche Person ein Versprechen abgegeben, wozu sie weder berechtigt noch kompetent war. Eine solche Kompetenzüberschreitung darf den Entscheid des Gemeinderates nicht beeinflussen. Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderats, falsche Versprechen durchzuwinken. Wenn es um Millionen Franken an Steuergel-

dern geht, sollten wir nicht sachlich und nicht emotional entscheiden. Im Prinzip würde das heissen, dass diese Familie nach diesem Umbau tatsächlich auf Staatskosten leben würde. Von einem bürgerlichen Stadtrat erwarte ich, dass er bei politischen Entscheiden auch den finanziellen Aspekt angemessen berücksichtigt und nicht weiter über seine Verhältnisse lebt. Es geht schlicht und einfach nicht mehr. Vom Gemeinderat erwarte ich, dass er genauer hinschaut, Widerstand zeigt und überteuerte Lösungen nicht annimmt.

Zu der Rechnung: Rein finanziell gesehen ist das ein sehr schlechtes Geschäft. Die Stadt zahlt 1'922'700 Fr., davon kann sie sich 1.5 Mio. gleich ans Bein streichen. Der Pachtzins erbringt gerade mal 34'000 Fr., und das nach einer Erhöhung um 8'450 Fr. Allfällige Kapital- und weitere Folgekosten sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Wenn die Stadt bei einem Buchwert von 831'000 Fr. noch 2 Mio. Fr. investiert, dann müsste die Pacht bei einer marktüblichen Rendite von 3,75% 103'000 Fr. betragen.

Kein vernünftiger Mensch würde da 2 Mio. investieren. Es ist die Pflicht der Stadt, mit Steuergeld noch sorgfältiger umzugehen als mit eigenem Geld. Der Stall ist wesentlich teurer, als wenn ein Privater bauen würde. Dieses Projekt, dieser Kreditantrag, ist unwirtschaftlich und damit verantwortungslos.

Vorher hatten wir einen Buchwert von 831'000 Fr. mit 3,1% Rendite, nachher wird der Buchwert bei 2'843'700 Fr. bei 1,2% Rendite.

Dank dieser Investition sinkt die Rendite von sehr tiefen 3,1% auf noch viel tiefere 1,2%. D.h. gar nichts machen wäre eigentlich für die Stadt rentabler. Ich bitte Euch darum, dass Ihr das nicht ablehnt, aber zurückweist an den Stadtrat, damit er nochmals über die Bücher geht, dass er das nochmals anschaut und dass er auch die Rendite angemessen berücksichtigt bei einem neuen Vorstoss. Bei einer marktüblichen Rendite von 3,75%.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich bitte darum, die nächsten Wortmeldungen nur zum Rückweisungsantrag zu halten.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen den Rückweisungsantrag von M. Wackerlin. Wie er bereits dargelegt hat, fehlt die Rendite für die Stadt Winterthur (nicht für den Pächterhof, aber für die Stadt Winterthur). Ausgewiesen ist eine Rendite von 1,2%. Da wir aber davon ausgehen müssen, dass wir einen Kredit aufnehmen müssen, haben wir weitere Kosten, nämlich Kapitalkosten. Wenn wir von 2 – 2,5% Kapitalkosten ausgehen, erhalten wir unter dem Strich eine Negativrendite, d.h. dann subventionieren wir Steuerzahler in Zukunft diesen Bauernhof mit 6'000 – 16'000 Fr. jährlich, unter der Annahme, dass die Zinsen gleichbleiben. Wenn die Zinsen steigen, subventionieren wir den Hof entsprechend jedes Jahr zusätzlich. Es geht also auch darum, ob wir einen solchen Hof subventionieren wollen, und wir sind der Meinung, nicht in diesem Umfang.

Ich habe mit einem Kantonsratkollegen gesprochen, der Bauer ist (wir haben noch einen 2. Kantonsratkollegen, der Bauer ist). Dieser hat in den 90er Jahren seinen Kuhstall neu gebaut, einen Stall für 40 Tiere. Er hat damals 400'000 bezahlt. Wenn wir diesen Betrag auf die 59 Grossvieheinheiten auf dem Eschenberghof umrechnen, und 100% Teuerung dazurechnen, dann sind wir bei 1.18 Mio. Fr. – rund die Hälfte.

Ein anderer Bauer, der in der Nachbarschaft von Michael Welz gebaut hat, hat für 92 Grossvieheinheiten gebaut, auch ein Neubau. Würden wir sein Projekt auf unsere 59 Grossvieheinheiten umrechnen, würden die Kosten bei 1.09 Mio. Fr. liegen. Auch hier die Hälfte von dem, was wir ausgeben wollen.

Wie Marc Wackerlin bereits sagte, kein Bauer würde dieses Geld erhalten – das kann man nur machen, weil man eine Stadt Winterthur ist. Ich bitte Sie, wirklich zu prüfen, ob wir einen Bauernhof so extrem subventionieren wollen oder nicht. Ich bitte Sie, die Rückweisung zu unterstützen.

S. Büchi (SVP): Wie von H.-R. Hofer angetönt ist unsere Fraktion in dieser Frage gespalten. Ich spreche quasi für den anderen Flügel. Ich möchte mich meinen beiden Vorrednern anschliessen. Es ist eine ziemlich grosse Investition und es ist für mich ein gutes Beispiel, wo man sich die Grundsatzfrage stellen muss: Muss die Stadt Bauernhöfe haben, und Restaurantbetriebe usw. Das ist gerade ein gutes Beispiel mit der Investitionsrechnung, die Marc

Wäckerlin aufgezeigt hat, das zeigt, dass die Stadt Investitionen tätigen muss, damit diese Betriebe unterhalten werden können. Deshalb ist es grundsätzlich problematisch. Ich will das nicht noch weiter ausführen, ein Teil der SVP wird die Rückweisung unterstützen.

R. Diener (Grüne/AL): Es wurde jetzt ziemlich hart geschossen gegen dieses Projekt, ich möchte doch eine Lanze dafür brechen, weil ich eigentlich überzeugt bin, dass die Argumente z.T. auch völlig ins Leere laufen. Man wirft diesem Projekt vor, es würde nicht genügend Rendite produzieren. Meine Damen und Herren, wir sind in der Landwirtschaft und in der Landwirtschaft kann man keine Börsenkapitalisierungsgewinne realisieren. In der Landwirtschaft haben wir andere Aufgaben, es geht einerseits um die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln und es geht zweitens auch um die Pflege der Landschaft. Es geht um die Biodiversität, die genau mit der biologischen Haltung gestützt und gestärkt wird. Es geht aber auch, und das ist ganz wichtig, wir haben das miteinander hier drin bestimmt, um eine Strategie, die man in der Stadt Winterthur festgelegt hat. Man sagte, man will Landwirtschaftsbetriebe behalten und sie auch weiterentwickeln. Es wird behauptet, man könne eine kostengünstigere Lösung installieren. Wir haben uns gut und ziemlich deutlich davon überzeugen lassen, dass das eben genau nicht möglich ist, denn man hat an diesem Ort sehr viele Restriktionen, man hat grundsätzlich in der Landwirtschaft sehr viele Restriktionen, um etwas entwickeln zu können, und es ist richtig, das wurde gesagt, wir haben auch sehr viele Randbedingungen, die von den gesetzlichen Vorgaben her gegeben sind. Wenn man für die Tiere etwas tun will, das ihnen einen Nutzen bringt und nicht nur für die Rendite ist, sondern das den Tieren und den Menschen, die mit den Tieren umgehen, etwas bringt, muss man halt die Stallungen entsprechend so bauen, wie sie jetzt auch geplant sind. Das kostet halt. Von daher gesehen weisen wir diesen Antrag zurück, da wir finden, das Projekt ist auf einem guten Weg und sollte umgesetzt werden.

F. Landolt (SP): Wir sehen das eigentlich ähnlich. Nachdem 2007 das Landwirtschaftskonzept entwickelt wurde und auch hier drinnen verabschiedet wurde, ist es nichts als folgerichtig, dass natürlich einer um den anderen Betrieb quasi aktualisiert wird gemäss diesem Konzept. Das ist passiert im Taggenberg, es ist passiert in Stadel und es ist passiert in Mulchlingen – und jetzt ist noch ein weiteres Projekt nach. Wenn man das jetzt ablehnt, dann lehnt man eigentlich die ganze Entwicklung und das ganze Konzept ab. In diesem speziellen Fall ist natürlich ein wichtiger Faktor die Erholungszone dort oben, man kann nicht mehr bauen. Und es gibt dermassen viele Restriktionen an diesem Projekt wirksam, dass man diese Rendite, die da immer postuliert wird, einfach nicht realisieren kann. Eigentlich müsste man im Sinne einer Ablehnung nicht eine Rückweisung beantragen, sondern man müsste eine Ablehnung beantragen. Das Projekt ist optimiert und man kann dieses Projekt nicht mehr in diesem Mass, wie es da postuliert wurde, verändern. Das ist nicht möglich. Wir denken, das ist ziemlich grosses Wunschdenken und eine Annahme, dass man das so optimieren kann, basiert auf unrealistischen Annahmen. Wir werden dem nicht folgen.

H.-R. Hofer (SVP): Wie Simon Büchi bereits gesagt hat, wird ein Teil der SVP den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. 2007, wie ich ausgeführt habe, wurde diese Zukunftsstrategie beschlossen. In dieser Zukunftsstrategie hat die Stadt festgehalten (das war ein langwieriger Prozess, ich war damals in der Landwirtschaftskommission, wir haben das in mehreren Sitzungen besprochen), welche Betriebe man auflöst, also schliesst, welche Betriebe man weiterführt, also vergrössert, dass man umbaut oder neu baut. Ich bin bis jetzt jedes Mal hinten im Publikum gesessen, wenn über die Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Winterthur gesprochen wurde. Ich kann mich erinnern: Beim Taggenberg ist das mit sehr wenig Gegenstimmen durchgekommen. Beim Betrieb Stadel und beim Betrieb in der Weierhöhe gab es gar keine Diskussion. Und ich würde es jetzt schon seltsam finden, wenn der Gemeinderat eine Strategie, die man beschlossen hat, auf die man hingearbeitet hat, so torpedieren und absetzen würde. Marc Wäckerlin sagte, man könne ja die Milchproduktion aufgeben. Ich möchte daran erinnern oder sagen, dass der Betrieb gut 50 ha Wies- und Weideland hat. Der Erntennutzen von Wies- und Weideland ist Gras. Entgegen anderslautender Meinungen kann man das

Gras nicht rauchen, sondern es ist besser, wenn man es den Kühen oder anderen Nutztieren füttert. Darum ist dieser Betrieb ohne Tierhaltung undenkbar, schlicht nicht führbar. Wenn ich mich an die letzte Gemeinderatssitzung erinnere, wo wir über BFF (Biodiversitätsförderungsflächen) diskutiert haben, ist Euer Projekt schlicht nicht umsetzbar, wenn man diesen Betrieb nicht baut.

M. Nater (GLP): Der Antrag von Marc Wäckerlin und die Argumentation von Simon Büchi haben eine gewisse Grundlage, aber die Grundlage ist einfach die Landwirtschaftspolitik, die im Jahr 2007 abgesegnet wurde. Jetzt spricht man über ein konkretes Projekt. Wir haben diese Landwirtschaftspolitik da im Grossen Gemeinderat scheinbar abgesegnet, und von daher müssen wir nun irgendwie schauen, dass wir diese Strategie, die wir dort gesetzt haben, auch weiterziehen können. Wir haben jetzt schon zu drei Betrieben Ja gesagt, das ist nun der vierte Betrieb, den wir gemäss dieser Strategie umbauen wollen. Aus diesem Grund werden wir von der GLP da zustimmen bzw. den Antrag nicht annehmen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich stehe zu den Zielen dieser Strategie, aber wenn eine Strategie bei der Umsetzung aus dem Ruder läuft, dann muss man korrigierend eingreifen. Das ist unsere Aufgabe als Gemeinderat und ich sehe nicht ein, wieso es nicht möglich sein sollte, ein solches Projekt zu redimensionieren.

M. Bänninger (EVP/BDP): Die EVP stimmt dem Rückweisungsantrag nicht zu. Wir erachten es als richtig, wenn wir gezielt in unsere Landwirtschaft investieren. Eine attraktive Landwirtschaft hat mehr Qualitäten als einfach nur eine finanzielle Betrachtung, mit der man eine Rendite aufzeigen kann. Es ist zudem ein Gewinn für die Tages- und Wochenendausflugsziele auf dem Eschenberg, gewinnt doch eine belebte und gepflegte Landschaft einiges an Attraktivität für Jung und Alt. Deshalb sind wir gegen die Rückweisung.

F. Helg (FDP): Es geht jetzt ja um die Frage der Rückweisung. Der Rückweisungsantrag hat mich erst gerade vor wenigen Minuten erreicht, da offenbar Marc Wäckerlin als Spam-Absender bei meinem Fraktionskonto taxiert wird. Deshalb war die Zeit knapp, das zu überdenken. Es gibt sicher Gründe, dass man sagen kann, man betrachtet das nochmals genau mit den Kosten und geht nochmals über die Bücher. Wir haben aber in der BBK doch eingehend darüber diskutiert und ich denke, es gibt auch gute Gründe, dass man sagen kann, man hat heute eine Entscheidungsgrundlage, so dass man gegen diesen Antrag sein kann.

Stadträtin Y. Beutler: Die Landwirtschaft ist eine ganz spezielle Wirtschaft. Sie ist sehr stark reguliert, wir sind sehr stark eingeschränkt: Wie viel Pachtzins wir verlangen können, das können nicht wir selber festsetzen, sondern das wird durch den Kanton festgelegt. Das heisst, dass wir das natürlich auch nicht als Renditeobjekt anschauen können. Wenn wir diese Investitionen machen, kommt es zu einer Neubewertung, das ist auch eine gesetzliche Vorgabe, und diese wird nach den kantonalen Vorgaben berechnet werden müssen. Bei den kantonalen Vorgaben haben wir die Situation, dass sich der Buchwert zusammensetzt aus dem Ertragswert, der mit 8% kapitalisiert wird. Das macht überhaupt keinen Sinn, bei den Finanzliegenschaften ist er bei 6%. Aber es ist die kantonale Vorgabe, solange diese nicht geändert wird, müssen wir uns an das halten, und das ist es letztlich, das zu dieser einmaligen Abschreibung führt. Wenn der Kanton die Formel ändert für die Bewertung, werden wir da auch wieder eine Aufwertung haben und daraus einen Buchgewinn. Das ist ein Punkt, den wir jetzt auch bei den Finanzliegenschaften haben, was sich auch entsprechend in der Rechnung auswirken wird, dass jetzt aufgrund dieser Formeln aufgrund des Kantons alle diese Buchwerte neu berechnet werden müssen, was jetzt zu Abschreibungen führt. Bei einer neuen Festlegung mit tieferen Kapitalisierungssätzen führt das aber später wieder zu Buchgewinnen. Das ist eigentlich der Grund, wieso wir diesen hohen Abschreiber haben, und die kantonalen Vorgaben sind der Grund, weshalb wir gar nicht mehr Pachtzins verlangen dürfen. Dass jetzt natürlich der Ertragswert tiefer liegt als bei einem Bauernhof, der mehr oder weniger abgeschrieben war und deshalb auch eine höhere Rendite brachte, das ist eigentlich auch verständlich. Wenn man das zurückweisen würde mit dem Auftrag, man müsste aus

diesem Bauernhof ein Renditeobjekt machen, dann muss ich einfach sagen, das können wir gar nicht, weil wir an die gesetzlichen Vorgaben gebunden sind. Damit würden Sie uns einen Auftrag stellen, den wir gar nicht erfüllen können. Bei den Kosten des Bauprojektes können Sie davon ausgehen, dass ich mehr als ein Mal nachgefragt habe beim Departement Bau, warum ist es so teuer, warum muss es so sein? Wir haben eine spezielle Situation, es ist nicht nur ein Stall auf der grünen Wiese, den man neu baut – es ist ein Ersatzbau, es ist ein Anbau, der ganz bestimmte Kriterien erfüllen muss. Wir sind ja nicht in der Landwirtschaftszone und deshalb haben wir dort andere Vorgaben, durch die es letztlich auch wieder Einschränkungen gibt, was man letztlich machen darf und was nicht. Die Vergleichswerte mit den Agroscope-Zahlen sind für mich sehr wichtig. Das war auch bei den anderen Gehöften so. Das ist auch einer der Bauernhöfe, wo wir wirklich gut dastehen, wenn man die Zahlen vergleicht. Es ist nicht so, dass wir irgendetwas vergolden oder etwas Wahnsinniges bauen würden, sondern wir sind absolut im normalen Rahmen, wenn man die Preise für Grossvieheinheiten anschaut. Von daher muss ich sagen: Das Anliegen der Rückweisung können wir so nicht erfüllen, falls die Rückweisung durchkommen sollte, was ich so natürlich nicht hoffe. Versprechungen wurden in dem Sinn für den Gemeinderat gemacht, wenn man das als Versprechen bezeichnen kann. Der Gemeinderat hat das Landwirtschaftskonzept verabschiedet, ich war damals in der AK und habe die ganze Diskussion mitverfolgt. Es war ein sehr ausgeklügeltes System mit vielen Abhängigkeiten, in welche Höfe und wo investiert man, wo geht dann nachher das Land hin, von diesen Bauernhöfen, die nicht mehr weiter existieren, wo können diese Landwirte danach weiterbauen... Das Ziel ist wirklich, dass wir existenzsichernde Betriebe in dieser Stadt haben können. Landwirtschaftsbetriebe sind wirklich keine Renditeobjekte, das sagte R. Diener. Es gibt andere Gründe, weshalb wir diese Bauernhöfe unterhalten (u.a. sind es strategische Landreserven im Gesamten drin, es ist Land, das wir auch für Naturschutzprojekte nützen können, das sagte auch H.-R. Hofer). Warum man auf die Milchwirtschaft setzt, erklärte H.-R. Hofer ebenfalls, das hat man auch diskutiert. Man ging von Geissen über Schafe zu egal was, aber das ist einfach die sinnvolle Nutzung, die wir haben für dieses Land, so wie es sich darstellt. Und ich möchte Euch wirklich bitten, dass man den Rückweisungsantrag ablehnt. Es war ein sehr intensiv vorbereitetes Geschäft mit H.-R. Hofer, mit allen zusammen, die mitwirkten, mit dem Bau und ich bin wirklich überzeugt, dass wir da eine gute Lösung haben. Dass wir eine junge Pächterfamilie haben, das sieht man hinten im Publikum, sie sind nämlich da. Es ist jetzt bereits die 2. Generation. Ihre Kinder haben auch schon wieder ein Interesse daran, sind auch verbunden mit diesem Hof. Das ist auch etwas, wo man sagen muss: Es ist da, es wird weitergeführt, der Hof wird mit viel Herzblut geführt, das ist auch gegeben mit dieser Investition, dass man da wirklich diese Zukunft hat. Ich möchte Sie wirklich bitten, dass Sie den Rückweisungsantrag ablehnen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Dann stimmen wir über den Rückweisungsantrag ab. Wer dem Rückweisungsantrag zustimmen möchte und dieses Geschäft zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückweisen möchte, soll das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte, möge das bitte jetzt bezeugen. – Das ist eindeutig die Mehrheit. Gut, dann geht man zur eigentlichen Diskussion, zum Geschäft.

F. Landolt (SP): Es wurde bei dieser Rückweisungsdiskussion viel gesagt. Obwohl das Ökonomiegebäude den Lebenszyklus eigentlich noch nicht überschritten hat (es könnte eigentlich noch einige Jahre genutzt werden), sind es eben andere Faktoren, die in der Landwirtschaftspolitik von Winterthur eine Rolle spielen. Es sind Begriffe wie Existenzsicherung, Naturschutz, Landschaftsgestaltung und biologische Landwirtschaft und natürlich nicht zuletzt auch das, was man letztes Mal diskutiert hat, die Biodiversität. In diesem Rahmen kommt dieses Projekt sehr vielen dieser Faktoren entgegen. Die Existenzsicherung wird durch die Erhöhung des Bestandes einerseits und andererseits durch die Konzentration auf einen Standort verbessert. Dazu trägt auch die beabsichtigte Umstellung auf einen biologischen Landbau bei (und die Anbindehaltung, die man heute dort pflegen muss, weil es ein solcher Stall ist, ist nicht mehr aktuell). Die Umstellung auf den biologischen Landbau wird auch die Qualität erhöhen resp. den Ertrag erhöhen und schliesslich, das war für uns ganz zentral,

wurde dieses Projekt begleitet durch die Pächterfamilie und die Anliegen der Pächterfamilie (das weiss ich nicht selber, aber das haben wir gehört) wurden in das Projekt integriert, was zu einer vorbehaltlosen Unterstützung durch die Pächterfamilie führt und der Beweis dafür ist wohl auch, dass diese Pächterfamilie offenbar hier ist. Sie sind die Träger dieses Landes auf dem Eschenberg, dieser sehr schönen Lichtung auf dem Eschenberg, und das Engagement dieser Leute, dieser jungen Pächterfamilie, verleiht diesem Projekt auch Leben. Wir werden zustimmen.

M. Nater (GLP): Die Stadt besitzt ausgedehnte landwirtschaftliche Flächen, gemäss Konzept, und diese werden von 10 Pachtbetrieben unterhalten. Für die Betreiber gelten die Grundsätze der städtischen Landwirtschaftspolitik. So sind die Grundsätze der Landwirtschaftspolitik eine Grundlage für den Umbau und die Erweiterung des Ökonomiegebäudes am Eschenberg. Die Grundsätze sagen leider nichts Anderes aus, als dass die Bauern auf den städtischen Pachtbetrieben Landschaftspfleger mit Lohn sein sollen. Wenn ich da die Überschriften lese, steht etwas von Landschaftsgestaltung, Naturschutz, biologischer Landwirtschaft, Existenzsicherung. Das sind alles Dinge, die nicht auf einen Markt gehen, sondern die wirklich sozial und sehr grün daherkommen, was auch eine Strategie ist, die dort gesetzt wurde. Für mich ist ein Bauer jedoch auch ein Unternehmer und soll auch entsprechende Pflichten und Freiheiten haben und den Gewinn für sich und für die Stadt optimieren. Ich glaube, diese Möglichkeit wäre in irgendeiner Form sicher auch vorhanden. Jetzt haben wir jedoch eine festgesetzte magere Rendite für den Pachtbetrieb Eschenberg von 1.2%. Das ist natürlich auch für einen Grossgrundbesitzer wie die Stadt Winterthur kein lohnendes Geschäft, wenn man noch die internen Aufwendungen einberechnet. Man muss jedoch auch sagen, dass dies gemäss Unterlagen einer üblichen Rendite im Bereich Milchwirtschaft entspricht. Als GLP sehen wir positiv, dass nach dem Umbau die Bedingungen für die biologische Landwirtschaft gegeben sind. Auch muss das Gebäude aus wirtschaftlicher und rechtlicher Sicht umgebaut werden, damit längerfristig ein landwirtschaftlicher Betrieb am Eschenberg möglich ist.

Wir von der GLP können diesem Umbau für den Pachtbetrieb zustimmen. Die Zukunft der Pachtfamilie und für den Betrieb wird sichergestellt, und die biologische Landwirtschaft am Eschenberg wird eingeführt. Und vielleicht kann man einmal das Landwirtschaftskonzept überarbeiten, damit dort auch ein bisschen mehr Markt hineinkommt und man nicht mehr abgeklemt ist.

R. Diener (Grüne/AL): Auch von meiner Seite nochmals kurz 2-3 Punkte, die mir wichtig sind. Es wurde sehr vieles schon gesagt. Wir haben da wirklich einen Zustand in diesem Ökonomiegebäude, den man angehen muss. 30 Jahre alt. Man hat Ökonomie, die nicht passt, man hat Ökologie, die nicht eingehalten werden kann, man hat Auflagen an die Tierhaltung, die nicht eingehalten werden können – wir müssen etwas machen, wenn wir diesen Betrieb erhalten wollen. Und es ist richtig, das Projekt jetzt so umzusetzen. Wir haben vom Kanton grünes Licht bekommen für dieses Projekt, nicht selbstverständlich in einer Freihaltezone, aber es hat halt Randbedingungen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Ganz toll ist, das möchte ich auch betonen, dass wir eine junge, engagierte Pächterfamilie haben, die diesen Betrieb vorwärts bringen will, die bereit ist, auch in die biologische Schiene hineinzugehen (was die Zukunft ist für die Bewirtschaftung vom Land, das ist diesem Konzept, das wir in der Stadt haben, auch vorgesehen) und darum ist es wichtig und richtig, dass wir den Weg gemeinsam gehen, mit den Pächtern und mit der Stadt Winterthur zusammen. Wir begrüßen das sehr und werden deshalb zustimmen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion sind, wie ich vorher schon erwähnt habe, im Grundsatz für die Strategie mit den städtischen Bauernhöfen und entsprechend würden wir jetzt auch zustimmen.

M. Bänninger (EVP/BDP): Die Pläne für die Erweiterung des Ökonomie-Gebäudes im Eschenberg sind unter Berücksichtigung von den gesetzlichen Bestimmungen sicher eine gute Win-win-Lösung für alle, die realisiert und finanziert werden kann. Uns ist wichtig, dass

der Pächter den Betrieb wirtschaftlich führen und seine Familie ernähren kann. Wenn zusätzlich auch noch nach Bio-Standard gearbeitet wird, ist dies sicher ein zusätzliches, grosses Plus, das sehr zu begrüßen ist. Dass die Pächterfamilie das Projekt unterstützt und sich engagiert, ist zentral für uns und von grosser Bedeutung. Wir stimmen dieser Weisung zu.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion hat beschlossen, diesem Kredit zuzustimmen. Der Erhalt dieses Betriebs entspricht der langfristigen Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2007. Die FDP-Fraktion hat diese Strategie damals mitgetragen. Wer damals schon dabei war, weiss noch, dass damals wirklich sehr intensiv über dieses Geschäft diskutiert wurde, in der Kommission und auch im Rat. Es ging auch sehr emotional zu und her und die Debatte war damals so wichtig, dass sogar Tele Züri mit Kamera aus dem Ratssaal berichtet hat. Letztlich wurde das Konzept, wie es die Departementsvorsteherin schon gesagt hat, angenommen, relativ knapp mit 27 zu 25 Stimmen. Aber wir von der FDP haben das so unterstützt. Von daher ist das jetzt auch die Fortsetzung dieses Konzeptes. Die wesentlichen Aspekte sind für uns, dass die Kosten sich im Rahmen halten, der vergleichbar ist mit den anderen, bereits realisierten Bauprojekten für die städtischen Landwirtschaftsbetriebe. Dort sind die Kredite 2011 und 2013 widerspruchsfrei genehmigt worden. Die Planung entspricht auch den Bedürfnissen der Pächterfamilie. Der Betrieb kann auch in Zukunft wirtschaftlich geführt werden und die Pächterfamilie beteiligt sich mit einer Eigenleistung, wie sie auch bei den anderen Betrieben gemacht wurde. Einen kleinen Ärger gab es bei der Vorbereitung des Geschäfts: Die Zukunftsstrategie ist seit dem neuen Gemeinderats-Internet-Auftritt nicht mehr als Gemeinderatsgeschäft zugänglich, und auch das Protokoll der damaligen Gemeinderatssitzung findet man im Internet nicht mehr. Zwar habe ich persönlich über einen Stick vom Ratssekretariat dann schon über Umwege Zugang zu den Dokumenten erhalten. Aber angesichts des Öffentlichkeitsprinzips kann es aus meiner Sicht kein Dauerzustand sein, dass der neue Internet-Auftritt des Gemeinderates den Zugang zu diesen Dokumenten mehr beschränkt als es vorher war – das erschwert die Ratstätigkeit.

M. Wäckerlin (PP): Ich kann diesem Antrag, so wie er formuliert ist, sicher nicht guten Gewissens zustimmen. Entsprechend werde ich hier Nein stimmen resp. einen Ablehnungsantrag stellen. Es wurde einiges gesagt, ich gehe auf einige Dinge nochmals ein. Jetzt sieht man ja, wo die Fehler und Probleme sind beim Landwirtschaftskonzept, das müsste die BBK vielleicht nochmals genauer anschauen. Es wäre vielleicht an der Zeit, da nochmals über die Bücher zu gehen. Ich bin kein Bauer, ich kann nicht sagen, was das richtige Konzept zum Betreiben wäre, das ist klar. Aber soweit ich weiss, hat diese Familie noch einen zweiten Bauernhof, also müsste man halt schauen, dass man irgendeine Lösung findet, die beide Betriebe einschliesst und so schaut, dass vielleicht der eine Hof quasi vom anderen Hof quersubventioniert wird, wenn das tatsächlich nicht auf einem Hof möglich sein sollte. Nach wie vor: Ein Bauernbetrieb ist auch ein Wirtschaftsbetrieb und der sollte eigentlich auch rentieren. 3,2% sind keine wahnsinnige Rendite und die 3,75%, die ich nannte, das ist das, was in der Weisung steht, was üblich ist bei solchen Verpachtungen. Und wir sind hier nun mal unter dem Üblichen. Entsprechend finde ich, müsste man auch darauf schauen. Klar, die Stadt ist da quasi unter der Landwirtschaftspolitik des Bundes, wie wir alle auch, aber wir müssen schauen, dass es wenigstens auf unserer Ebene stimmt. Entsprechend werde ich das so nicht annehmen.

R. Diener (Grüne/AL): Ich wollte noch etwas nachtragen, das uns noch wichtig ist. Ich möchte das gerne zu Protokoll geben. Wir haben in der BBK darüber gesprochen. Wir wünschen uns, oder ich muss sagen, ein grosser Teil der Leute, die sich damit beschäftigt haben, dass Stadtwerk das Dach der neuen Anlage (und auch das der bestehenden) gut anschaut und versucht, wenn immer möglich dort auch eine PV-Anlage darauf zu installieren und zu realisieren. Ich meine, das sollte aufgrund der Freihaltezone auch dort möglich sein.

F. Landolt (SP): Wir möchten gerne dieses Geschäft verbinden mit einem Namensaufruf, denn es ist ein Dilemma-Geschäft zwischen der Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite, diese ist sicher nicht sehr gut, und anderen Werten, die wir als Partei hochhalten (Landschafts-

schutz, Naturschutz, Biodiversität, Existenzsicherung, biologische Landwirtschaft u.a.). In diesem Dilemma interessiert es uns, und wir glauben auch die Öffentlichkeit hat das Recht zu wissen, wer wo welche Prioritäten setzt. Deshalb stellen wir den Antrag auf einen Namensaufruf.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Möchte sich jemand zum Ordnungsantrag wegen Namensaufruf äussern? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte sich sonst noch irgendjemand äussern?

Stadträtin Y. Beutler: Ich würde gerne noch ein paar Schlussanmerkungen anbringen. Kurz nochmals zu M. Wäckerlin. Ich glaube, dass das Landwirtschaftskonzept erfolgreich ist, zeigt sich daran, dass wir es jetzt mit dieser letzten Etappe auch wirklich fertig umsetzen können. Dass das, was man dort intensivst diskutiert hat, im Rat und in den Kommissionen, dass das eine gute Arbeit war, die man geleistet hat. Es ist aufgegangen, mit den Etappierungen zusammen, mit den Umlegungen, die man jetzt macht oder Neuzuteilungen vom Land. Es wäre falsch, wenn man sagt, das Landwirtschaftskonzept sei eine Fehlkonstruktion gewesen. Was man auch sagen muss, auch ein Missverständnis: Die Pachtfamilie hat nicht zwei Höfe, sondern ihre Kühe sind auf zwei verschiedene Standorte verteilt, und dass ist genau das: Wenn man davon spricht, dass man wirtschaftlich wirtschaften will, dann ist es eine Grundlage, dass man auch optimalere Verhältnisse schafft und nicht alles verzettelt. Wenn ich es richtig herausgehört habe, wird dieser Kredit im Rat befürwortet werden. Herzlichen Dank an dieser Stelle, herzlichen Dank auch Dir, Hans-Ruedi Hofer, für diese wirklich fachmännische Vorbereitung, die wir haben konnten. In absentia herzlichen Dank dem Projektleiter vom Departement, Philipp Onori von den Immobilien. Es war eine sehr intensive Arbeit. Es ist etwas Spezielles, wenn man einen solchen Pachtbetrieb umbaut, es ist eine sehr schwierige Geschichte, auch weil so viele Dinge reguliert sind im Ganzen drin. Mit einem Ja ermöglichen Sie, dass wir das Landwirtschaftskonzept erfolgreich umsetzen können. Sie schaffen eine Grundlage für ein erfolgreiches und langfristiges Wirtschaften von der Pächterfamilie, Sie machen ca. 48 Kühe glücklich und eine Stadträtin. Danke vielmals.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir haben den Ordnungsantrag bezüglich Namensaufruf. Damit wir eine Abstimmung nach Namensaufruf machen, brauchen wir 20 Stimmen. Entsprechend: Wer diesem Ordnungsantrag zustimmen und nach Namensaufruf abstimmen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. Bitte auszählen.

Rütsche (SVP): 12

Magnusson (FDP): 7

Gygax (GLP): 7

Künzler (SP): 1

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Das sind definitiv mehr als 20, damit wird mit Namensaufruf abgestimmt.

Es geht um die Annahme dieser Weisung. Wenn Ihr dem zustimmen könnt, dann Ja, wenn nicht, dann Nein. Felix Landolt bitte.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Christoph Baumann (SP)	-----	-----	Stefan Feer (FDP)	X	
Bea Helbling-Wehrli (SP)	X		Felix Helg (FDP)	X	
Roland Kappeler (SP)	X		Urs Hofer (FDP)	X	
Regula Keller (SP)	X		Thomas Leemann (FDP)	X	
Betty Konyo Schwerzmann (SP)	X		Christoph Magnusson (FDP)	X	
Fredy Künzler (SP)	X		David Schneider (FDP)	X	
Felix Landolt (SP)	X		Markus Wenger (FDP)	X	
Christa Meier (SP)	X		Katrin Cometta-Müller (GLP)	X	
Ursina Meier (SP)	X		Rahel Comfort (GLP)	X	
Silvana Näf (SP)	X		Silvia Gyga-Matter (GLP)	X	
Maria Sorgo (SP)	X		Markus Nater (GLP)	X	
Markus Steiner (SP)	X		Annetta Steiner (GLP)	X	
Silvio Stierli (SP)	X		Martin Zehnder (GLP)	X	
Gabriela Stritt (SP)	X		Michael Zeugin (GLP)	-----	-----
Benedict Zäch (SP)	X		Marc Wäckerlin (PP)		X
Franco Albanese (SVP)		X	Jürg Altwegg (Grüne)	X	
Simon Büchi (SVP)		X	Reto Diener (Grüne)	X	
Gabi Gisler-Burri (SVP)	X		Renate Dürr-Ziehli (Grüne)	X	
Matthias Gubler (SVP)		X	Christian Griesser (Grüne)	X	
Michael Gross (SVP)	X		Doris Hofstetter (Grüne)	X	
Hansrudolf Hofer (SVP)	X		David Berger (AL)	X	
Rolando Keller (SVP)	-----	-----	Katrin Gander (AL)	X	
Chantal Leupi (SVP)	-----	-----	Lilian Banholzer (EVP)	X	
Urs Obrist (SVP)	X		Michael Bänninger (EVP)	X	
Daniel Oswald (SVP)		X	Thomas Deutsch (EVP)	X	
Pacsal Rütsche (SVP)	X		Barbara Huizinga-Kauer (EVP)	X	
Doris Steiner (SVP)		X	Klaus Brand (CVP)	X	
Werner Steiner (SVP)	X		Andreas Geering (CVP)	X	
Marcel Trieb (SVP)	X		Iris Kuster (CVP)	-----	-----
Zeno Dähler(EDU)	X				
Yvonne Gruber (BDP)	X				

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ihr habt dieser Weisung mit 49:6 zugestimmt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2016.039: Begründung des Postulats U. Hofer (FDP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und A. Steiner (GLP) betr. zentrale, professionelle Debitoren- und Verlustscheinbewirtschaftung

Das Postulat wurde zurückgezogen und somit als erledigt abgeschrieben.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2016.091: Begründung des Postulats D. Schneider (FDP) betr. Stadt der Pioniere

D. Schneider (FDP): Zeigt einen kurzen Clip von einem Flugmobil aus Dubai zur Illustration. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass eine rasante technische Entwicklung in den Medien thematisiert wird. Zum Beispiel heute lesen wir in der NZZ online «Zürich – Hauptstadt der Roboter». Neben selbstfahrenden Autos, die die Post zustellen, heisst es in diesem Artikel auch, dass man 2020/21 bereits in ferngesteuerten Flugzeugen um die Welt fliegen wird. Glaubt man diesem NZZ-Bericht und vielleicht auch diesem Clip, der aus Dubai kommt, dann ist die Seilbahnidee (in diesem Postulat geht es ja darum, ob diese Bahn ohne Stütze auch möglich ist) nicht so fremd. Mit dieser Lufttaxi-Idee, wie man im Clip sah, könnte vielleicht überraschend eine Lösung bei dieser vertrackten Taxi-Verordnung kommen, wenn man die 3. Dimension miteinbezieht. Das Standplatzproblem wäre sicher gelöst. Das Postulat, das ich noch vor den Sommerferien eingereicht habe, hat wenig Unterstützung gefunden. Vielleicht habe ich auch etwas zu wenig lobbied. Aber mit dieser Diskussion soll mindestens an den beispiellosen Wandel, der Klaus Schwab beim WEF mit 4. Industrieller Revolution auf ganz verschiedenen Ebenen aufführt, erinnert werden. Zum Postulat selber:
Punkt 1: Eine mutige und visionäre Überprüfung des Gesamtverkehrskonzeptes, das noch nicht so alt ist, wäre interessant und wichtig. Von der Standortförderung wissen wir ja, dass die Verkehrssituation einer der Negativfaktoren darstellt. Mir ist klar, dass eine Seilbahn belächelt wird und aus naheliegenden Gründen nicht zuoberst auf der Traktandenliste der Verkehrsplaner ist. Unbestritten ist, wir brauchen Alternativen und neue Ideen. Wenn man mit den Hochschulen redet (das habe ich gemacht im Vorfeld), dann ist es klar: Mit dieser Idee und mit solchen Verkehrskonzepten setzt man sich dort auseinander. Der 3. Punkt würde ein innovatives politisches Signal auch zuhanden der Standortförderung setzen.
Zugegeben, das Postulat geht ein bisschen über das politische Alltagsgeschehen hinaus, das ist mir voll bewusst. Warum nicht immer wieder ein bisschen vorausdenken, damit Winterthur eine Stadt der Pioniere bleibt - oder wieder eine wird. Wir von der FDP haben letztes Jahr kommuniziert, dass wir uns mit Winterthur 2050 auseinandersetzen, dass wir da vorwärtsschauen und manchmal auch ein bisschen out-of-the-box Dinge thematisieren. Ich plädiere für die Unterstützung dieses Postulates - es freut mich ganz besonders, dass Jürg Altwegg (mein Kommissionschef) damit von der Partie ist.

U. Obrist (SVP): Die SVP stellt einen Ablehnungsantrag für dieses Postulat. Innovation, Visionen, Pionierarbeiten – der Seener See hat es ja aufgezeigt, dass so eine Innovation, eine solche Vision, bei der Bevölkerung nicht gut angekommen ist. Heute kann man nur noch ein wenig über den vergangenen Seener See schmunzeln. Auch eine Seilbahn ist für Winterthur heute gar kein Thema, von den Kosten würden wir ja gar nicht reden. Das Vehikel aus Dubai vermögen sie vielleicht dort, wir aber bestimmt nicht - ich würde in dem Ding nicht fliegen. Wir haben Verkehrsprobleme, wir müssen diese Verkehrsprobleme angehen in Winterthur – das ist das Wichtigste, dass wir das in Zukunft lösen – und das braucht uns alle, einen bürgerli-

chen Stadtrat vor allem, und auch unsere bürgerliche Seite. Wir müssen zusammenhalten, damit wir da dagegenhalten können und schauen, dass wir eine vernünftige Verkehrspolitik betreiben können für die Zukunft dieser Stadt. Deshalb danke für die Unterstützung dieses Ablehnungsantrages.

J. Altwegg (Grüne/AL): Stadt der Pioniere. Es ist schon etwas erstaunlich: Ein Postulat, das so einen knackigen Titel hat – und dann bin ich der einzige Fraktionsfremde, der mitunter schreibt. Am Inhalt kann es eigentlich auch nicht wirklich liegen, denn die drei Anliegen des Postulanten sind vorwärtsgreifend und verlangen eigentlich nichts, dass der Stadtrat nicht auch im eigenen Interesse tun müsste. Er verlangt im Wesentlichen drei Punkte, ich führe die nochmals ein bisschen aus. Er schreibt im ersten Punkt von «zunehmender Technologisierung», damit meine ich jetzt Digitalisierung. Eine Entwicklung, an der wir alle nicht vorbeikommen. Diese findet statt und macht tiefe Einschnitte in alle unsere gesellschaftlichen Bereiche, nicht nur beim Verkehr. Jetzt hat es da noch eine Textpassage drin, da ist das städtische Gesamtverkehrskonzept drin – vielleicht möchte er uns damit ein Ei legen, aber nein, auch Fehlanzeige. Auch dort ist kein Zweifel, denn die FDP hat offenbar die Zeichen der Zeit erkannt. Dort spricht man nämlich von selbstfahrenden Autos, selbstfliegenden Flugzeugen, Car-Sharing-Modellen und stagnierender (Originalton FDP) Nachfrage von Parkplätzen. Die Velostadt wird auch noch erwähnt in einem Nebensatz. Wir Grünen könnten das nicht besser formulieren, das muss ich offen zugeben. Vielleicht liegt der Hund beim zweiten Punkt begraben, da kommt ja die Seilbahnidee. Zugegeben, das ist nicht jederfrau oder jedermanns Sache, es gibt Leute, die schmunzeln über diese Idee, aber deswegen das ganze Postulat bachab zu schicken, fände ich doch etwas schade, denn der Stadtrat muss einfach prüfen, ob man so ein Seilbahnkonzept allenfalls in der Richtplanung platzieren könnte. Wenn das nicht geht, sagt der Stadtrat sicher entsprechend Nein. Und das dritte schliesslich ist ganz klar auch eine wichtige Aufgabe: Tue Gutes und sprich darüber. Das ist meiner Meinung nach keine heikle Forderung, das ist etwas, das der Stadtrat auch immer machen sollte (macht er ja auch meistens). Gerade im Bereich Verkehr, wo man innovative Lösungen versuchen könnte, ist die Information ganz wichtig, um Leute zu motivieren, auch Neues auszuprobieren. Alles in allem also ein gutes Postulat, das es eigentlich wert wäre, überwiesen zu werden.

M. Wackerlin (GLP/PP): Die Fraktion der GLP/PP lehnt das Postulat ab und zwar aus folgendem Grund: Wie man gesehen hat, ist es relativ schwach unterstützt, es wurde im Vorfeld auch nicht wirklich mit den anderen Fraktionen darüber gesprochen und wir fragten uns, was das eigentlich soll, der Bevölkerung Händchen halten und so. Das einzige, was meiner Meinung nach noch vernünftig gewesen wäre, wäre der dritte Punkt, nämlich der, dass man offen sein sollte für neue Technologien. Aber gerade bei neuen Technologien haben wir das Problem, dass das kaum etwas ist, das auf städtischer Ebene ist. Selbstfahrende Taxis oder Personal E-Transporter könnten den Nahverkehr tatsächlich revolutionieren (und das wird es wahrscheinlich auch), aber dafür hat die Stadt nicht den Spielraum. Ausser vielleicht, dass sich die Stadt da nicht gegen den Fortschritt extra sperren soll, aber ich hoffe, das macht sie ohnehin nicht. Aber diese Regulierungen, die sehr viele innovative Neuerungen verbieten und kaputt regulieren, kommen aus dem Strassenverkehrsgesetz des Bundes, da kann die Stadt gar nichts machen. Dass wir die meisten dieser absolut coolen Geräte (mit einem Mono-Wheel durch die Stadt rollen z.B.) nicht brauchen darf, das liegt nicht an der Stadt, das liegt am Bund. Da müsste man dieses Anliegen dort platzieren. Als ich meinen Kommentar dazu verfasst habe, ging ich davon aus, dass es sich um den Strassen- resp. Bodenverkehr dreht. Das mit dem Flugzeug ist natürlich absolut genial. So ein Flugzeug würde ich mir sofort kaufen, wenn es preislich irgendwie im Bereich eines Fahrzeuges kommen würde, aber auch da würde uns das Luftfahrtgesetz im Weg stehen, auch da kann die Stadt nichts machen. Alles in allem ist es eine reine Beschäftigung für die Verwaltung, die unter dem Strich nichts bringt und entsprechend werden wir das nicht unterstützen. Aber selbstverständlich erwarten wir, wie ich gesagt habe, vom Stadtrat neue Konzepte und dass er sich nicht extra noch sperrt.

B. Konyo (SP): Auch in unserer Stadt Winterthur ist eine visionäre, umweltfreundliche Verkehrsplanung unumgänglich. Langfristig sind wir gezwungen, grundlegende Weichenstellungen für den ÖV und den motorisierten Individualverkehr und Massnahmen gegen die Luftverschmutzung zu ergreifen. Dafür braucht es aber eine Verzahnung der Verkehrsmittel. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Kanton und Bund ist gefragt, Stichwort Agglomerationsprogramm. Bei Stau in luftige Höhen auszuweichen, diese Lösung ziehen momentan gleich mehrere Schweizer Städte in Betracht (u.a. Sitten, Lausanne, Fribourg und Zürich). Wie stellen wir uns das für Winterthur vor? Erstens: Eine Seilbahn direkt über den Köpfen, relativ grosse Stützmasten, die irgendwo platziert werden müssten und die einen relativ grossen Eingriff in die Natur darstellen würden. Zweitens: Je nach Art des Bahntypes müsste man mit zwischen 20 – 80 Mio. Fr. für eine Anlage rechnen. Da sehr viele Winterthurerinnen und Winterthurer nach Zürich zur Arbeit mit der Bahn oder mit dem Auto pendeln, gäbe es verkehrstechnisch für diese Pendler keinen ersichtlichen Nutzen. Wir von der SP finden, lieber die Buslinien, das Bahnnetz und den Veloweg stärker ausbauen und die Anschlüsse besser planen. Was auf diesem Papier ganz nett aussieht und auch wirklich irgendwie spannend ist, wird wohl sehr viele Hürden nehmen müssen, bevor es realisiert werden könnte. Die SP lehnt die Überweisung des Postulats ab.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion möchte das Postulat «Stadt der Pioniere» nicht unterstützen. Die Form eines Postulats ist hierfür aus unserer Sicht wenig zielführend. Die beschriebenen Ideen mögen zwar spannend tönen, sind aber ziemlich verzettelt und nicht konkret. Zu Punkt 1: Im städtischen Gesamtverkehrskonzept hat es bereits Aspekte, welche die zunehmende Technologisierung ins Auge fassen. Zu Punkt 2: Eine Seilbahn – von wo nach wo? Wird sie von der Stadt betrieben? Wie soll sie überhaupt finanziert werden? Sehr viele Fragen, die gar nicht gestellt werden. Zu Punkt 3: Es ist nicht ausschliesslich die Aufgabe des Stadtrates, die Bevölkerung in diese Richtung zu sensibilisieren, sondern das könnte durchaus auch von der Standortförderung initiiert werden. Daher sind wir zu dem Schluss gekommen, das Postulat nicht zu unterstützen.

R. Diener (Grüne/AL): Ich vertrete da die Minderheit der Grünen Fraktion und möchte doch noch ein paar Feststellungen machen, die sich insbesondere auch auf den Inhalt dieser Begründung beziehen, die in diesem Postulat vorgelegt wurde. Selbstverständlich, der Wandel findet statt, das wurde auch gezeigt. Nur, man muss schon immer genau hinschauen, Wandel alleine oder Innovation alleine ist noch kein Gütesiegel für einen wirklich vernünftigen Prozess. Man hat sich auch schon häufig und oft in solche Sachen verrannt und gerade von Eurer Seite kamen auch sehr viele kritische Bemerkungen zu den innovativen Anlagen, die man im Bereich der erneuerbaren Energien aufbauen wollte. Damals hiess es nur, damit wolle man nichts zu tun haben. Jetzt will man Innovation im Strassenverkehr aufbauen. Hm, spannend. Ich finde es toll, die Latte, die Ihr da nach oben werft. Veloverkehr wie in Kopenhagen – ja selbstverständlich, da bin ich sehr gerne dabei. Nur möchte ich zu bedenken geben: Es ist nicht eine Frage der Innovation, es ist nicht eine Frage des technologischen Wandels, sondern es ist eine Frage der Priorisierung der Verkehrsteilnehmer, von der Priorisierung der Mittel, die man einsetzt. Kopenhagen hat sich schon vor vielen, vielen Jahren als Pionier ausgezeichnet, indem sie konsistent und konsequent die günstigste und effizienteste Verkehrslösung gewählt haben. Das haben wir in Winterthur übrigens auch schon mal als Rolle gehabt: Velostadt Nummer 1 waren wir eine Zeit lang, wir haben da bereits viel Pionierarbeit geleistet. Es ist also nicht so, dass wir in Winterthur nichts machen zu diesem Thema. Aber, und das ist der wichtige Punkt: Es ist nicht entscheidend, welche Technologie jetzt als Neues dazukommt, sondern entscheidend ist, ob wir die Mittel, die wir haben, effizient nutzen oder nicht. Wir werden in Kürze genau zu diesem Thema wieder Vorlagen haben, bei denen man dann sehen wird, ob die FDP dort auch bereit ist, da eine Velounterführung zu stützen oder dort eine Velobahn umzusetzen oder da vielleicht den Vorzug des Veloverkehrs gegenüber dem Autoverkehr umzusetzen.

Was urbane Seilbahnen anbetrifft, muss ich schon auch noch etwas dazu sagen: Es gibt ein tolles, schönes Vorzeigebeispiel Medellin (Bolivien/Südamerika), das sogar mehrere Linien installiert hat unterdessen. Auch dort ist es nicht so, dass die Innovation oder die Pionierhaf-

tigkeit den Ausschlag gegeben hätte, um das Projekt umzusetzen. Es ist schlicht und ergreifend einfach eine Notwendigkeit: Steile Berghänge, extrem stark überbaut, mit dichten, relativ ärmlichen Siedlungen, praktisch keine befestigten Strassen. Da war natürlich eine Seilbahn naheliegend und das hat man dann auch umgesetzt. Man hat also ein Transportproblem effizient und sinnvoll gelöst. Bei uns in Winterthur sehe ich das schon viel weniger: Wir haben eine sehr flächig gebaute Stadt, kleine Hänge hat es rundherum, aber das ist nichts wahnsinnig Grosses verglichen mit dem, was man an solchen Orten sieht, und wir haben ein sehr gutes Strassennetz, meine Damen und Herren. Leider wird das extrem ineffizient benutzt. Da fahren Autos darauf, SUV's brauchen sehr viel Platz, es sitzt eine Person darin. Das ist das Problem, das wir im Verkehr in Winterthur haben.

Ein interessantes Zitat dazu: "Autos haben in den Städten nichts mehr zu suchen". Das kommt nicht von mir – auch wenn es durchaus könnte – das hat ausgerechnet der Maire von Paris gesagt, in einem Land, von dem man sagen kann, dass es eine der autoverrücktesten Nationen der Welt ist. Ich möchte das meinerseits gerne etwas präzisieren: Die SUV's, die zu viel Platz brauchen, die v.a. das Problem darstellen. Und dort liegt das Verkehrsproblem, liebe FDP. Wir haben ein Verkehrsproblem, ja, aber das lösen wir nicht mit solchen Helikopterchen, das lösen wir auch nicht mit irgendwelchen privaten grösseren Helikoptern, die enormen Energiebedarf haben, das kann es nicht sein. Damit würden wir uns wieder in die Vergangenheit zurückkatapultieren, was den Energiebedarf anbelangt. Insofern ist dieses Postulat von der Stossrichtung her nicht richtig. Es adressiert sich an die Verkehrspolitik, für die Ihr durchaus gute und innovative Lösungen hättet – aber wir müssen es umsetzen. Für das braucht es Priorisierungen und es braucht den Willen, auch entsprechend zu gehen und nicht unbedingt technische Kleinigkeiten oder innovative Spielereien. Ich werde deshalb dieses Postulat ablehnen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion gehen auch davon aus, dass sich die Art und Weise, wie wir uns in Zukunft fortbewegen wollen, grundlegend ändern wird. Das macht es uns aber heute auch kaum möglich, uns vorstellen zu können, wie es sein wird. Selbstfahrende Autos, selbstfahrende Lastwagen oder Busse, die miteinander kommunizieren, werden einen extrem dichten Verkehrsfluss ermöglichen. Mit Drohnen schafft man zusätzlich Transportkapazität in der Luft. Unter diesen Voraussetzungen scheint eine Seilbahn schon fast vorsintflutlich, auch wenn es heute Systeme gibt, bei denen die Gondeln mit über 100 km/h unterwegs sind. Klar, in Metropolen mit unendlich langen, geraden und sehr breiten Strassen wäre eine Seilbahn sicher eine interessante Möglichkeit, vor allem, wenn auch noch das Rekurswesen unterentwickelt ist. In unserer historisch gewachsenen Stadt Winterthur mit all den Rekursmöglichkeiten würde ich realistisch betrachtet sagen, dass eine Realisierung unmöglich ist. Vielleicht noch eine andere These: Wir haben kein Verkehrsproblem in der Stadt Winterthur – wir haben ein Problem mit der fehlenden Geduld. Deshalb unterstützen wir die Überweisung nicht.

St. Feer (FDP): Es ist eine höchst spannende Diskussion über die Pionierstadt Winterthur und die Vision im Verkehr. Für die einen ist es veraltet, die anderen sind für Visionen – aber bitte nicht so, wie es hier drin steht – und die anderen sind die Allianz der Denkverbietter (was nicht sein darf, das wird einfach abgelehnt). Das ist so in der Politik, es ist schwierig. Es ist ein Thema, das auffordert, das heutige Verkehrskonzept der Stadt Winterthur anzuschauen. Reto Diener, Du schwörst immer auf den Bus und das Velo, ich denke, dieses Verkehrskonzept ist überholt. Wir werden irgendwann in der Schweiz mit dem Verkehr in die Luft oder in den Boden gehen müssen, anders werden wir das Verkehrsaufkommen nicht lösen können. Wir bieten mit dem Postulat einen Ansatz und dem Parlament eine Möglichkeit, das Thema «Verkehr und wie geht es weiter» diskutieren zu können. David Schneider sagte es, es ist eine Aufforderung, out-of-the-box zu denken. Das Parlament lehnt das mehrheitlich ab, das ist schade für eine Stadt, die sich Pionierstadt nennt und von den Pionieren des 19. Jahrhunderts heute noch lebt und profitiert. Schade, dass diese das nicht hören, sie würden sich wahrscheinlich wundern über den Pioniergeist, der in diesem Parlament herrscht. Reto Diener, noch etwas zu Dir, Du hast es kurz gesagt: Ich freue mich, dass die Mehrheit Deiner Fraktion die Idee unterstützt. Wenn Du die Biodieselpunkte als Pioniertat hervorbringen

möchtest – gewisse Projekte haben wir in der Privatwirtschaft vorgängig auch schon geprüft und die Privatwirtschaft hat abgelehnt, genau aus dem Grund, weshalb, wie man später sah, diese gescheitert sind. Das einfach zum Beispiel Pioniergeist, grüne Politik etc. Wie gesagt, Winterthur ist eine Pionierstadt und ich hoffe, irgendwann kommt dieser Geist auch wieder zurück in die Politik. Wir von der FDP bleiben dran und es wird wieder einmal die Gelegenheit geben, Eure Aufbruchstimmung unter Beweis zu stellen. Ich bezweifle, dass dies in diesem Parlament passieren wird – es ist ein Parlament, bei dem aus meiner und aus Fraktionssicht vor allem die Denkverbote Vorrang haben.

Stadtrat J. Lisibach: Ich kann noch nicht versprechen, dass wir um 18 Uhr fertig sind, aber ich versuche es. Der Stadtrat dankt den Postulanten für diesen kreativen und innovativen Vorstoss. Ich gehe mit Ihnen einig, dass die neuen Technologien, wie zum Beispiel «selbstfahrende oder selbstfliegende Autos» oder «Sharing-Modelle» durch Fachleute und Politik zu beobachten und die Auswirkungen auf die Verkehrsplanung zu prüfen sind. Es ist für mich deshalb keine Frage: Die fortschreitende Digitalisierung und generell der technische Fortschritt werden Einfluss auf die Mobilität der Zukunft haben.

Fachleute gehen heute davon aus, dass zum Beispiel «selbstfahrende Autos» nicht zu einer Abnahme des Verkehrs, sondern im Gegenteil zu einer Zunahme führen könnten. Denn «selbstfahrende Autos» erhöhen die Attraktivität der individuellen Mobilität. So muss man ja nicht mehr selber einen Parkplatz suchen und muss das Auto nicht selber steuern. Ich kann die Zeit des Fahrens und der Parkplatzsuche (wie beim Zufahren) für andere Dinge nutzen. Welche Auswirkungen «selbstfahrende Autos» auf den Parkplatzbedarf haben, ist zurzeit kaum seriös abzuschätzen. Zurzeit laufen diverse Forschungsarbeiten zu diesem Thema. Auch die städtische Verkehrsplanung beteiligt sich mit ihrem Wissen an solchen Forschungsarbeiten. Ob «selbstfahrende Autos» wie im Postulat begründet, also dazu beitragen, dass die Nachfrage nach Parkplätzen in urbanen Zonen stagnieren, ist nicht gesichert. Sie sehen also, dass trotz technologischem Fortschritt, die Probleme und Herausforderungen bei der Mobilität am Schluss die gleichen sein können. Herausforderungen, welche beispielsweise auch urbane Seilbahnen nicht lösen können. Reto Diener hat es erwähnt: Wir sind häufig nicht gleicher Meinung, aber hier könnte es sein. Eine urbane Seilbahn ist bei widrigen topografischen Verhältnissen zweckmässig. Sie macht auch Sinn, wenn das Strassennetz fehlt oder nicht funktioniert. Auch kann eine Seilbahn Sinn machen, wenn aufgrund der Favela-Bauweise die Stadt oder Quartiere mit dem öffentlichen Verkehr nicht erschlossen werden können. Alles Verhältnisse, die wie erwähnt auf Städte wie Medellin, La Paz oder Rio zutreffen, wo es Seilbahnen hat.

In der Schweiz hingegen hat der öffentliche Verkehr auf der Strasse gute Rahmenbedingungen. Seilbahnen haben hier Nachteile, weil sie nicht die gleiche Haltestellendichte wie Stadtbuss anbieten können und weil durch die Zu- und Abgänge mit Liften und Treppen längere Wegbeziehungen für die Bevölkerung entstehen. Deshalb ist eine Seilbahn in Winterthur als Ersatz oder Ergänzung des öffentlichen Verkehrs nicht geeignet.

Ich gebe zu, dass die Seilbahn vielleicht ein gewisses Potenzial bei der städtischen Mobilität haben kann. Es muss sich aber um ein klares, eng fassbares Ziel- und Quellgebiet mit einer entsprechenden Nachfrage handeln. Beispiele dafür sind die Bahn vom Hauptbahnhof Zürich zur ETH Höggerberg via ETH Zentrum oder Bahnhof Stettbach zum Zoo Zürich. Solche Gebiete gibt es in Winterthur nicht.

Ich weiss auch, dass sich zum Beispiel Stadtbuss intensiv mit Chancen und Risiken für neue Technologien, welche vor allem eine Reduktion des CO₂ zur Folge haben, beschäftigt. Wir arbeiten auch immer wieder mit der ZHAW zusammen. Als Beispiel ist aktuell das Projekt BiCar zu erwähnen. Die Fachpersonen aus der Stadtverwaltung begleiten auch immer wieder ZHAW-Studienarbeiten im Bereich der Verkehrsplanung. Die Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner der sechs grössten Deutschschweizer Städte tauschen sich zudem zweimal jährlich über aktuelle Verkehrsthemen aus. Auch an diesen Treffen werden Fragen zu neuen Technologien und deren Auswirkungen diskutiert.

Deshalb und wegen der sehr knappen finanziellen und personellen Ressourcen erachtet es der Stadtrat als besser, die Entwicklung in anderen Städten zu beobachten, die Auswirkungen für Winterthur zu prüfen und nicht selber eine Studie, die schnell mal mehrere 10'000

Franken kostet, in Auftrag zu geben. Ich bitte Sie deshalb, Stadtrat und Verwaltung nicht mit einem zusätzlichen Bericht, dessen Nutzen wie dargelegt klein sein wird, zu beauftragen und bitte Sie, das Postulat nicht zu überweisen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat überweisen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer das Postulat ablehnt und nicht überweisen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Das ist eindeutig die Mehrheit. **Ihr habt das Postulat nicht überwiesen und es damit als erledigt abgeschrieben.**

6. Traktandum

GGR-Nr. 2016.037: Beantwortung der Interpellation R. Diener (Grüne/AL) und M. Wäckerlin (PP) betr. Umsetzung der Littering-Gebühren

R. Diener (Grüne/AL): Kurz vor dem Nachessen noch die Thematik der Littering-Gebühren. Da wird es so sein, dass ich mit Stadtrat Josef Lisibach nicht mehr so ganz einer Meinung bin. Ich möchte mich aber zunächst einmal bedanken für die Antwort. Ich möchte aber festhalten, dass mich die Antworten schon etwas lustig dünken. Sie sind eine Art kleiner Slalomlauf um die eigentlichen, wirklichen Fragen herum, die ich gestellt habe. Die Antworten wurden quasi darunter versteckt – und ich finde sie nicht. Wir wissen im Grunde genommen nicht mehr, als wir schon wussten, als wir die Weisung zur Änderung der Abfall-Verordnung 2015.081 hier im Gemeinderat verabschiedet haben, die ja zu dieser Frage oder zu dieser Interpellation führte. Wir haben in dieser Interpellation eigentlich lediglich wissen wollen, was die konkreten Annahmen von den Kosten sind, die der Stadtrat für die Littering-Beseitigung (für die Abfallentsorgung im öffentlichen Raum) einsetzt, und wir haben auch noch nach der Anteiligkeit bei der Begleichung dieser Kosten gefragt (wie werden sie bezahlt, wie werden sie finanziert, woher kommt das Geld, kommt das Geld aus den Gebühren, kommt es aus den Steuern usw.?).

Gemäss Kapitel 5 eben dieser erwähnten Weisung, das weist der Stadtrat auch aus, wurden für die Littering-Kosten rund 500'000 Franken jährlich veranschlagt. Weiter wurde dort ausgeführt, dass entspräche nur knapp 10% des gesamten Budgets der Strassenreinigung in Winterthur, das bei ca. 6 Mio. liegt. Das irritierte uns schon etwas, denn die eine wie die andere Zahl steht im Widerspruch zu dem, was in den Richtlinien des Bundes (vom BAFU) und in den Kalkulationen, die diesem Bundesgerichtsurteil zugrunde lagen, steht. Da gibt es zwei höhere Kalkulationsweisen. Es gibt die eine Kalkulationsweise, die pro Kopf etwas ausrechnet und eine Abschätzung macht, und es gibt eine andere Kalkulationsweise, die quasi aufgrund der Fläche etwas kalkuliert. Beide Zahlen kommen auf ganz andere Beträge. Wenn man z.B. die Bevölkerung rechnet und die Zahl annimmt, die für andere Städte auch schon verglichen und geprüft wurde, dann käme man auf rund 2 Mio. Kosten, also einen wesentlich höheren Betrag, als der Stadtrat veranschlagt. Was ist es denn nun, mit welchem Betrag rechnet man, was legt man zu Grunde? Diese Frage wurde nicht wirklich beantwortet. Zum anderen war die Frage nach der Deckung dieser Kosten. Da hat ein Bundesgerichtsurteil festgehalten, das konnten wir auch lesen, dass nicht mehr als 10% dieser Kosten über eine Gebühr, die nicht von den Verursachern erhoben werden kann, gedeckt werden dürfen. Den Rest müsste man von den Verursachern einholen oder, wenn das nicht geht (was ja naheliegender ist, da man nicht neben jeden Abfallkübel einen Polizisten stellen kann), muss es über die allgemeinen Steuermittel gedeckt werden. Wie genau die Verrechnung oder die Kalkulation stattfinden soll oder was wirklich zu Grunde liegt, ist ebenfalls nicht klar und wurde in den Antworten nicht erklärt.

Der Stadtrat verspricht, das war damals schon die Basis, die 500'000 Fr. durch Optimierungsmassnahmen einsparen zu können, die umgesetzt werden. Das ist ja gut, da haben wir nichts dagegen, dass man diese Massnahmen umsetzt – nur damit verschwinden die Kosten nicht. Man kann sie vielleicht etwas reduzieren, aber der Abfall muss auch künftig gesammelt

werden, er muss entsorgt werden und das verursacht auch weiterhin Kosten. Ja, welche? Wie viel? Man weiss es nicht.

Dann wird auch ausgeführt, wir hätten das falsch interpretiert, der Stadtrat würde nicht die fixen Gebühren, die Grundgebühren vom Haushalt- oder Gewerbekehrrecht verwenden, um diese Kosten zu decken, sondern die variablen Gebühren (also quasi Sackgebühr oder Container, den der Gewerbler füllt). Was hat nun das mit dem Littering zu tun? Ob ich zuhause einen Sack in einen Container werfe oder nicht, da gibt es keinen Zusammenhang. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen dem, was ich als Hauseigentümer an Sackgebühr bezahle, um meinen Haushaltkehrrecht zu entsorgen, und dem, was im öffentlichen Raum an Littering beseitigt werden muss. Ein Verwirrspiel sondergleichen. Die Umweltgesetzgebung verlangt und sagt, dass man diese Kosten entweder den Verursachern belasten können oder dann über die allgemeinen Steuermittel decken muss. Fazit: Es bleibt alles unklar, es sind keine Fragen wirklich beantwortet. Es tut mir leid, wenn ich da eine etwas kritische Haltung einnehmen muss, aber eigentlich ist ja die Intention der Interpellation, dass man eine Frage stellt und eine Antwort bekommt. Ich bin gar nicht zufrieden mit dem, was ich hier erhalten habe. Aus dieser Sicht ist für mich die Interpellation nicht gut beantwortet.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die Antwort des Stadtrates ist tatsächlich sehr dürftig, da muss ich Reto Diener Recht geben. Der Stadtrat wiederholt nur das, was er früher schon gesagt hat. Es wird langsam zu einer Unart, die man öfters sieht, dass der Stadtrat immer wieder statt die tatsächlich gestellten Fragen zu beantworten einfach frühere Aussagen wiederholt. Der Stadtrat darf davon ausgehen, dass die Gemeinderäte seine früheren Aussagen kennen und mit ihren Fragen darüber hinausgehen möchten. Aus der Antwort: «Die Abfälle der Strassenreinigung werden neu von den Kehrichttouren mitgenommen. Dadurch lassen sich Synergien nutzen.» Angeblich beträgt das Sparpotential 450'000 Fr., davon 100'000 Fr. im ersten Jahr. Ein Teil der Kosten geht auf die verbrauchsabhängige Gebühr, ein Teil auf die Grundgebühr, ein weiteren Teil verbleibt durch Steuern finanziert. Aber wie viel, das führt der Stadtrat nicht aus. Der Stadtrat ist gemäss seiner Antwort der Ansicht, rechtlich korrekt zu handeln. Das ist ungefähr das, was in dieser Antwort steht, viel mehr ist da leider nicht drin.

Der Stadtrat lagert immer mehr vom steuerfinanzierten zum gebührenfinanzierten Bereich um. Auch bei den Kosten für Littering. Das ist nichts anderes als eine versteckte Steuererhöhung, das darf nicht so weitergehen. In diesem Fall gibt es tatsächlich Optimierungsmöglichkeiten, darum ist es in diesem speziellen Einzelfall allenfalls akzeptabel. Aber dann müsste man mindestens die Hintergründe besser kennen, so wie es Reto Diener angefragt hat. Aber auf jeden Fall darf es nicht zur Gewohnheit werden, dass man diese Umlagerungen macht. Nachdem in der Zwischenzeit aber auch die Kostenüberwälzung bei der öffentlichen Beleuchtung durch den Gemeinderat wieder korrigiert wurde, wird die Sachlage ein wenig entschärft und hoffentlich ist der Stadtrat diesbezüglich wieder ein bisschen besser sensibilisiert. Dementsprechend nehmen wir die Antwort zur Kenntnis, ohne allzu grosse Begeisterung.

F. Landolt (SP): Wir nehmen die Antwort auch zur Kenntnis, auch nicht wahnsinnig begeistert, aber wir finden eigentlich die Gesamtargumentation mehr oder weniger schlüssig. Es stimmt, es wurde viel gesagt, das wir auch schon gehört haben, und trotzdem gibt es mit dem Unterflurcontainer eine Art Win-win-Situation, die für eine Entlastung der Gebühren spricht und eine Rationalisierung oder Effizienzsteigerung der ganzen Abfallbewirtschaftung. Die Litteringkosten, das kam ja auch in dem Bundesgerichtsurteil, müssen geschätzt werden durch den Stadtrat. Die 450'000 Fr. finde ich persönlich wesentlich plausibler als eine Zahl von 2 Mio. bei 6 Mio. Gesamtzahl. 2 Mio. kann nach meinem Gefühl nicht stimmen. Es ist ja auch in der Abfallverordnung festgehalten, dass diese Litteringkosten untergeordnet sein müssen. Ich möchte noch zwei weitere Aspekte ansprechen: Littering ist wirklich ein Ärgernis, und es wird geschaffen und gefördert durch das neue Essverhalten mit diesen vielen gekauften Mahlzeiten im öffentlichen Raum. Littering ist natürlich eine Frage der Erziehung. Wenn man irgendwo Steuergelder einsetzen möchte, dann wäre das eigentlich besser im Departement Schule und Sport. Dort kann man in einer präventiven Aktion darauf hinwirken, dass man dem entgegenwirkt und das verstärkt, was die meisten Kinder hoffentlich vom Elternhaus mitbekommen, dass man das nämlich nicht machen sollte. Wir denken, das wäre even-

tuell eine Idee – es wird sicher auch schon etwas gemacht, aber man könnte dort noch intensivieren. Die zweite Anregung ist etwas aus dem Departement Soziales. Littering ist auch arbeitsintensiv, irgendjemand muss das machen und zusammenräumen. Ich weiss, dass in anderen Gemeinden da Asylsuchende oder vorläufig Aufgenommene eingesetzt. Das wäre eine strukturierende Beschäftigung und eine sinnvolle Aufgabe. Diese beiden Aspekte einfach noch zur Anregung. Wir nehmen diese Antwort zur Kenntnis.

A. Geering (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion nimmt diese Antwort zur Kenntnis und stellt v.a. fest, dass durch die angestrebte Zusammenarbeit, oder die verbesserte Zusammenarbeit von Strasseninspektorat und Entsorgung mit dem Sammeln dieses Abfalles an zentralen Orten und dem Wegführen ein Sparpotential umgesetzt werden soll, das eine Effizienzsteigerung und damit geringere Kosten bringt. Das begrüsst unsere Fraktion. Störend empfindet die CVP/EDU-Fraktion, dass diese Litteringkosten über die Abfallgebühren gedeckt werden sollen, auch wenn es nicht die Grundgebühr ist, sondern die Sack- und Gewichtsgebühr. Wir finden das störend, dass die, die korrekt entsorgen, nicht belohnt sondern bestraft werden, indem sie damit auch noch für die Allgemeinheit bezahlen. Wenn das Littering ist und das entsorgt werden muss, dann sollte das wenigstens nicht über die Gebühren gedeckt werden, sondern über den Steuerhaushalt. Wir sind aber auch der Meinung, dass Littering konsequenter geahndet werden sollte. Es sind in der Stadt die Grundlagen vorhanden, dass man das Littering ahnden kann und so auch die Menschen dazu bringen kann, dass sie den Abfall korrekt entsorgen und nicht einfach irgendwo fallen lassen. Dazu gehört aber auch eine gewisse Anstrengung zu den Randzeiten von der Stadt her. Wenn man am Morgen früh durch die Stadt geht, v.a. am Samstag- und Sonntagmorgen, dann quellen die Kübel an exponierten Stellen im Stadtpark und am Bahnhof über und man kann den Abfall gar nicht korrekt in den Kübel werfen. Vielleicht müsste man auch zu solchen Zeiten mehr darauf achten, entweder braucht es grössere Kübel oder dann muss man dort auch einmal eine Extrarunde einschicken. Insofern ist die CVP/EDU-Fraktion mit dieser Antwort so zufrieden und begrüsst v.a., dass da eine Einsparung realisiert werden soll.

F. Helg (FDP): Ich habe mich ziemlich gewundert über diese Interpellation, die eingereicht wurde. Vor einem Jahr hat man diese Abfallverordnung bejaht im Rat und drei Wochen später wurde diese Interpellation eingereicht. Ich kann mich an die Diskussion damals noch erinnern, in der Kommission und auch im Rat. Man muss sagen, alles, was die Interpellation thematisiert, wurde vorher schon in der Beratung im Rat und vorher in der Kommission behandelt. Wir hatten eine sehr intensive Beratung, ich war damals Kommissionsreferent, wir haben damals den ganzen Fragenkatalog abgearbeitet, das war damals schon alles bekannt. Von daher danke ich der Stadtverwaltung für diese Antwort, die kurz ist und für die Verwaltung Ressourcen schont.

Stadtrat J. Lisibach: Am 29. Februar 2016 hat der Grosse Gemeinderat die Verordnung über die Abfallentsorgung geändert. Durch die Änderung des Artikels 14 kann nun neu auch ein Teil der Kosten für das Littering und für den in öffentlichen Abfallbehältern deponierten Abfall gedeckt werden.

Der Grosse Gemeinderat hat dazu klare weitere Spielregeln formuliert:

- Der Stadtrat setzt den Anteil der Kosten fest und die Kosten werden über die Sackgebühr und die Containergebühr finanziert.
- Die Kosten müssen im Verhältnis zur gesamten Gebühr untergeordnet sein.

Am 21. März 2016 reichte Reto Diener die Interpellation ein.

Am 31. August 2016 hat der Stadtrat gemäss der Änderungen der Verordnung durch den Grossen Gemeinderat die Ausführungsbestimmungen dazu angepasst. So wurde Artikel 27 der Ausführungsbestimmungen wie folgt ergänzt:

- Mit den Sackgebühren und den Containergebühren wird auch ein Anteil der Kosten abgegolten, die bei der Entsorgung von Abfall aus Littering und aus öffentlichen Abfallbehältern verursacht werden.

Am 8. September 2016 hat das Tiefbauamt die Änderungen und Ergänzungen der Ausführungsbestimmungen amtlich publiziert und die Publikation mit einer Medienmitteilung begleitet. Gegen die Änderung der Ausführungsbestimmungen wurden keine Einsprachen erhoben. Am 14. September 2016 hat der Stadtrat die Interpellation beantwortet.

Am 14. Dezember 2016 haben wir mit einer Medienmitteilung darauf aufmerksam gemacht, dass per 1. Januar 2017 die Verordnung und die Ausführungsbestimmungen in Kraft gesetzt werden.

Ich habe geglaubt, die Sache sei politisch gegessen und der Hinweis auf die Inkraftsetzung sei ein rein formeller, vorweihnächtlicher Akt. Ich war dann sehr erstaunt, dass am Folgetag im Landboten geschrieben stand, dass die Grünen umgehend mit einer eigenen Mitteilung auf die Medienmitteilung reagiert hätten. In dieser wenig weihnächtlichen Mitteilung heisst es, dass sich Stadtrat Lisibach gemeinsam mit der Mehrheit des Grossen Gemeinderates mit einem Trick über einen Bundesgerichtsentscheid hinweg mogeln würden (also die Mehrheit von Ihnen mogelt mit), obwohl sie genau wissen würden, dass es im Grundsatz der Absicht der übergeordneten Rechtsprechung entgegen laufen würde.

Lieber Reto, Du müsstest Deine Mogelvorwürfe an mich und den Grossen Gemeinderat auch noch auf den Kanton ausweiten. Die Verordnung wurde nämlich am 26. Mai 2016 ohne Einwände vom Kanton genehmigt.

Im Gegensatz zu Dir bin ich überzeugt, dass das Geschäft politisch und rechtlich absolut korrekt abgewickelt worden ist. Nicht zuletzt hat auch Felix Helg zugestimmt. Ich glaube, alle hier drin wissen, was das heisst. Selbstverständlich ist es Dir unbesehen, zum Geschäft auch weiterhin eine andere politische Meinung zu haben.

Die Verordnung und die Ausführungsbestimmungen sind nun in Kraft und die Interpellation ist beantwortet. Ich finde, dass es an der Zeit ist, dass auch Du jetzt die Sache ruhen lassen kannst und wir schauen vorwärts. Und Reto, mindestens zwei Mal wird sowieso jede und jeder reingelegt: Ein Mal in die Wiege und ein Mal in den Sarg. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Besten Dank. Ich schliesse die Sitzung und wünsche allen Guten Appetit.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Willkommen zurück zu der Abendsitzung. Bevor wir zu den Einbürgerungen kommen: Mir wurde der Wunsch zugetragen, dass wenn es möglich ist und Ihr Eure Wortmeldungen und Vorträge elektronisch habt, Ihr diese bitte Andrea Fatzer zukommen lässt. Das macht ihr die Arbeit einiges einfacher. Wir kommen zu den Einbürgerungen.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2016.101: Begründung des Postulats K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Helbling (SP) und B. Huizinga (EVP/BDP) betr. Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei

K. Cometta (GLP/PP): Bis ins Jahr 2017 ist es bei der Stadtpolizei noch immer nicht möglich, beim Sicherheitsdienst Teilzeit zu arbeiten. Mit diesem Postulat soll das ermöglicht werden. Teilzeitarbeit soll in allen Funktionen für Männer und Frauen einfach möglich sein und auch nicht gleich das Ende der Karriere bedeuten. Teilzeitarbeit für Männer und Frauen ist eine Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie ist Voraussetzung, dass die Familienarbeit partnerschaftlich aufgeteilt werden kann. Die Stadt Winterthur ist als Arbeitgeberin in der Pflicht, ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen.

Es ist aber nicht nur eine gesellschaftspolitische Forderung. Mit Teilzeitarbeit wird nämlich der Polizeiberuf für Frauen attraktiver und das führt zu mehr Diversität im Polizeikorps, also zu einem höheren Frauenanteil. Und es ist längst wissenschaftlich erwiesen: Gemischte Teams arbeiten besser. Und gerade Frauen leisten für die Polizei einen wertvollen Beitrag (z.B. Eskalationskompetenz). Ein höherer Frauenanteil im Korps und v.a. in den Kaderfunktio-

onen ist deshalb anzustreben. Teilzeitarbeit ist aber nicht nur für Polizistinnen und Polizisten in der Familienphase eine wichtige Option. Gerade auch für die älteren Polizistinnen und Polizisten ist es eine wichtige Möglichkeit, um den Beruf lange ausüben zu können. Polizeiarbeit ist anforderungsreich, streng und belastend. Insbesondere der Schichtbetrieb zehrt auch körperlich. Und wir wissen alle, dass die Stadtpolizei derzeit mit der hohen Belastung ihrer Mitarbeitenden grosse Probleme hat und dass viele Leute ausfallen. Teilzeitarbeit ist eine Chance, um diesen anforderungsreichen Beruf möglichst lange ausüben zu können.

Die Möglichkeit, Teilzeit arbeiten zu können, ist aber auch aus Sicht Arbeitgeberin dringend notwendig, denn nur als zeitgemässe und attraktive Arbeitgeberin kann die Stadtpolizei die besten Polizistinnen und Polizisten rekrutieren und behalten. Das fällt insbesondere jetzt ins Gewicht, wo wir in Winterthur einerseits Polizeistellen aufstocken und gleichzeitig eine grosse Pensionierungswelle ansteht. Die Rekrutierung von Polizistinnen und Polizisten ist nicht einfach (Leute zu finden, die all das mitbringen, das es braucht), und die Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten ist teuer. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt Winterthur diese Ausbildungskosten übernimmt und wenn danach die Polizistinnen und Polizisten Eltern werden, geben sie den Dienst auf oder sie geben den Dienst auf, weil sie ausgebrannt sind. Das kann es nicht sein.

Selbstverständlich, es ist organisatorisch nicht immer einfach, Teilzeitarbeit zu organisieren. Der Schichtplan jetzt ist sehr starr aufgebaut, mit fixen Dienstgruppen. Und selbstverständlich, es ist ein 24h-Betrieb, 7 Tage/Woche, die Fälle, die hereinkommen, müssen weiterbearbeitet werden, es gibt Fristen, man muss Informationen weitergeben... Aber diese Herausforderungen können gemeistert werden. In anderen Branchen mit einem hohen Frauenanteil ist das selbstverständlich. Zum Beispiel gibt es auch in einem Spital einen 24h-Betrieb und eine 7 Tage-Woche und dem Patienten kann man auch nicht einfach sagen: «Entschuldigung, warten Sie 3 Tage, ich habe jetzt Mami-Zeit.» Auch im Spital muss man Informationen weitergeben. Dort ist es aber selbstverständlich, dass Teilzeitarbeit möglich ist, denn dort ist eine andere Unternehmenskultur. Auch bei anderen Polizeien, in anderen Städten und Kantonen, scheint es gut zu funktionieren mit Teilzeitarbeit. Fast alle Polizeikorps bieten Teilzeitarbeit an und haben auch entsprechend einen viel höheren Frauenanteil im Korps.

Wir fordern deshalb den Stadtrat mit diesem Postulat auf, sich diesem Thema ernsthaft anzunehmen und neue Schichtmodelle zu prüfen. Wir hoffen, dass er das auch mit einem guten Ehrgeiz macht und dass er vielleicht die Gelegenheit auch gleich nutzt, für die ganze Organisation mit diesen starren Dienstgruppen auch noch zu überprüfen, ob das noch zweckmässig ist. Bei dieser Aufgabe hilft sicher der Blick in andere Polizeikorps, vielleicht auch der Blick in andere Branchen. Vielleicht hat auch die Fachstelle für Gleichstellung noch 1-2 wertvolle Tipps. Wir hoffen schon, dass da etwas Rechtes zustande kommt. Ziel muss die Schaffung von flexiblen Anstellungsbedingungen sein. Die Stadtpolizei soll eine zeitgemässe, attraktive Arbeitgeberin sein, so dass wir auch in Zukunft die besten Polizistinnen und Polizisten beschäftigen können.

U. Obrist (SVP): Die SVP stellt einen Ablehnungsantrag für dieses Postulat. Dazu möchte ich folgende Punkte erwähnen: Im Jugenddienst besteht bereits jetzt schon ein Job-Sharing, das ist einmal das eine. Das andere ist: Neuen Mitarbeitenden stehen jetzt schon verschiedene Arbeitszeitmodelle zur Verfügung. Also es ist dort am Laufen und am Machen, es geht noch weiter. Es ist auch zu bedenken, dass Teilzeitarbeit bestimmt auch mehr Ressourcen in Anspruch nehmen würde. Das darf man nicht wegdenken. Wir haben ein ganz spezielles Departement bei uns in der Stadt, das beweist, wie viel Geld sie dort brauchen, weil sie so viele Teilzeitangestellte haben. Wegen dem Frauenanteil, Katrin Cometta: Die Stadt Winterthur hat einen Frauenanteil von 34%, das ist ein Drittel. Die Stadt Zürich, mit der man Winterthur so gerne vergleicht, hat nur 28% Frauenanteil. Also da sind wir weit voraus gegenüber der Stadt Zürich. Und bei den Teilzeitmitarbeitenden hat die Stadt Winterthur bei der Polizei 26%, die Stadt Zürich nur 18.5%. Also ich verstehe das Gejammer dieser Postulanten nicht. Deshalb: Nicht jammern, sondern sie arbeiten lassen – sie haben es im Griff. Danke vielmals für die Ablehnung dieses Postulates.

D. Hofstetter (Grüne/AL): Ich vertrete natürlich die andere Seite. Katrin Cometta hat eigentlich ganz ausführlich dargelegt, wieso dass es ganz wichtig ist, dass es auch bei der Polizei Teilzeitstellen gibt. Ich weise nur noch ein bisschen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von zu viel Arbeiten hin. Von der Polizei hat man ja gehört, dass sie immer Überzeit machen müssen, dass sie Probleme haben. Es gibt Schlafstörungen, Rückenschmerzen, Magenprobleme, Burn-out – das konnte man im Landboten lesen. Davon ist die Polizei sehr betroffen, vor allem in den Führungskadern. Das hat auch damit zu tun, dass es keine Teilzeitstellen gibt. Leute ausscheiden aus (frühzeitig), weil sie finden, dass sie nicht mehr 100% arbeiten können, wenn sie älter werden, oder sie jetzt im Moment nicht 100% arbeiten können, weil sie Familienphase haben. Deshalb finden wir es ganz wichtig, dass auch bei der Stadtpolizei, bei der Sicherheitspolizei, Teilzeitarbeit angeboten wird, dass das ganz normal wird, dass man die Dienstpläne so organisiert, dass Teilzeitarbeit eine Möglichkeit ist - eine ganz normale Möglichkeit. Ich selber arbeite in einem Schichtbetrieb, im Spital, wie Katrin sagte, dort ist das überhaupt keine Diskussion, denn man kann die Arbeitsstellen gar nicht mehr besetzen, wenn man Teilzeitarbeit nicht im breiten Stil anbietet. Und auch bei der Vorgesetzten bei uns ist es üblich, dass diese Teilzeit arbeitet, das ist möglich. Deshalb unterstützen wir dieses Postulat.

B. Helbling (SP): Auch die SP-Fraktion unterstützt die Überweisung dieses Postulats. In verschiedenen Polizeikorps der Schweiz ist Teilzeitarbeit schon lange eingeführt. Die Kantonspolizei Thurgau hat sogar für den attraktiven Beruf bei ihnen geworben, weil man Teilzeit arbeiten kann. Wir wollen, dass das auch in Winterthur geplant wird. Es reicht nicht, dass es in einzelnen kleinen Abteilungen so etwas wie Teilzeitarbeit gibt. Es geht darum, dass das über die gesamte Sicherheitspolizei angeschaut wird. Teilzeitarbeit macht den Beruf für Frauen und Männer attraktiver. Der höhere Anteil von Frauen im Korps der Stadtpolizei ist auch in Kaderfunktionen erstrebenswert, was uns auch Fritz Lehmann bestätigt hat, als wir das letzte Mal mit ihm sprachen. Die partnerschaftliche Familienarbeit ist bei vielen Frauen und Männern ein grosser Wunsch. Es geht darum, diese Wahlfreiheit zu ermöglichen, damit der Wunsch nach Teilzeitarbeit nicht zur Kündigung führt. Manchmal braucht es eine gewisse Menge an Teilzeitarbeitenden, damit das als normal empfunden wird. Ich glaube, diese fehlen im Moment noch bei uns bei der Stadtpolizei. Wir hoffen deshalb auf eine seriöse Prüfung dieses Anliegens und danken für die Überweisung.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die klassische Soziologie geht davon aus, dass der Beruf Erwachsene in die Gesellschaft integriert. Eine berufliche Ausbildung, Einmündung in das Berufsleben sowie die Gründung einer Familie stellen nach wie vor wichtige Passagen für den gesellschaftlichen Status eines Erwachsenen dar. Sowohl die berufliche Position als auch das Berufsfeld sind dabei ausschlaggebend zur Schaffung einer eigenen Identität und zur Verwirklichung des Selbstbildes. Einzelnen Berufen wird eine übermässig starke Identifikation mit dem Job nachgesagt, dazu gehören Gesundheits- und pädagogische Berufe sowie eben auch die Polizeiarbeit. Zwei der genannten Beispiele sind Jobs mit 24h-Betrieb, 365 Tage im Jahr. Tritt jetzt ein Ereignis im Leben ein, das eine Vollzeitarbeit erschwert (z.B. ein Zusatzstudium, Elternschaft oder Verminderung der Leistungsfähigkeit), so geraten diese Mitarbeiter unter enormen Druck. Heisst das nun für sie, die geliebte Arbeit aufzugeben? Wozu hat man denn dann so viel Energie, Zeit und Geld investiert, wenn man jetzt nicht mehr eingesetzt werden kann? Die Lösung ist einfach: Sie heisst Teilzeitarbeit. Die Stadtpolizei täte aus unserer Sicht enorm gut daran, bald möglichst ein System einzuführen, welches flexible Arbeitsmodelle in allen Bereichen als Voraussetzung hat, immer in Absprache mit dem jeweiligen Team und den konkreten Anforderungen. Die Planung von Schichtplänen mit Teilzeitmitarbeitenden ist anspruchsvoll, doch wenn die Stelle auch im Job-Sharing möglich ist, ist die Planung wieder simpel. In den Gesundheitsberufen ist es in kleinen Teams heute üblich, dass man sich zwei Mal jährlich zusammensetzt und die genauen Pensen miteinander bespricht und einteilt. Ein wenig grösserer administrativer Aufwand mit enormer Wirkung. Ein zusätzlicher Pool von sogenannten «Springern» lässt bei Krankheitsausfällen oder anderen unvorhergesehenen Ereignissen das System tadellos weiterlaufen. Zur Folge hat das zufriedene und engagierte, motivierte Mitarbeiter, die ihrem Berufsstand erhalten bleiben und um ihren Wert wissen.

Damit die Stadtpolizei ein moderner und attraktiver Arbeitgeber bleibt und nicht einen Grossteil ihrer Polizistinnen und Polizisten an andere Korps verliert, sollte dieses Postulat aus der Sicht der EVP/BDP-Fraktion überwiesen werden.

D. Schneider (FDP): Wir von der FDP unterstützen das Postulat. Wir möchten dort einmal den Finger drauf halten bei diesen Teilzeitanstellungen. Sie sind im Vergleich zu Vollzeitanstellungen administrativ aufwändiger, die Einarbeitung ist teurer, die Kommunikation ist aufwendiger, die Ausbildungskosten werden grösser. Die Kostenfolgen, die diesem sinnvollen (es ist logisch, dass man das braucht bei der Stadtpolizei) anfallen, sind für uns einfach wichtig - was für Hinweise hat man, was würde man als sinnvoll erachten. Was es schon gibt und was schon da ist, da weiss ich leider zu wenig. Wir haben Interesse an dieser Postulatsantwort, aber die Kostenseite interessiert uns.

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion wird der Überweisung dieses Postulats kritisch zustimmen. Begründung: Bei der Stadtpolizei sind schon seit längerer Zeit Frauen in Uniform beschäftigt. Durch Ausübung der Teilzeit beider Geschlechter ist jedoch der Dienstgruppeneinsatz nur beschränkt möglich, das ist die Aussage des Kommandanten. Währenddessen Mitarbeitende in Stabsfunktionen, wo der Frauenanteil im Kaderbereich der Frontfunktionen bereits heute schon vermehrt Alltag ist. Anträge für Teilzeitarbeit können schon heute konsequent umgesetzt werden, speziell bei älteren Polizistinnen und Polizisten. So kann der anspruchsvolle Job bis ins hohe Berufsalter ausgeübt werden. Für den Dienstgruppeneinsatz mit unterschiedlichen Einsatzzeiten (Schicht) muss nun mal eine geregelte Besetzungssituation vorhanden sein. Wer sich bei der Polizei meldet, muss die Schichtarbeit in Kauf nehmen und wird auch dementsprechend entschädigt. Wie die Postulantinnen und Postulanten fordern und bemängeln, soll die Stadt ein attraktiver Arbeitgeber sein. Das ist ebenfalls erreichbar mit attraktiven Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen, das soll mit dem POM-Neubau erreicht werden. Die CVP/EDU-Fraktion erwartet von der Polizei, dass viel Wert auf die Arbeitsbedingungen gelegt wird. Wir werden der Überweisung ohne Begeisterung zustimmen.

K. Cometta (GLP/PP): Es freut mich sehr, dass auch Ihr dieser Überweisung zustimmt. Noch eine kleine Bemerkung zu David Schneider wegen den Kostenfolgen: Ja, es hat Kostenfolgen, da kann man sicher auch einmal schauen, was das bedeutet. Ich finde einfach, wenn man es auf Kostenfolgen abstützt, dann soll man auch die Ertragsfolgen beachten. Es gibt dadurch nämlich auch ganz viel Gewinn: Die Leute bleiben länger, d.h. man hat weniger Rekrutierungskosten, man kann Ausbildungskosten länger amortisieren und am Schluss des Tages hat man motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das führt auch wieder zu Effizienzgewinnen.

Stadträtin B. Günthard: Ich halte es ganz kurz, es geht ja jetzt v.a. um die Überweisung und noch nicht um die Beantwortung der Fragen bzw. der Einschätzung. Grundsätzlich besten Dank für diese engagierten Voten von allen Seiten. Ich finde, das ist ein gutes Thema und es ist ein Thema, an dem wir ohnehin dran sind. Was mich etwas erstaunt hat, waren die 2-3 Aussagen, die Stadtpolizei Winterthur sei schlechter dran bezüglich Teilzeitarbeit allgemein oder bezüglich Frauenanteil. Solche Zahlen sind mir nicht bekannt. Wir sind im Vergleich zu anderen Korps ungefähr ähnlich, wenn nicht besser dran, wenn man diese Zahlen anschaut. Sie haben mitbekommen haben, bin ich in der Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektoren Co-Präsidentin bin zusammen mit Richard Wolff. Wir sind ohnehin an diesem Thema dran. Wir haben eine Umfrage lanciert, um die Ausgangslage in allen Korps der Schweiz zu analysieren, um auch herauszufinden, wer welche Modelle hat, die wirklich auch funktionieren, die leben, und was sind auch in den anderen Korps die Herausforderungen, damit man eben das Thema koordiniert und miteinander angehen kann. Die Vorteile dieser Modelle, vom Teilzeit arbeiten und der Diversity (ich würde da noch über das Geschlecht hinausgehen), sind wohl allen bekannt. Ich kann Ihnen einfach sagen: Die Herausforderungen, um das vom Papier dann auch in die Realität zu bringen, sind wirklich in allen Korps genau die gleichen. Sie sind frei, das Postulat zu überweisen oder nicht, wir sind ohnehin an diesem Thema dran und ich freue mich, in einer allfälligen Antwort noch ein bisschen ausführlicher zu sprechen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Da es einen Ablehnungsantrag hat, müssen wir abstimmen. Wer dem Ablehnungsantrag folgen und das Postulat nicht überweisen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer das Postulat überweisen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen.

Das ist die grosse Mehrheit, in dem Fall habt Ihr das Postulat dem Stadtrat überwiesen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2013.090: Ergänzungsbericht zu Antrag und Bericht zum Postulat F. Landolt (SP), A. Steiner (GLP), B. Günthard Fitze (EVP) und Ch. Griesser (Grüne) betr. Parkierungsregime Wartstrasse / Eulachhallen und weiteres Umfeld

F. Landolt (SP): Zum Glück waren wir mit der ersten Postulatsantwort noch nicht zufrieden, das kann man jetzt im Nachhinein sagen, und haben einen Zusatzbericht verlangt. Die Grundstimmung, der Groove dieser ersten Antwort vom 3.6.2015 war: «Wir machen das schon richtig und ändern können wir nicht, die Veranstalter der Messen sitzen am längeren Hebel und die Stadt muss auf sie Rücksicht nehmen». Mit dieser Aussage waren wir eigentlich generell nicht zufrieden, es geht um das Quartier bei den Eulachhallen.

Vielleicht waren es auch die beiden Gesprächstermine, welche das DSS dann aufgrund dieses Zusatzberichtes organisierte, welche ganz simpel das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Beteiligten doch erhöhte, indem man sich sah und hörte. Auf alle Fälle konnte man sich einigen und es haben eine gemeinsame Analyse und mehr oder weniger gemeinsame Ziele daraus ergeben. Es war eine Stossrichtung erkennbar. Es wurde auch erkannt, dass es nicht nur unbedingt das Parkieren ist, sondern dass das Durchkommen bei vollen Messen mit diesen schräg parkierten Autos für den Langsamverkehr oder Fussgänger sehr schwierig ist und dass die Belastung für das Quartier nicht so problematisch ist. Aber trotzdem, man fand etwas, wo man sich geeinigt hat. Man hat dann auch Massnahmen identifiziert und das betrifft insbesondere die konsequente Signalisation beim MIV ab dem Ankommen auf Stadtgebiet und das konsequente Durchsignalisieren beim Bahnhof mit dem Ziel, diese auf das Bahnhofparking zu lenken. Wie gut das nun funktioniert, das muss man nun beobachten und wir werden das auch beobachten. Und welche Wirkung das entfalten kann, wird man auch sehen. Ich kann aus eigener Erfahrung berichten, dass während der letzten Winitmäss im November 2016 wirklich etwas anders war. Ich habe das Gefühl, das Parkierungspersonal wurde angewiesen und besser instruiert, denn die parkierten Autos waren mehr auf dem Trottoir, so dass es auf dem anderen Trottoir und der anderen Strassenseite eigentlich mehr Platz hatte. Aber das ist immerhin schon etwas. Man muss auch eingestehen, dass auch die Stadt ein gewisses Einlenken signalisiert hat, indem sie die Lenkungswirksamkeit der Parkgebühren doch immerhin ein bisschen angeschoben hat (nicht so weit, wie wir es gerne hätten, z.B. 15 Fr./Tag, dann wäre es wesentlich lenkungswirksamer) – auch schon 8 Fr./Tag sind besser als 5 Fr. Wir nehmen von diesem Zusatzbericht zustimmend Kenntnis und sind froh, dass wir es nicht bei der ersten Antwort begnügt haben.

A. Steiner (GLP/PP): Auch die GLP/PP-Fraktion nimmt diesen zweiten Bericht insofern wohlwollend zur Kenntnis, als dass wir kundtun möchten, dass wir es sehr schätzen, dass diese zwei Sitzungen stattgefunden haben und dass man tatsächlich die Bemühung verspürt, das Parkierungssystem zu optimieren um diese Eulachhallen herum. Es ist wieder einmal ein klassischer Fall von Güterabwägung, auf der einen Seite hat man die Eulachhallen mit dem wirtschaftlichen Interesse, dass die Messen auch rentieren (sonst würden sie nicht stattfinden), auf der anderen Seite Anwohnerinnen und Anwohner, die nicht zu sehr gestört werden möchten. Es ist an einer Langsamverkehrsachse, die eine wichtige Veloroute ist. Die Velos müssen irgendwie durchkommen. Gleichzeitig ist es so, dass schon heute sehr viele mit öffentlichem Verkehr, mit dem Velo oder zu Fuss anreisen. Es ist auch wichtig, dass diese dann nicht behindert werden von den durchschnittlich 20-30% Autofahrenden, die dann dort

den Weg verstellen. Es darf nicht der Zugang erschwert werden von denen, die es richtig machen. Nach dem Zusatzbericht, Felix Landolt hat es angetönt, fanden diese zwei Sitzungen statt. Man konnte Lösungsvorschläge einbringen, man konnte Problempunkte einbringen. Einer der Problempunkte war, dass am Schluss das Parkhaus teurer ist als wenn man vor der Eulachhalle auf der Wartstrasse parkiert. Das fanden wir ungeschickt, wir möchten wie gesagt das begünstigen, das vorbildlich ist, und nicht das, was eigentlich störender ist, noch in Vorteil bringen. Ich persönlich fand den Austausch sehr spannend und man hat die Bereitschaft signalisiert, wirklich Optimierungen zustande zu bringen. Ich bin sicher, es gibt einiges an Optimierungspotential, ohne dass man die Messen zu sehr behindert in ihrer Wirtschaftlichkeit. Das wird jetzt in den nächsten Monaten wohl ein Austesten geben. Man hat jetzt erste Massnahmen beschlossen, meines Wissens hat bereits auf die WOHGA weitere Massnahmen eingeleitet. Jetzt wird es ein Austesten geben, wie Felix schon gesagt hat, werden wir beobachten und wir würden es begrüßen, wenn man weiterhin im Austausch bleibt, damit man möglichst nah an ein optimiertes System herankommen kann.

T. Deutsch (EVP/BDP): In diesen beiden Gesprächsrunden, die man hatte für den Ergänzungsbericht zum Parkierungsregime Wartstrasse/Eulachhallen hat tatsächlich ein konstruktives Klima geherrscht. Alle Beteiligten von allen Seiten, das kann man sagen, waren bemüht, Ideen und Lösungen für die doch sehr komplizierte Situation zu finden. Wir fanden das berühmte Ei des Kolumbus nicht bei diesen Gesprächen, aber ich glaube, die Massnahmen, die jetzt im Ergänzungsbericht aufgeführt sind, sind schon mal ein guter Anfang. Es ist ein Konsens, dass die Messen erhalten bleiben sollen und ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass auch der Stadtrat erkennt, dass die Situation für den Langsamverkehr unbefriedigend ist. Folgerichtig werden nun ja auch Massnahmen geprüft, die diese Situation verbessern sollen und ich hoffe, dass die im Ergänzungsbericht aufgeführten Massnahmen überprüft und dann auch umgesetzt werden. Wir sind deshalb bereit, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Das heisst aber nicht, dass wir die Situation und die erwähnten Massnahmen nicht weiter im Auge behalten werden.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben es gehört, wir haben schon diverse Male über dieses Thema diskutiert, jetzt liegt der Ergänzungsbericht vor – und das Resultat ist irgendwie (und ich meine das wirklich nicht wertend) ernüchternd. Es ist klar, dass es verschiedene Interessen gibt und diese passen einfach nicht unter einen Hut. Die vergleichsweise vorgeschlagenen 8 Fr. für das Parkieren finde ich vernünftig, natürlich wären mir 10 Fr. lieber gewesen. Positiv zu berücksichtigen ist sicher auch, dass Messebesucher, die mit dem ÖV kommen, teilweise auch Vergünstigungen erhalten beim Eintritt. Das heisst für mich, dass wir mindestens für die Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur mit diesem Parkplatzpreis einen Anreiz setzen, dass sie dem ÖV kommen. Allerdings ist das Hauptproblem nicht vom Tisch, das Quartier Neuwiesen wird weiterhin anlässlich von bestimmten Messen mit Verkehr zugemüllt, das finden die allermeisten. Wir können deshalb den Anträgen des Stadtrates zustimmen, bedanken uns für die Zusammenarbeit – wir versprechen aber, wie bereits erwähnt wurde, dass wir am Thema dranbleiben.

T. Leemann (FDP): Den Ergänzungsbericht haben wir erhalten. In zwei Sitzungen haben sich die Postulanten, Vertreter der Quartiere, Anwohner, Veranstalter der Eulachhallen und die Stadtpolizei getroffen. Gemäss den Gesprächen aus den Sitzungen stellen die 20 Messetage kein Problem dar, und das ist schon einmal gut. So ist der Messeplatz in Winterthur schon mal ein bisschen sicherer. Dass durch eine klare Signalisation (zuerst Parkhaus und Parkplätze Bahnhof Winterthur, Schützenwiese und dann Wartstrasse) die Umgebung gefüllt wird, macht Sinn, ist aber sicher schwer umzusetzen. Und zudem sollen die Veranstalter die Verkehrskonzepte erstellen, die ja sicher dann noch von der Verwaltung geprüft werden und wieder Kosten verursachen. Ich weiss nicht, ob die Verwaltung genug Kapazität hat, das auch zu machen. Irgendwann wird es sicher den Veranstaltern zu bunt, der Kosten/Nutzen-Aufwand rechnet sich nicht mehr und die Messen werden in andere Städte abwandern, wo sie bessere Voraussetzungen haben.

Stossend ist der Aufschlag von der jetzigen temporären Parkgebühr, man geht von 5 Fr. auf 8 Fr. Das ist eine Verteuerung von 60%. Mich würde interessieren, wie die Reaktion im Grossen Gemeinderat wäre, wenn irgendeine andere Gebühr plötzlich 60% aufschlagen würde – was das hier drinnen für ein Raunen geben würde. Ich kann nicht hinter dem stehen, aus liberaler Sicht ist das kein gangbarer Weg. Es hat den Anschein, dass da eine Salami-Taktik gefahren wird, die in Zukunft dem Messeplatz Winterthur sicher schaden wird und man schliesslich bei 15 Fr. sein wird an der Wartstrasse.

Die FDP-Fraktion nimmt den Zusatzbericht vom Stadtrat ablehnend zur Kenntnis.

M. Gross (SVP): Die SVP dankt dem Departement Sicherheit und Umwelt für den Ergänzungsbericht und nimmt ihn positiv zur Kenntnis. Die Verkehrslenkung hat im Neuwiesenquartier, das wissen wir alle, keinen einfachen Auftrag. Überspitzt gesagt wollen die einen eine grüne Wiese beim Bahnhof und die anderen wollen dort Anlässe machen. Ein optimales Regime zu finden, ist sehr, sehr schwierig. Als Quartierverein und als Mitglied vom Quartierverein begleiten wir das bereits intensiv. Das Problem sind aber nicht diese Messen, das Problem vom Quartierverein ist der normale Durchgangsverkehr. Das haben wir eigentlich im Verkehrskonzept Neuwiesen 2007 abgehandelt. Dieser Zusatzbericht, der gemacht wurde, bringt eigentlich im Wesentlichen nichts Neues. Wir wissen, dass diese 20 Anlässe pro Jahr Verkehr bringen. Diese Anlässe sind aber Teil vom Quartier, sind auch vielen Leuten wichtig und sind ein Grund dafür, dass sie im Quartier wohnen und steigern auch die Attraktivität. Die meisten freuen sich auf diese gut verteilten Messen und auch – je nachdem wie gut Winterthur spielt – auch auf die FCW-Matches. Im Quartierverein haben wir sehr selten negative Stimmen wegen den Anlässen. Wir haben viele negative Stimmen wegen den Baustellen, weil die Baustellen im Moment (so die letzten 5-10 Jahre) ein wenig Überhand nahmen. Also, wenn der Stadtrat etwas machen möchte für das Quartier, dann gehen wir zurück zum Verkehrskonzept Neuwiesen, heben eine Sistierung auf und gehen dort weiter. Wir danken der Verkehrslenkung und auch der Quartierpolizei für den guten Austausch mit der Bevölkerung und für die rücksichtsvolle Planung auch in Zukunft.

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion nimmt den Ergänzungsbericht vom Stadtrat zur Kenntnis. Unsere Fraktion hat sich schon beim ersten Bericht dahingehend ausgesprochen, dass die Situation komplex ist. Eine einfache Lösung ist nicht möglich. Gemäss dem Stadtrat muss auch in Zukunft auf Toleranz aller Beteiligten gesetzt werden. Da Einschränkungen und Massnahmen zum Erreichen dieser Lösung unumgänglich sind, sollen Verbesserungen der Situation bei den Eulachhallen und beim Fussballstadion beitragen. Die Erhöhung der Parkgebühren werden im Sinne einer Lenkungsgebühr möglicherweise zum Umsteigen auf den Bus beitragen. Damit die Eulachhalle als Veranstaltungsort attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt, unternimmt die Stadtpolizei grosse Anstrengungen, den Verkehr und das Parkierungsregime regelmässig den Gegebenheiten anzupassen. Absprachen mit Bewohnern, der Messeleitung, der Stadtpolizei und verschiedenen anderen interessierten Gruppen sind dabei zielführend. Durch den Neubau der WinCity-Anlage beim Gutschick werden die Hallen von der sportlichen Nutzung entlastet, was bedeutet, dass andere Nutzungen vermehrt dorthin gebracht werden können und mit genügend Einnahmen zum Erhalt der Eulachhallen weiterhin beitragen können. Die CVP/EDU-Fraktion spricht sich gegen übertriebene Regulierungsmassnahmen für die Eulachhallen aus.

Stadträtin B. Günthard: Besten Dank für die meisten wohlwollenden Worte, die ich gehört habe. Ich selber habe es auch so empfunden, dass die beiden Gesprächsrunden in einer konstruktiven Art und Weise, in einem guten, direkten Austausch abgelaufen sind. Ich habe auch gestaunt, wie schnell man sich eigentlich auf drei Ziele geeinigt hat: Es fanden alle, wir wollen diese Messen erhalten, wir wollen aber nicht, dass das Quartier eine noch höhere verkehrliche Belastung hat, als es jetzt schon ist, und der Langsamverkehr und der ÖV sollen auch in diesen Messezeiten funktionieren. Wir konnten im Wesentlichen, das haben Sie schon erwähnt, zwei Massnahmen jetzt einleiten können: Zum einen, dass man konsequent die Parkierung zum Bahnhofparkhaus lenkt und weist (mit Pfeilen, Wegweisern etc.) und man die Reihenfolge des Parkierens entsprechend anpasst, und zum zweiten, dass wir tatsächlich

die Parkgebühren rund um das Messegelände herum so angepasst haben, dass das Parkieren im Parkhaus am Bahnhof während der ersten vier Stunden günstiger ist als wenn man vor Ort fährt. Damit es sich wie einspielt, dass man im Bahnhofparking parkiert und dann den Messebus nimmt und hinausfährt zu den Eulachhallen. Insofern, geschätzte FDP, ist es liberal, man hat nämlich eine Ausweichmöglichkeit und kann beim Bahnhof parkieren, wenn man Geld sparen möchte. Und dort verdient erst noch ein Privater an diesen Leuten. Ich denke, da ist man mal in die richtige Richtung unterwegs. Ihr werdet weiter beobachten und wir werden auch mit neuen Gedanken und neuen Ideen weiter dranbleiben.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Es wurde eine ablehnende Kenntnisnahme angemeldet, deshalb müssen wir darüber abstimmen.

Wer den Ergänzungsbericht ablehnend zur Kenntnis nehmen möchte, möge das bitte jetzt durch Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer den Ergänzungsbericht positiv zur Kenntnis nehmen möchte, möge das bitte jetzt durch Handerheben bezeugen.

Das ist eine bedeutende Mehrheit. **Ihr habt diesen Ergänzungsbericht also zustimmend zur Kenntnis genommen.**

9. Traktandum

GGR-Nr. 2016.060: Begründung der Motion M. Zehnder (GLP/PP), G. Gisler-Burri (SVP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Produktgruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

M. Zehner (GLP/PP): Bei dieser Motion wird der Stadtrat eingeladen, eine Anpassung der Verordnung über den Finanzhaushalt für die Produktgruppe «Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten» vorzulegen. Es geht im Wesentlichen um das Produkt 1. Es kommt wie ein Sammelsurium daher, es werden dort Kosten und Aufträge von ganz grossen und wichtigen Museen, darunter z.B. das Naturmuseum oder auch das Gewerbemuseum, vermischt mit den Kosten für Reinigung von einigen wenigen kleinen Bauten wie z.B. Kapelle Rossberg oder ähnlichem, z.B. auch das Barockhäuschen. Das wird in diesem Produkt alles vermischt. Beim Produkt steht u.a. im 3. Punkt bei den Leistungen (ich zitiere aus dem Buch): «Unterhalt, Substanzerhaltung sowie Gewährleistung des technischen Betriebs, Aufsicht und Reinigung von folgenden Gebäuden: Museums- und Bibliotheksgebäude, Waaghaus, Schlösser Hegi und Mörsburg, Barockhäuschen, Kapelle Rossberg, Musikpavillon, Ateliers, Cafeteria Museumsgebäude, inkl. ehem. Räume Studienbibliothek“.

Durch diese Vermischung von Ausstellungen, Veranstaltungen und allem in dieser Produktgruppe kann man nicht mehr ableiten, wie viel Geld die einzelnen Institutionen überhaupt erhalten oder was die Nettokosten pro Institution sind. Man kann zwar im Lauf der Vorbereitung für die Budgetdebatte diese Daten anfordern, diese werden dann auch geliefert, meistens ziemlich prompt, denn diese Daten sind ja schon alle vorhanden, nur sind sie weder im Voranschlag noch im Rechnungsbuch irgendwo ersichtlich. Da aus der Produktgruppe nicht hervorgeht, wie viel Geld für welche Posten umgesetzt wird, fordern wir mit dieser Motion primär einfach mehr Transparenz.

Es sollen vier neue Produkte zusätzlich zu den bestehenden in dieser Produktgruppe geführt werden: Gewerbemuseum und Uhrensammlung (sind in einem Gebäude), Naturmuseum, Münzkabinett und Antikensammlung, Schlösser Hegi und Mörsburg.

Das führt dazu, dass ähnlich wie auch in der Produktgruppe Sport verschiedenste Anlagen, Gebäude und Dienstleistungen einzeln aufgelistet werden. Wer die beiden Produktgruppen «Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten» verglichen mit der Produktgruppe «Sport» anschaut, sieht im Sport alles Mögliche nebeneinander detailliert aufgelistet. Ich denke, das DKD darf sich sicher die Produktgruppe Sport als Vorlage für die Umsetzung dieser Motion zur Hand nehmen. Die zugehörigen Unterhalts-, Substanzerhalts- und weiteren Kosten, die jetzt im Produkt 1 drin sind, sollten natürlich den vier neuen Produkten zugeordnet werden. Ebenfalls habe ich gesehen, dass im Produkt 3 auch noch pädagogische Ange-

bote und Sonderevents sind, die z.T. eben diesen neuen Produkten zugeordnet werden könnten. Ich denke, auch dort wird der Stadtrat sicher herausfinden, wie man das alles unter den einzelnen Produkten aufführen könnte. Alle diese Veränderungen in dieser ganzen Produktgruppe führen definitiv zu mehr Transparenz im Voranschlag und im Rechnungsbuch. Das ist nicht nur bei der aktuellen Diskussion um Kulturgelder förderlich, es vereinfacht auch in Zukunft dem Leser des Voranschlags und der Rechnung das Zusammentragen von den zu diskutierenden Beträgen. Ich bitte um die Überweisung dieser Motion.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir haben einen Ablehnungsantrag, bitte Silvio Stierli.

S. Stierli (SP): Wir stellen den Antrag, dass man die Motion nicht überweist, aus folgenden Gründen: Erstens einmal, das haben wir gehört, geht es den Motionären offenbar um Transparenz, mehr Transparenz. Wir finden, das ist eigentlich nicht nötig, die Transparenz ist vorhanden heute. Sie wollen mehr Informationen, aber die Informationen, die die Motionäre wollen, sind heute schon zugänglich. Letzten Herbst hat der Stadtrat in der BSKK detailliert informiert, alle diese Zahlen dargelegt, das ist in den Protokollen drin und wir alle können das einsehen. Die Transparenz ist da, diese Zahlen bekommt man, der Stadtrat hat sich noch nie geweigert, diese Zahlen bekanntzugeben. Die Motion erwähnt auch, dass man irgendwie mehr Umlagen machen möchte von gewissen Kosten, um mehr Transparenz zu haben. Ich denke, das ist auch nicht nötig, es gibt einfach gewisse Kosten, die man nicht genauer zuordnen kann, deshalb sind es ja eben Umlagen oder man sammelt es eben in einem Produkt wie hier – auch das führt meiner Meinung nach nicht zu mehr Transparenz. Die Stossrichtung dieser Motion ist mir persönlich ein bisschen suspekt. Wir wissen, dass der Erstmotionär an einer Budgetdebatte kürzlich eine Investition in der Budgetdebatte streichen wollte, den Geldhahn zudrehen – dann hätte man diese Investition schliessen müssen, handstreichmässig. Ich denke, mit dieser Motion will man quasi den Weg ebnen für dieses Vorgehen und ich denke, das ist nicht angezeigt. Man kann über Institutionen sprechen, für das gibt es aber andere parlamentarische Mittel, da kann man Vorstösse einreichen, aber nicht in der Budgetdebatte – diese ist nicht geeignet, um über die Zukunft von Institutionen zu richten. Wie gesagt, ich fasse zusammen: Die Transparenz ist schon heute da, es ist nicht nötig, dass wir als Gemeinderat noch mehr Produkte haben um noch mehr zu steuern, wir wollen nicht von allen Institutionen, die da aufgezählt sind, einzeln noch Besucherströme-Zielvorgaben machen oder irgendwie den Eintrittspreis festlegen, das ist nicht das Ziel der globalen Budgets. Wir wollen Budget und Rechnung nicht aufblähen, die Transparenz ist da. Darum lehnt bitte diese Motion ab.

G. Gisler (SVP): Um die Entwicklung der einzelnen Institutionen beurteilen zu können (eben wegen der Transparenz), müssen wir jedes Jahr beim Budget bzw. bei der Rechnungsbesprechung in der BSKK zuerst eine separate Abrechnung anfordern. Die Arbeit würde wesentlich erleichtert werden, wenn zum Vornherein diese Rechnungslegung einzeln erfolgen würde. Es ist kein logischer Grund ersichtlich, ja es ist unverständlich, weshalb das nicht ohnehin schon von Vornherein so gemacht wird. Die Zahlen sind, wie sie sie sind, und mit der vorliegenden Produktvermischung liegt eher eine Einschränkung vor, was eigentlich so nicht erwünscht ist. Wir möchten eine klar dargestellte Budget- bzw. Rechnungslegung. Wir bitten Sie deshalb, unsere Motion zu unterstützen. Wegen der Transparenz, Silvio Stierli, kann man natürlich geteilter Meinung sein, ob es transparent ist, wenn es von vornherein schön berechnet ist oder halt erst auf Nachfrage der Kommission. Aber wir haben jedes Jahr diese Arbeit mit der separaten Nachfrage.

Ch. Magnusson (FDP): Martin Zehnder hat es schon sehr gut ausgeführt, Gaby Gisler nochmals nachgehakt. Es geht effektiv nur, und ich betone wirklich «nur», um eine verbesserte Transparenz, um eine klarere, individuelle Steuerungsmöglichkeit für uns alle hier drin. Die Grösse der einzelnen Budgetpositionen, das vielleicht noch als Ergänzung, rechtfertigt es durchaus, dass man diese vier Bereiche separat aufführt. Das Beispiel vom Sportamt ist da ein sehr gutes Beispiel.

Ich möchte sehr stark betonen: Im ersten Moment verstehe ich, gerade Dich, Silvio Stierli, der Du selber nicht in der Kommission gewesen bist und wahrscheinlich auch das Protokoll nicht gelesen hast, dass die Stossrichtung einen etwas unsicher macht, wenn die GLP zuerst in der Budgetsitzung im Rat handstreichmässig das Münzkabinett wegstreichen will - und das nur dank der FDP dann auch erhalten blieb - und dann in der nächsten Kommissionssitzung kommt und sagt, dass man dieses Budget aufteilen muss dort, damit man genau sieht, was wie viel kostet. Wir haben da im Rat den Antrag der GLP abgelehnt und wir würden nicht beim Postulat mitunterzeichnen, wenn es darum gehen würde, einzelne von diesen Produktgruppen durch diese Aufteilung danach wieder zu streichen oder auf Null zu budgetieren. Sondern es geht um etwas ganz Anderes, es geht wirklich darum, individuell Leistungen beurteilen zu können. Wir haben es damals gesagt, Ihr könnt es im Protokoll nachlesen, dass speziell die Leistungen vom Münzkabinett in den letzten Jahren ja sehr viel besser geworden sind. Dort wäre es sogar noch schön, wenn man es ausweisen könnte, dann hätte man sogar noch ein Vorzeigebeispiel, wie man Drittmittelfinanzierung generieren kann. Also: Es geht mit diesem Postulat effektiv nicht darum, einen Sparantrag vereinfachen zu können – die Daten würden wir ohnehin erhalten – und den faden Beigeschmack von Sparwahn, der anfänglich vielleicht vorhanden war, konnten wir in der Kommissionssitzung bereits wegradieren. Diese Ängste sind schlichtweg unbegründet und dementsprechend ist auch die links-grün-evangelisch-katholische Ablehnung dieses Postulats absolut unbegründet, denn wer nicht dafür ist, der verwehrt dem Parlament einen sinnvollen Steuerungsmechanismus, um die Leistungen der einzelnen Institutionen zu beurteilen, und er mutet der Verwaltung jedes Jahr einen Zusatzaufwand zu, für den sie einen Zusatzbericht bringen müssen, den wir extra nachfragen müssen (was haben wir denn für Zahlen dort?) und – das wissen wir, die GLP wird das ohnehin jedes Jahr machen. In dem Sinn, überlegt es Euch bitte nochmals, geht nochmals kurz in Euch (vielleicht eher die in den vorderen Reihen, wenn die in den hinteren Reihen unbelehrbar sind), geht nochmals in Euch, überlegt Euch, ob es nicht vielleicht wirklich mehr Sinn machen würde, das Postulat zu unterstützen und dem Stadtrat - Entschuldigung, die Motion – also die Motion zu unterstützen und dem Stadtrat diese Motion zu überweisen, um da im Budgetbuch eine ein bisschen schönere Aufteilung zu machen. Dann haben wir die Transparenz, die wir uns wünschen und etwas Anderes machen wir gar nicht. Wir sprechen über das Layout des Budgetbuches. Wenn es das wäre, dass Transparenz gegeben ist, wenn man es nachfragt und dann erhält, dann müsste ich eigentlich von Eurer Seite her erwarten, dass Ihr ab sofort das Budgetbuch aufgibt und sagt: «Brauchen wir gar nicht mehr, wir haben ein Globalbudget, 1.5 Milliarden sind gut, wenn Ihr es genauer wissen wollt, fragt nach. Wir haben ja Transparenz – wir erhalten es, wenn wir es brauchen.» Deshalb, Silvio Stierli, ziehe bitte Deinen Ablehnungsantrag zurück und unterstütze unsere Motion. Herzlichen Dank.

K. Gander (Grüne/AL): Trotz Deiner wirklich sehr ergreifenden Worte, Christoph, teile ich doch die Stimmung der SP, auch ich unterstelle dieser Motion unter dem Deckmäntelchen der Transparenz folgenden Plan: Zuerst in Einzelteile zerlegen und danach alles nicht so Rentable abzustossen. Mein Vorredner Silvio hat das eigentlich schon ausgeführt, darum mache ich es jetzt kurz - ich bin übrigens in der BSKK und lese auch das Protokoll und möchte mich da doch auch als kompetent bezeichnen. Wir unterstützen den Antrag der SP und lehnen die Überweisung der Motion ab.

L. Banholzer (EVP/BDP): Die Institutionen, die in dieser Produktgruppe «Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten» zusammengefasst sind, sind wie die Motionäre auch feststellen, sehr unterschiedlich. Sie haben verschiedene Trägerschaften und Organisationsformen. Gerade deshalb sind sie eigentlich nicht wirklich vergleichbar, auch wenn sie in separaten Produkten aufgeführt würden. Sie haben nur eines gemeinsam, nämlich dass die Stadt dafür aufkommen muss, die gesetzlichen Grundlagen dazu sind gegeben. Eine Aufteilung in zusätzliche Produkte ist eine Verkomplizierung der ganzen Struktur und bringt nach unserem Erachten keinen grossen zusätzlichen Gewinn, sondern bedeutet nicht nur das, was Du gesagt hast, sondern auch die Aufbereitung in verschiedene Produkte (wäre also ein zusätzlicher Aufwand für die Verwaltung). Beide Dinge bedeuten zusätzlichen Aufwand. Ein gewisser

operativer Spielraum soll ausserdem jeder Produktgruppe erhalten bleiben, auch in dieser. Auch wir verdächtigen die Motionäre, dass sie ein bisschen unlautere Absichten haben, indem sie gewisse Produkte schliesslich ganz streichen wollen, weil sie bei einem Vergleich (der in unseren Augen eigentlich nicht möglich ist), schlecht abschneiden. Die EVP wird deshalb die Motion nicht überweisen.

A. Geering (CVP/EDU): Ich muss Christoph in doppelter Hinsicht widersprechen. Die CVP/EDU-Fraktion ist zu drei Vierteln nicht für katholisch. Das C von CVP steht nicht für catholic, sondern für christlich. Aber vielleicht das Wesentliche von heute Abend: Die CVP/EDU-Fraktion wird diese Motion nicht ablehnen, sondern mitüberweisen, trotz dem verwirlichen Votum, das Du gegeben hast, werden wir uns da anschliessen. Ihr wisst das schon länger und besser als ich: Budget und Rechnung sind wesentliche Werkzeuge für den Grossen Gemeinderat, um die städtischen Arbeitsbereiche zu führen, um ihnen Ziele zu setzen und die Erreichung dieser Ziele zu überprüfen. Je transparenter das Budget und die Rechnung sind, oder dargestellt sind, desto aussagekräftiger sind sie für uns in der Kommissionsarbeit und im Gemeinderat. Und so wird es dem Gemeinderat auch erlaubt, über das Budget exakte Willensäusserungen kund zu tun. In der Produktgruppe «Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten» sind zurzeit mehrere Institutionen mit verschiedenen Ausrichtungen und Charakteren zu einem Produkt zusammengefasst. Wie in der Motion richtig vermerkt, wäre eine Aufspaltung in verschiedene Produkte beim Interpretieren von Budget und Rechnung hilfreich, insbesondere auch, da der innere Zusammenhang nicht wirklich immer ersichtlich ist (z.B. zwischen den Schlössern und dem Gewerbemuseum). Deshalb, trotz allen Erwartungen und Vermutungen der FDP, wird die CVP/EDU-Fraktion dieser Motion zustimmen.

M. Zehnder (GLP/PP): Ich möchte allen, die zustimmen, ganz herzlich danken. Denjenigen, die Angst haben oder uns verdächtigen, dass wir mit dieser Motion jetzt den Weg bereiten würden, um danach ein Museum nach dem anderen zu schliessen, möchte ich wirklich Entwarnung geben: Der rein zeitliche Zusammenhang ist deshalb, weil ich diese Produktgruppe genauer angeschaut habe beim ersten Antrag. Dabei merkte ich, was das für ein riesiges Durcheinander ist. Und deshalb ist dann diese Motion entstanden, denn ich denke, dieses Durcheinander muss man irgendwie entschlüsseln können, das muss man besser in Produkte zuordnen können. Wer sich noch an die Budgetdebatte erinnern kann: Wir haben mit ca. 7:53 Stimmen verloren, das gab uns dann schon auch das Zeichen, dass wir nicht ein Museum nach dem anderen auf diese Art schliessen wollen – im Übrigen haben wir auch einiges für Museen übrig und werden allenfalls auch Erhöhungen von Budgets in Betracht ziehen können. Uns vorzuhalten, dass wir versuchen würden, mit einer Bereinigung in der Produktgruppe einen Weg zu ebnen, damit wir danach ein Produkt nach dem anderen abschliessen können, das finden wir nicht richtig und das war sicher nicht unser Ziel.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich denke, wir sind immer für Transparenz und auch für die «Schönheit der Darstellung». Wir machen alles, damit alle alles begreifen. Ich denke, wenn man wirklich den Wunsch hat, das noch besser darzustellen – den Aufwand haben wir ohnehin. Die Kennzahlen müssen wir sowieso erheben. Ob wir sie dann jedes Jahr in einem Ritual herausgeben, wenn die GLP das verlangt (oder eine andere Fraktion), das ändert nichts daran. Der Aufwand ist für uns nicht viel grösser. Ich denke, wir sind auch stark genug, dass wir nicht allen Begehrlichkeiten gleich erliegen würden, die es geben könnte gegen die Kultur. Ich gehe davon aus, dass auch Ihr Interesse daran habt, dass es der Stadt Winterthur gut geht, und das heisst, dass es der Kultur gut gehen muss. Von daher kann ich sagen: Ihr werdet einen weisen Entscheid fällen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Ablehnungsantrag von Seiten SP zustimmen möchte und diese Motion nicht an den Stadtrat überweisen möchte, möge das bitte jetzt durch Handerheben bezeugen.
Bitte sicherheitshalber auszählen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wer diese Motion dem Stadtrat überweisen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen.

Die Motion wird mit 30:25 Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2016.093: Begründung des Postulats M. Zeugin (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur

Das Traktandum wurde abgesetzt.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2016.058: Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP/BDP), G. Stritt (SP), A. Steiner (GLP) und F. Helg (FDP) betr. Steig – ein W'thurer Problemquartier?

L. Banholzer (EVP/BDP): Wir danken dem Stadtrat für diese ausführliche und informative Interpellationsantwort und nehmen sie im zustimmendem Sinne zur Kenntnis. Der Anlass dieser Interpellation war ja die Berichterstattung von verschiedenen Medien zu Jihadreisenden in Winterthur, von denen einzelne auch in der Steig gewohnt haben. Es war uns allerdings klar, dass die Berichte über das Quartier in den Medien nicht unbedingt realitätsnah ausgefallen sind, sondern dass die Situation dramatisiert wurde. Trotzdem hat man sich als Winterthur oder Winterthurerin und besonders als Tössemerin Gedanken darüber gemacht, was an diesem Bericht genau dran war.

Das Quartier Dättneu-Steig hat sich gemäss Antwort von der bisherigen Analyse her als nicht besonders problematisch im Hinblick auf Integration und soziale Entwicklung erwiesen. Allerdings wurde die Steig bisher nie vertieft separat betrachtet. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass die entsprechende Untersuchung 2018 gemacht werden soll. Das begrüssen wir sehr, denn die beiden Teile des Quartiers sind doch zu unterschiedlich, um Schlüsse zu ziehen, die für beide konsistent sind. In der stadträtlichen Antwort werden das Sozialmonitoring und die AG Soziale Stadtentwicklung als wichtigste Instrumente aufgeführt, um negative Tendenzen frühzeitig zu erkennen und Handlungsbedarf zu orten. Mit den Kürzungen im Bereich Quartierentwicklung sind diese Instrumente allerdings sehr stumpf geworden. Wenn eine Analyse Handlungsbedarf aufzeigt, aber niemand mehr da ist, der etwas unternehmen kann, ist es doch eher schwierig. Der Stadtrat schreibt dann auch zur Frage 4, welche Instrumente es in Zukunft brauche, um negative Entwicklungen zu vermeiden oder rückgängig zu machen, dass es eine Fokussierung und eine Bündelung der Mittel brauche, um die professionelle Hilfe, die in diesen Fällen notwendig wäre, gewährleisten zu können. Er stellt auch eine Aufstockung der Mittel für 2018 in Aussicht. Das Parlament hat aufgrund der Antwort auf die Interpellation bereits die Dringlichkeit erkannt und schon mit dem Budget 2017 einen gewissen Ausbau ermöglicht, der den am meisten belasteten Quartieren zugutekommen soll. Eine wichtige Bedeutung für die Steig hat auch die Freizeitanlage, wie der Stadtrat schreibt, die allerdings sehr grossen Erneuerungsbedarf hat. Da sehen wir auf jeden Fall auch die Eigentümerschaft der Siedlung in der Pflicht, denn es kann nicht sein, dass die Stadt alleine für die negativen Folgen einer schlechten Bevölkerungsdurchmischung und von der Separation der Siedlung aufkommen muss.

Bei der Beantwortung der Fragen 7 und 8 wird nochmals verdeutlicht, dass an verschiedenen Orten der Stadt Handlungsbedarf besteht, aber die Quartierentwicklung durch die Reduktion der Ressourcen nicht in der Lage ist, darauf zu reagieren. Eine aufsuchende und koordinierende Funktion wahrzunehmen wäre gerade im Quartier Steig äusserst wichtig. Es braucht

Beziehungsarbeit und einen langen Atem, um Verbesserungen zu erreichen. Dafür braucht es von der Politik aber auch ein Commitment, dass man das Möglichste tun will, um Ghettoisierungen und schleichende Desintegration von einem Teil der Bevölkerung zu verhindern. Und dazu wird es weiterhin Mittel brauchen, damit die bestehenden Angebote weitergeführt und nötigenfalls auch zusätzliche finanziert werden können. Die EVP/BDP-Fraktion nimmt diese Antwort zustimmend zur Kenntnis.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort auf die Interpellation. Wir teilen die Ansicht, dass die Medienberichte über das Quartier Steig mit einer kritischen Distanz betrachtet werden müssen. Für den Stadtteil selber, aber auch für die Stadt Winterthur, sind solche Berichte (gerade wenn sie dann noch in der NZZ erscheinen) sicher nicht von Vorteil – das nicht zuletzt auch für die Standortförderung. In der Zwischenzeit wurde von der Mehrheit des Gemeinderates erkannt worden, dass zusätzliche Mittel für die Quartierentwicklung notwendig sind und anlässlich der Budgetdebatte ist dem SP-Antrag um Erhöhung dieses Budgetbetrages für die Quartierentwicklung zugestimmt worden. Das ist sicher erfreulich. In seiner Antwort weist der Stadtrat darauf hin, dass Winterthur über das Instrument von diesem Sozialmonitoring verfügt, das alle vier Jahre Problemlagen in Quartieren erfasst. Das ist sicher ein sinnvolles Mittel, um längerfristige Entwicklungen statistisch zu erfassen und auch Strategien abzuleiten. Es liegt aber auf der Hand, dass ein Sozialmonitoring die Präsenz von Quartierspezialistinnen und -spezialisten vor Ort nicht ersetzen kann. Das auch deshalb, weil sich Entwicklungen im Quartier nicht an Statistiken halten. Sie sind dynamisch, können relativ schnell auftreten und sind für die Öffentlichkeit am Anfang meistens gar nicht sichtbar. Genau da aber haben niederschwellige Anlaufstellen und Treffpunkte eine wichtige Funktion. Fachpersonen erfahren im Gespräch mit den verschiedenen Anspruchsgruppen oft schon ganz zu Beginn von Beobachtungen und Auffälligkeiten. Und deshalb ist ein guter Kontakt zu der Quartierbevölkerung, aber auch der Austausch und die Zusammenarbeit unter verschiedenen Fachstellen und nicht zuletzt auch ein funktionierendes Frühwarnsystem sehr wichtig. So lassen sich negative Trends oft in den Anfängen beruhigen und normalisieren. Dafür braucht es aber Leute vor Ort, die man kennt. Bereits 2012 hat die Fachhochschule St. Gallen in ihrer Sozialanalyse Steig-Dätteln festgehalten, dass Integrations-, Frühförderungs- und Quartierarbeit fortgesetzt und verstärkt werden soll. Darauf wurde aber in den letzten Jahren leider nicht mit mehr Ressourcen, sondern mit Einsparungen reagiert. Wenn man dann in diesem Bericht erfährt, dass genau diese Fachperson entlassen wurde, die die Massnahmen aus der Studie hätte umsetzen sollen, ist das schon ein bisschen schwer verständlich. Es stellt sich dann natürlich auch die Frage, welchen Stellenwert man diesen Ergebnissen überhaupt zugestehen soll. Massnahmen hätten u.a. die Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche beinhaltet und es wäre im Weiteren um Aktivitäten und um Förderung von Begegnungsmöglichkeiten für die Bevölkerung gegangen.

In seiner Antwort hielt der Stadtrat fest, dass stark belastete Quartiere nicht in der Lage sind, einfach selber ihre sozialen Probleme aus eigener Kraft zu lösen und dass man dafür auch Fachleute braucht. Diese Erkenntnisse sind sicher richtig und es ist sicher in Zukunft auch zu überlegen, ob Sparpakete in den verschiedenen Bereichen der Prävention einen Nutzen bringen oder nicht auch eher zu einer Art Bumerang werden könnten. Es ist zu hoffen, dass die Erkenntnisse vom Sozialmonitoring und den daraus abgeleiteten Strategien nicht auch dem Sparen zum Opfer fallen, wie das mit den Massnahmen der Studie der Fachhochschule St. Gallen passiert ist. Es ist eine Realität, dass sich solche Entwicklungen nicht einfach wegzaubern lassen - sie melden sich wieder, auch wenn man sie nicht so gerne sieht. Wenn es dann aber durch die Medien transportiert wird, ist das sicher nicht unbedingt förderlich. Am Beispiel der Steig hat sich gezeigt, dass sich eine eingesparte Quartierentwicklung gerade in belasteten Quartieren nicht lohnt. Es braucht eine gut funktionierende Quartierentwicklung, es braucht Treffpunkte und niederschwellige Angebote und die Bevölkerung muss unterstützt werden. V.a. bei Aktivitäten, die auch die Identifikation mit dem Quartier fördern. Dazu gehört auch ein gut funktionierendes Quartierzentrum. Das gilt übrigens nicht nur für die Steig, sondern für alle Quartiere, und v.a. auch für Stadtteile, die speziell belastet sind. In dem Sinne hoffen wir, dass der finanzielle Ausbau der Quartierentwicklung nicht nur kurzfristig unterstützt wird. Bevor wieder Sparpakete geschnürt werden, müssen wir uns in Zukunft wirklich

überlegen, welche Konsequenzen das haben kann. Das nicht nur für die Quartierentwicklung, sondern auch bei der Jugendarbeit, in der Frühförderung, in der Kinderbetreuung und auch bei kommunalen Aufgaben der Schule. Insbesondere ist zu bedenken, dass es relativ einfach ist, Leistungen und Strukturen abzuschaffen – aber ein grosser Aufwand, sie wiederaufzubauen. Bezüglich der Steig würde es uns auch noch interessieren, wie es mit dem sanierungsbedürftigen Quartierzentrum weitergeht, wie dort die zeitliche Planung ist und was für eine Renovation vorgesehen ist.

Ansonsten danken wir dem Stadtrat für den interessanten Bericht und hoffen, dass die Erkenntnisse in die zukünftigen Entscheide einfließen.

A. Steiner (GLP/PP): Auch die GLP/PP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis. Das Quartier Dätttau ist ein ziemlich spezielles Quartier, man hörte es. Auf der einen Seite ist die Steig, auf der anderen Seite das eigentliche Quartier Dätttau. Ein eigentliches Zentrum, wo man sich trifft, wo man sich austauscht, fehlt. Es hat keine Identität als Ganzes. Dabei kann das Ziegelei-Areal allenfalls wirklich eine Chance bieten, die eine Aufwertung gibt für das gesamte Quartier. Die Steig und das Dätttau sind durch eine Strasse getrennt, eine vielbefahrene Strasse, auch dort kann man allenfalls schauen, ob es durch attraktivere Wegverbindungen auch ein bisschen hilft, dass diese doch ziemlich starke Grenze ein wenig aufgeweicht werden kann. Auch das könnte dazu beitragen, dass es eine bessere Durchmischung gibt. Auch die Wiese unter der BMX-Anlage würde sich sehr gut eignen für einen Treffpunkt für Kinder und Familien, dass auch dort aus beiden Quartieren Familien dazu stossen würden.

Es wurde von Lilian Banholzer angetönt: Auch die Besitzer dieser Wohnblöcke in der Steig sind aus unserer Sicht in die Pflicht zu nehmen. U.a. auch, um die Aufenthaltsqualität in diesem Teilquartier, in dieser Steig, zu steigern. Das Ziel muss sein, mit diesen Besitzern das Gespräch zu suchen. Themen könnten sein: Ordnung, Spielstrassen, Auffrischung der Bausubstanz usw. Einfach ein positiver Beitrag für die Quartierentwicklung, auch im Zusammenhang mit diesem Quartierzentrum, das dort ist, wo im Moment die Royal Rangers sind. Wir sind in unserer Fraktion klar der Meinung, dass wir nicht nur End-of-pipe-Lösungen suchen können (sprich einfach die Quartierentwicklung aufdotieren und schauen, dass die Leute dort Ansprechpersonen haben). Damit werden wir das Problem nicht lösen können, sondern es braucht umfassende Analysen, wie man das gesamte Quartier weiterentwickeln kann, damit diese Probleme gar nicht erst entstehen.

Zum Punkt Integration via Schule: Die Schule Laubegg ist um jedes Stellenprozent froh, wo DaZ-Lektionen, IF-Lektionen, Zivildienstleistende oder Klassenassistenzen mithelfen können, um bei dieser Integration mitzuwirken. Das ist eine sehr harte, anstrengende Aufgabe für diese Schule. Diese Schule ist gefordert und macht das auch sehr gut. Dort geht es sicher darum, dass man dort nicht abbaut. Auch die Projekte Schuleintritt oder Frühförderung sind für sie ganz wichtig. Im Moment hält der Quartierverein fest, dass die Jugendarbeit sehr schwach ist. Auch dort hoffen wir, dass Akzente gesetzt werden können.

Zuletzt noch eine Bemerkung zu der offenen Turnhalle: In der Interpellationsantwort steht, dass das das Departement Soziales durchgeführt habe. Es war der Elternrat, der das durchgeführt hat. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich all diesen ehrenamtlich arbeitenden Menschen dort oben danken, die innerhalb des Quartiervereins oder des Elternrates eine sehr wertvolle, wichtige Arbeit leisten. Sie suchen immer wieder Freiwillige, die mitanpacken. Diesen Leuten muss man Sorge tragen, diese Leute muss man beiziehen (das wird auch schon ziemlich gut gemacht), um an möglichen Lösungen zu arbeiten – sie sind die Spezialistinnen und Spezialisten vor Ort und sind die positiven Kräfte, die das Quartier am besten weiterbringen können, viel besser als irgendwelche Leute in der Verwaltung, die uns teuer zu stehen kommen.

F. Helg (FDP): Zuerst eine Vorbemerkung: Auslöser dieser Interpellation war ja die Berichterstattung in den Medien vorab, der grosse Artikel der NZZ «Im Revier der Jihad-Verführer» vom 26.3.2016. Ich glaube, das Bild von der Steig war in den letzten Jahren drei Mal in der NZZ auf der Titelseite des Lokalteils. Wahrscheinlich schaffte es keine andere Fotografie von Winterthur öfter in die NZZ als die Bilder dieses Quartiers. Das damalige Medieninteresse

steht in hartem Gegensatz zum Medieninteresse von heute Abend. Wenn ich da zur Medienbank blicke, ist sie leer, dabei wäre das wirklich auch einen Bericht wert, wenn wir uns sachlich mit diesem Problem auseinandersetzen.

Wir führen heute Abend also sozusagen eine interne Diskussion, aber nichtsdestotrotz vielen Dank an den Stadtrat für die Antwort und die Analyse. Die Analyse knüpft an die Sozialraum-Analyse Dättneu-Steig aus dem Jahr 2012 an, die wichtige Erkenntnisse gebracht hat. Weil aber zum damaligen Zeitpunkt Dättneu und Steig zusammen angeschaut wurden - obwohl die Quartiere sich doch ganz erheblich unterscheiden - hat man nicht genügend Informationen, die sich spezifisch auf das Quartier Steig beziehen. Darum ist es sehr zu begrüßen, wenn beim zukünftigen Sozialmonitoring (geplant ist das ja gemäss Antwort im Jahr 2018) separate Datenerhebungen stattfinden.

Vordergründig kann der Befund (Antwort zu Frage 1) stimmen, dass es keine besonderen Auffälligkeiten gibt. Der Befund scheint mir aber doch so zu sein, dass es doch Anzeichen zu Parallelgesellschaften im Quartier Steig gibt. Das wird ja auch belegt durch die unterschiedlichen Wahrnehmungen, die man feststellt: Einerseits die Aussenwahrnehmungen, wie sie auch in der Presse berichtet worden ist, wo man auch gewisse Tendenzen zu Ghettoisierungen sieht. Andererseits die Innenwahrnehmung. Viele Bewohner und Bewohnerinnen fühlen sich dort recht wohl und sehen überhaupt keinen Handlungsbedarf. Aussen- und Innenwelt treffen sich also nicht und die Wahrheit liegt wohl irgendwie dazwischen. Darum gilt es, die doch etwas labile Entwicklung gerade jetzt wachsam zu verfolgen.

Die Antwort auf die Interpellation zeigt auch auf, dass es bereits jetzt einige wirksame Instrumente gibt (Antwort zu Fragen 2 und 3). Ein Vorteil ist sicher auch, dass es mit der Tösslobby auch ein Gefäss gibt, das die Tössemer Sichtweisen bündelt und das kontinuierlich als Gesprächspartner für die Stadt zur Verfügung steht.

Für die Zukunft sieht es auch etwas besser aus als auch schon: Soweit es um islamistisch geprägte Radikalisierungstendenzen geht, besteht seit ein paar Monaten die neue Fachstelle «Extremismus und Gewaltprävention». Bei der Stadtpolizei gibt es ja neuerdings einen «Brückenbauer» für interkulturelle Angelegenheiten, man kann das nachlesen in der Antwort auf die schriftliche Anfrage von Marc Wäckerlin betreffend Radikalismus, die vor kurzem publiziert wurde. Die Quartierentwicklung kann sich mit verbesserten Ressourcen schon ab diesem Jahr der Problematik annehmen. Mit der Überbauung des Ziegelei-Areals, wie es in der Diskussion bereits erwähnt wurde, kann das Quartier Dättneu-Steig insgesamt gestärkt werden und dort bestehen auch sicher gewisse Hoffnungen, dass man dort auch die Quartierinfrastruktur verbessern kann.

Auch aus dem Quartier selber wird vieles unternommen: Es gibt eine initiative Schule, einen engagierten Elternrat, einen aktiven Quartierverein, neu initiierte gemeinsame Anlässe Dättneu-Steig, wobei dabei – das muss man auch sehen – die wesentlichen Inputs aus dem Quartier Dättneu kommen.

Im Vordergrund steht derzeit sicher auch die Frage, wie und unter welcher Leitung die Quartieranlage Steig weitergeführt wird. Meines Wissens gibt es da gewisse Änderungen in der Trägerschaft und da denke ich, dass es sicher wichtig ist, dass man schnelle Entscheide hat, damit man sieht, wie es dort weitergeht. Ich bin aber insgesamt doch etwas zuversichtlicher als auch schon, dass alle diese Inputs eine fruchtbare Entwicklung anstossen können.

J. Altwegg (Grüne/AL): Es wurde von den Vorrednerinnen und Vorrednern schon vieles gesagt. Ein Bedenken von Felix Helg teile ich auch: Die Reihen von den Medien, die leer sind, insbesondere wenn mein Lieblingsblatt, die NZZ, in einem so tendenziösen Artikel berichtet (der zum Glück eigentlich ein Einzelfall ist, wie ich diese Zeitung sonst kenne – wahrscheinlich war dem Redakteur ein bisschen langweilig).

Ich nehme nur Bezug auf ein paar kleine Details, zu denen ich noch ein paar Fragen äussern möchte. Bei der Frage 1 hiess es eben genau, dass es keine besonderen Auffälligkeiten bis auf eine gäbe, dass es dort nämlich scheinbar viele Parkplatzdelikte gibt. Vielleicht wäre es eine Lösung, mehr Studierende in der Steig zu installieren, die da mit der Seilbahn in die ZHAW geführt werden könnten. Bei der Frage 2 zeigt sich, dass die Stadt heute doch schon geeignete Instrumente hat, um die Problembelastung im Quartier früh zu erkennen, das ist doch schon einmal gut zu wissen. Dort ist wichtig, dass man diese Instrumente auch einsetzt,

damit das auch wirklich funktioniert. Den Erfahrungsaustausch habe ich auch positiv zur Kenntnis genommen, dass man mit anderen Gemeinden spricht (Wie macht Ihr das, wie machen das andere grosse Städte?), dass dort wirklich der Austausch stattfindet. Zusammenfassend kann man sagen: Es ist kein Problemquartier in dem Sinn, das Quartier Steig, man muss aber ein Auge darauf haben, dass es nicht zu einem wird. Die Stadt beobachtet auch andere Quartiere gut und genau, und versucht so auch das Entstehen von Problemen im Quartier überhaupt zu verhindern. Wir nehmen deshalb die Antwort auf diese Interpellation positiv zur Kenntnis und bedanken uns für die umfangreichen Antworten, die doch einiges an Tiefgang boten.

U. Obrist (SVP): Auch die SVP möchte sich beim Stadtrat für die ausführliche und sehr komplexe Beantwortung bedanken. «Steig – ein Problemquartier?» Wenn man die Steig rein topografisch betrachtet, ist sie nun einmal abgeschottet. Diese Abschottung birgt die Gefahr von einer gewissen Ghettoisierung. Aber die Zeichen der Zeit, das sagt die Antwort, sind erkannt. Wir betrachten wachsam die Entwicklung, man hat ein Auge darauf, man probiert, wie Felix es sagte, mit Tösslobby, mit Quartierentwicklung, mit der Bevölkerung und Vereinen, wieder einen Kontakt zu suchen und wenn die Quartierentwicklung auch die eine oder andere Ressource freistellen könnte, würde das in diesem Quartier sicher gut tun. Dass aus einem Noch-kein-Problemquartier ein Problemquartier werden könnte, da müssen wir wirklich gut darauf schauen, wachsam sein, damit das nicht passiert. Mehr möchte ich nicht sagen, die Vorrednerinnen und Vorredner haben schon alles gesagt.

Stadtpräsident M. Künzle: Da die Medien nicht da sind, können wir anstelle einer Diskussion eine Art Debriefing machen. Was in der Steig passiert ist in den letzten Jahren mit dieser skandalisierenden medialen Hysterie, die heraufbeschworen wurde, das hat man schon einmal erlebt. Vom Alter her habt Ihr das sicher miterlebt, aber vielleicht hattet Ihr es nicht im Fokus. Mit Töss ist genau dasselbe passiert. Irgendwann einmal gab es einen Artikel in einem Medium, in dem die sogenannten «Problemquartiere» oder «Problemstadtkreise» zusammengetragen wurden. Dort war Töss unter den ersten drei. Das hat dann in der Geschichte, wenn man es weiterverfolgt, letztendlich zur Tösslobby geführt. Von daher hatte es schliesslich eigentlich eine gute Auswirkung. Aber damals passierte genau dasselbe: Es gab einen medialen Aufschrei, alle rannten, es gab Interviews vor den Wohnblöcken in der Steig, von Leuten, die noch nie dort gewesen waren, aber gleich wussten, was dort das Problem ist. Wenn wir jetzt in einem Debriefing sind, dann sage ich einfach: Wenn das nächste Mal wieder so eine mediale Hysterie aufkommt, dann überlegt Euch doch zuerst, was dahintersteckt. Man kann bei der Verwaltung auch nachfragen. Wir wussten das, wir haben die Steig unter Beobachtung. Die Leute dort sind aber gerne dort, sie verstanden nicht ganz, was ablief, als wir dort waren. Da darf man mit viel mehr Gelassenheit herangehen. Wir scannen die ganze Stadt regelmässig, wir scannen sie auch über die einzelnen grösseren Untersuchungen hinweg. Natürlich gibt es die grosse Untersuchung mit dem Sozialmonitoring 2018 wieder, aber wir sind die ganze Zeit daran. Wenn wir wieder etwas aufnehmen, wird das mit den verschiedenen Verwaltungseinheiten zusammen betrachtet und geprüft, ob es Sofortmassnahmen braucht, wir greifen zu Sofortmassnahmen und schauen, wie wir eine Situation verbessern können, so dass es gar nicht erst ganz schlimm wird. Ich bleibe bei meiner Aussage zum damaligen Zeitpunkt, aber auch heute: Die Steig gehört nicht zu den vorderen Problemzonen in unserer Stadt. Wie gesagt, wir haben das immer wieder unter Beobachtung und wir schauen auch immer wieder sofort, wo wir ansetzen können. Die Menschen dort sind zufrieden und sie haben auch Ordnung (irgendjemand sagte, man müsse noch für mehr Ordnung sorgen – Ordnung haben die Leute dort).

Ein wichtiger Punkt, das ist vielleicht ein bisschen eine gute Prognose, die man geben kann für das Dättnau. Annetta hat das angetönt mit dem Keller-Bau, dort haben Diskussionsrunden stattgefunden, das sieht sehr gut aus. In dem Zusammenhang werden wir schauen, dass wir die Verbindung zwischen dem Dättnau und der Steig noch verbessern kann. Es hat jetzt schon einen Fussweg - der hat kein Licht, vielleicht wäre das ein Ansatz – dass man an dieser Verbindung arbeitet. Die Bike-Strecke wird ausgebaut, da ist man wirklich dran und da hat man auch von der Infrastruktur her noch ein gewisses Potential. Das mit der Freizeitanlage

beschäftigt uns immer wieder, weil die Besitzverhältnisse zwar klar, aber nicht bei uns sind. Deshalb ist man dort immer wieder im Gespräch. Die Freizeitanlage ist in der Tat nicht in einem super Zustand. Wir haben jetzt aus dem Sammelkredit für gewisse Massnahmen Beträge genommen, aber eigentlich – sind wir ehrlich – diese Freizeitanlage müsste man wieder totalsanieren. Das ist uns auch bewusst und wir sind daran, wie man das am Geschicktesten in den nächsten Jahren ansetzen könnte.

Alles in allem: Wir sind dort daran. Es war wieder ein Musterbeispiel, was abläuft, wenn irgendein Medium schreit. Mein Wunsch wäre, dass wir alle miteinander ein bisschen gelassener sind, wenn solche Meldungen kommen und uns zuerst einmal fragen, was da eigentlich dahintersteckt.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Vielen Dank. **Somit habt Ihr auch dieses Traktandum erledigt.**

12. Traktandum

GGR-Nr. 2016.121: Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rüttsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling

Das Traktandum wurde abgesetzt.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2016.088: Beantwortung der Interpellation M. Baumberger (CVP) betr. christliche Symbole in Friedhofskapelle Rosenberg

A. Geering (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese Antwort. Beim ersten Abschnitt der Antwort fragten wir uns noch, was es nützt, wenn man Bilder zwar erhalten, aber sie doch abdeckt und versteckt – es ist ja dann eigentlich, als wenn es nicht mehr da wäre. Trotzdem stellen wir fest, dass im Grundsatz auch der Stadtrat der Meinung ist, dass die Erhaltung der Geschichte für die Gesellschaft wichtig ist, dass man das behält und auch zugänglich macht und zugänglich lässt. Zu dieser Geschichte unserer Gesellschaft gehört auch das christliche Erbe. Das Element des christlichen Glaubens ist aber nicht nur Teil unserer Geschichte, sondern auch für viele Winterthurerinnen und Winterthurer ist es Teil der Gegenwart. Der christliche Glaube wird in unserer Stadt gelebt und gibt vielen Leuten Lebensfreude und Halt. Um solche Glaubensfreiheiten, die man hat, mit dem christlichen Glauben und mit anderen Religionen, auch zu erhalten, nehmen wir die Stadtoberkeit beim Wort und erwarten, dass die christlichen Symbole, wo sie vorhanden sind im öffentlichen Raum, auch weiter erhalten bleiben.

D. Steiner (SVP): Ich möchte auch gerne persönlich und auch im Namen der SVP-Fraktion zur Beantwortung der Interpellation zum Verschwinden von den christlichen Symbolen in der Friedhofskapelle Rosenberg Stellung nehmen. Wie ich aus der Antwort entnehmen kann, schreibt der Stadtrat, dass es bei den letzten Renovationen der Abdankungskapelle ein Ziel war, darauf zu achten, dass sie konfessionell neutral gestaltet wird und das Engelsrespekt aus Respekt vor Andersgläubigen abgedeckt wird. Ich habe grösste Mühe, das zu verstehen. Wir leben doch hier in der Schweiz, und unsere Kultur ist nun einmal geprägt vom christlichen Glauben. Ich finde es äusserst schade und bedauere es auch sehr, dass gerade in Zeiten, in denen von der Gesellschaft höchste Integrationsleistung einerseits und von Neuankommenden ein Integrationswille andererseits gefordert wird, die bei uns gelebte Kultur einfach aus Respekt vor Andersgläubigen überdeckt wird. Das finde ich nicht in Ordnung. Sind wir wirklich schon so weit, dass wir unseren christlichen Glauben hintenanstellen müssen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass das schöne Engelsbild von Paul Bodmer gestört hätte. Übrigens ist

er ein angesehener Künstler, seine wunderbaren Engelsbilder und Fresken sind bis weit über unsere Landesgrenzen bekannt. So schade, dass die Stadt Winterthur diese abdecken liess. Ich kann das nicht verstehen und wünsche mir, dass das zum Glück gut abgedeckte Bild vielleicht eines Tages wieder zum Vorschein kommt. Ich frage mich einfach auch: Bei allem sonst ist der Heimatschutz oder das Kulturdepartement involviert und interveniert. Aber da hielten sie es offenbar für nicht notwendig, etwas Traditionelles zu bewahren. Die Antwort des Stadtrates, der festhält und schreibt, dass es ihm wichtig ist, die lokale Kultur zu bewahren, sie sichtbar, erfahrbar und erlernbar zu machen und es damit im Speziellen auch den Migrantinnen und Migranten aus anderen Kulturkreisen ermöglichen soll, sich mit unserer abendländischen Kultur auseinanderzusetzen – dann sollten in Zukunft keine christlichen Symbole mehr aus den öffentlichen Räumen in Winterthur verschwinden. So wie ich die Antwort wahrnehme, stimmt sie für mich nicht und die Gründe möchte ich so einfach nicht akzeptieren. Die SVP-Fraktion appelliert an den Stadtrat, in Zukunft seine Absichten auch umzusetzen, und nimmt diese Antwort äusserst kritisch zur Kenntnis.

L. Banholzer (EVP/BDP): Wir haben uns etwas gewundert über diese Interpellation mehr als 10 Jahre nachdem das Bild in der Friedhofskapelle abgedeckt wurde. Am Stadtrat, der in dieser Zusammensetzung damals noch gar nicht im Amt war, deswegen irgendwelche politischen Absichten zu unterstellen, ist einigermassen absurd. Die Ausführungen vom Stadtrat zeigen, dass v.a. bauliche Gründe den Ausschlag gaben, das Bild abzudecken und dass es nicht grundsätzlich darum ging, christliche Symbole zu entfernen. Auch als evangelische Partei sind wir der Meinung, dass mit einem neutralen, schlichten Raum zum Abschied nehmen von Verstorbenen von allen Glaubensrichtungen und Religionen ein würdiger Rahmen geboten wird. Nur weil die Friedhofskapelle kein Engelsbild mehr an der Wand hat, ist die christlich-abendländische Kultur nicht gefährdet, sondern eher dadurch, dass die Bedeutung von den christlichen Grundlagen in unserer Gesellschaft generell schwindet. Und das kann leider auch der Stadtrat nicht aufhalten und nicht ändern.

S. Gyga (GLP/PP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Wir von der GLP/PP-Fraktion nehmen die Antwort positiv zur Kenntnis. Der Stadtrat hat in seiner Antwort nachvollziehbar erklärt, weshalb eine Leichtbauwand vor das Engelsbild gebaut wurde. Wir von der GLP/PP-Fraktion können dieses Vorgehen gut nachvollziehen. Uns ist aber auch zu Ohren gekommen, dass dieses Engelsbild ursprünglich als «Kunst am Bau» erstellt worden sei und deshalb gar nicht entfernt werden dürfe. Darauf wird aber in dieser Interpellationsantwort gar nicht eingegangen, deshalb unsere Frage hier mündlich: Stimmt das so? Wir bitten den Stadtrat, diesen Punkt noch mündlich zu klären, wenn das möglich ist, und danken bereits im Voraus.

R. Diener (Grüne/AL): Grüne/AL sind mit den Antworten auf diese Interpellation zufrieden. Die Fragen waren fast ein bisschen ketzerisch. Ich finde es doch nicht so, wie Doris Steiner formuliert hat, dass das tendenziös beantwortet sein worden soll, im Gegenteil. Es handelt sich da bei dieser Abdankungskapelle ja um einen Friedhof, sie steht in einem Friedhof, der vielen verschiedenen Religionsgemeinschaften offen ist. Es hat Platz für Verstorbene unterschiedlichster religiöser und kultureller Herkunft, und deshalb finde ich es nicht derart dramatisch, wenn jetzt ein Symbol der christlichen Religion da nicht mehr permanent sichtbar ist. Es ist ja nicht so, dass es weg wäre, sondern man hat es aus denkmalpflegerischen und Schutzüberlegungen abgedeckt.

Ich gehe davon aus, dass es selbstverständlich bei jeder Abdankung, die dort drinnen stattfindet, möglich ist, dass die Betroffenen, die entsprechenden Gruppierungen, mit mobilen Elementen ihre Glaubensrichtungen betonen können oder entsprechend mit einem Ausrüstungsgegenstand noch etwas bestärken können. So kann man sicher den Trauergesellschaften, wo die eine oder die andere Religion im Vordergrund sehen und die für sie wichtig ist, auch ein bisschen entgegenkommen. Sollte das nicht der Fall sein, würde ich darum bitten zu prüfen, dass die entsprechenden Rücksichtnahmen auf diese verschiedenen Religionen, die diese Abdankungskapelle in Anspruch nehmen, auch tatsächlich umgesetzt werden. Danke für die Aufmerksamkeit.

D. Schneider (FDP): Die FDP nimmt die Antwort des Stadtrates auch positiv zur Kenntnis. Es wird angemessen argumentiert und ich denke, für eine Abdankungskapelle ist eine in dem Sinne neutrale Umgebung angemessen, wie es Reto sagte. Eine Verallgemeinerung wie «religionsfreie Räume schaffen» ist problematisch und ist wohl auch nicht möglich. Ich meine, es braucht es, dass alle ihre Sachen zeigen können. Es ist nicht etwas, das man zeigen kann oder das man nicht zeigen kann. Diese offene Haltung ist ein Prüfstein von unserem modernen Denken. Wenn es um Symbole geht, geht es auch ein wenig um unsere Herkunft, unsere Identität, das ist auch bei dieser Frage ein wenig eine Vorverurteilung. Ich finde, die Frage wird mit wenig Distanz gestellt. Aber wenn man davon spricht und wenn es um die Herkunft, die Identität geht – christliches Abendland - dann geht es nicht unbedingt um die Symbole, das ist eine Nebensache. Wenn wir unsere Herkunft aufrechterhalten wollen, dann ist es viel wichtiger, dass z.B. unsere Kinder noch wissen, was Weihnachten ist, was Ostern ist, was Pfingsten ist – was diese Feiertage bedeuten. Wenn man da eine Umfrage macht, stellt man mit Schrecken fest, dass viele unserer Kinder keine Ahnung haben, weshalb sie jetzt schulfrei haben. Wenn es um dieses Anliegen geht (und das ist auch mein persönliches Anliegen), dann geht es eher um diese Themen. Ich finde die Fragen vom Stadtrat gut beantwortet und danke dafür.

D. Berger (Grüne/AL): Es ist ein bisschen mühsam bei solchen Themen, dass entweder Marc oder ich dann schliesslich doch noch aufstehen müssen, um mit den üblichen Sachen zu kommen. Die Sache mit der Religion und christliches Abendland – das juckt mich einfach, wenn ich das höre, ich sage es jedes Mal. Ich glaube, wir haben die Religion überwunden, je unreligiöser ein Land ist, umso sozialer und umso friedlicher ist es und deshalb bin ich froh, in einem Land zu leben, wo das Ganze auch nicht mehr so wichtig ist. Zu dieser ganzen Engelsgeschichte: Die meisten Religionen kennen Engel. Ich habe vorher überlegt und ich wüsste gar keine Religion, die nicht mit Engelsbildern arbeitet (im Islam sind Engel sehr wichtig, im Judentum, im Hinduismus kenne ich mich nicht so genau aus, aber die sind ja sehr vielfältig im Anbeten...). Es gibt sehr wahrscheinlich gar keine anderen Glaubensangehörigen, die sich an einem Engel ernsthaft stören. Vielleicht hat man damals diese fälschliche Überlegung gemacht in Anbetracht von mangelndem Wissen, aber eben, andere Religionen stören sich sicher nicht am Engel und ich glaube, die meisten Atheisten stört es auch nicht wirklich, ob jetzt ein Engel dort hängt oder nicht – aber das christliche Abendland ist nicht wegen dieser Engel untergegangen, sondern schon vor ein paar Jahrzehnten aus anderen Gründen.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist noch schwierig für einen Kulturminister, zu begründen, weshalb man ein Bild, das ein namhafter Künstler gemalt hat, einfach verdeckt lässt. Aber wenn Sie gesehen haben (und das war die etwas nüchterne Diskussion im Stadtrat zu diesem Thema), was für ein Aufwand betrieben wurde, um das so zu machen, wie man es heute hat, das war enorm: Man machte eine Arbeitsgruppe, man überprüfte verschiedene Verfahren, es war ein riesiger Aufwand, bis man zu dieser Lösung kam und das umgesetzt hat mit dieser Wand vor diesem Bild. Das Bild gibt es immer noch, es ist hinter dieser Wand. Die ganze Konstruktion musste man machen, weil das – und das werdet Ihr sicher nicht mehr selber erlebt haben – früher die Krematoriumshalle war. Dort hatte es ein Loch in dieser Wand, und dann ist der Sarg dort in diesem Loch verschwunden, vor versammelter Familie oder wer es war, und ist dann von dort aus ins Krematorium und dort verbrannt worden. Dieses Loch musste man füllen und dafür hat man einen riesigen Aufwand gemacht. Der Stadtrat hat nicht die grosse Diskussion geführt über christliche Symbole. Das hat man auch angetönt, aber v.a. ging es darum: Mit einem riesigen Aufwand hat man eine einfache Lösung gefunden und man möchte nicht Geld in die Hand nehmen und diese an und für sich vernünftige Lösung so belassen, wie sie jetzt ist. Nichtsdestotrotz muss ich zu David Berger mit seinem Votum, dass es in einem Staat ohne Religion friedlicher und sozialer sei, sagen: Da gehen wir einmal in die Geschichte und schauen, was in der Sowjetunion abgegangen ist, die versucht hat, die Religion zu eliminie-

ren. Ob dann der all die Adjektive erfüllt, die Du vorher aufgezählt hast, würde ich also vehement bestreiten.

Christliche Symbole braucht es, man muss unsere Geschichte in unserer Gesellschaft ablesen können, ich habe Mühe damit, dass man solche Separierungen macht: Diesen macht man einen Teil, die dürfen ihre Symbole dort aufstellen, für andere Religionsgemeinschaften kommt man entgegen, die dürfen ihre Symbole auch aufstellen, im Allgemeinen - ich bin jetzt beim Friedhof - sollte man aber möglichst die christlichen Symbole entfernen, damit man ja keinen stört. Ich habe durchaus Verständnis für die Voten, die gefallen sind, ich denke, wenn schon, dann sollte man seine Symbole aufstellen dürfen und das sollte eigentlich möglich sein mit einer gehörigen Portion Toleranz, die wir eigentlich alle voneinander in Anspruch nehmen, über die Religionsgrenzen hinaus. Das wäre eigentlich das, was ich mir wünschen würde.

Wie gesagt: Das Bild gibt es noch, das kann man auch anschauen. Das kann man eingeben bei Paul Bodmer und dann sieht man das Bild und wer in dieser Abdankungshalle gerne christliche Symbole haben möchte, der darf diese hinstellen, da haben wir gar nichts dagegen, das soll man sogar machen, dass man seine Symbole auch aufstellt. Ich denke, wir haben da eine nüchterne, eine gute Lösung gefunden, wo wir einfach sagen, wir lassen es, wie es ist. Das Bild gibt es immer noch, es ist nicht vernichtet. Die ganz grosse Diskussion über christliche Symbole kann man abendfüllend führen, dazu seid Ihr auch herzlich eingeladen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Damit habt Ihr auch diese Interpellation erledigt.

Das nächste möchte ich noch machen, bitte haltet Euch bei den Voten kurz.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2016.086: Beantwortung der Interpellation M. Baumberger (CVP) betr. Bedeutung von Vereinen

K. Brand (CVP/EDU): «Bedeutung von Vereinen». Die Zusammenkunft der Präsidentinnen und Präsidenten der Quartiervereine und der Behörden von Winterthur äussert sich über die finanzielle Lage in Winterthur. Die Würdigung des Stadtrates gegenüber dem «Jahr der Freiwilligenarbeit», diese zu fördern und gleichzeitig den nötigen Freiraum für die Freiwilligenarbeit zu wahren. Die Eröffnung des teilnehmenden Teils der Stadt Winterthur, Einnahmen der Vereine zu hinterfragen, ist doch ein Zeichen dafür, dass die Besorgnisse der Vereine irgendwie gerechtfertigt sind. Die vielen Tausend Freiwilligenstunden, die Vereine reduzieren die Ausgaben, so dass dementsprechend ein kleiner Gewinn zustande kommen, der für Vereinszwecke verwendet wird (der Stolz jedes Vereinskassiers). Dass die Stadt den Vereinen in verschiedenster Weise entgegenkommt, ist eigentlich auch gut so. Das wirkt sich bei der Miete und den Gebühren von den meist öffentlichen Gebäuden aus. Wenn die Endrechnung einen kleinen Überschuss ausweist, so soll das nicht als «Wohlstandsbatzen» betrachtet werden, sondern als durch von freiwilligen Händen erarbeitet und refinanziert. Die CVP/EDU ist der Meinung, dass den Vereinen, die ein wesentliches Glied in unserer Gesellschaft sind, vermehrte Anerkennung von der Behörde zuteilwird.

M. Wenger (FDP): Herzlichen Dank an Matthias Baumberger in Absenz für die guten Fragen und dem Stadtrat für die gute Beantwortung. Man kann dem Bericht entnehmen, dass die 400 Vereine dem Stadtrat am Herzen liegen und nicht auf dem Portemonnaie. Das ist gut so. Die Vielfalt der Vereine macht Winterthur ja erst lebenswert. Die Stadt stellt die Infrastruktur sehr günstig zur Verfügung, die Vereine füllen diese mit Leben. Für uns ist das ein guter und erfolgreicher Mix, der auch die Eigeninitiative fördert. Das Erfolgsmodell in Winterthur funktioniert. Bei den Fragen unter 1 wird die am Verursacherprinzip orientierte Gebührenerhöhung erwähnt. Der FDP ist es wichtig, dass Gebühren auf ein Minimum beschränkt und nicht noch weiter erhöht werden. Die Erhöhungen der letzten Jahre waren für uns an der oberen Grenze. Es ist nicht die Aufgabe der Vereine, die Stadt zu sanieren. Klar ist aber, dass die Vereine sich selber erhalten können sollen und nicht primär am Topf der Stadt hängen sollten. Bei der

Frage 5 geht es um Kontakt/Austausch der Vereine: Das dünkt uns auf allen Ebenen sehr gut organisiert. Wichtig sind auch die Anerkennung und die Wertschätzung und die Präsenz von uns allen. Speziell möchte ich erwähnen: Die Präsenz von Stadtpräsident Mike Künzle ist da vorbildlich. Diese Wertschätzung motiviert die Verantwortlichen und schafft Nähe. Die Vereinskultur in Winterthur lebt – unterstützen Sie diese doch durch Ihren Besuch und Ihre Konsumation und gehen Sie auch hin, wenn es etwas kostet.

L. Banholzer (EVP/BDP): Mit dieser Interpellation wird ein Bekenntnis vom Stadtrat zu den Vereinen verlangt. Dieses Bekenntnis liegt mit dieser ausführlichen Antwort auch vor. Es ist müssig, da alles nochmals zu wiederholen. Die Kernfrage ist aber eigentlich die nach der zunehmenden finanziellen Belastung der Vereine durch Gebühren. Die Frage ist: Ist das, was die Stadt für die Vereine macht, in der Balance mit dem, was sie von den Vereinen verlangt? Mit den Gebührenerhöhungen der letzten Zeit ist diese Balance für einige nicht mehr gegeben. Wir haben schon letztes Mal in der Diskussion über das Postulat betreffend Bewilligungsverfahren und Gebühren für Kleinstanlässe festgestellt, dass nicht eindeutig klar ist, wer für was zahlen muss und wie die Gemeinnützigkeit beurteilt wird. Das bleibt auch mit dieser Interpellationsantwort unklar. Die Antwort nehmen wir trotzdem positiv zur Kenntnis, da der Stadtrat aufzeigen kann, dass ihm wirklich etwas an den Vereinen liegt und er einsieht, dass das freiwillige Engagement auch an seine Grenzen stossen kann, wenn die genannte Balance nicht mehr gegeben ist.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL ist mit der Antwort vom Stadtrat grundsätzlich zufrieden. Sehr gut finde ich, dass der Stadtrat die uns zwar allen bekannten Überschneidungen nochmals aufzählt, es sind das 1. zur Verfügung Stellung der städtischen Infrastruktur (natürlich sprechen wir hier drinnen da immer vom Preis), 2. Gebühren, die die Vereine für irgendwelche Leistungen bezahlen müssen, und 3. die Unterstützung von Freiwilligenarbeit durch die Stadt, wie z.B. Benevol, aber auch Subventionsverträge verschiedenster Art. Der Grosse Gemeinderat streitet bei jedem einzelnen Geschäft, bei dem es um so etwas geht, sehr ausführlich. Ich möchte da stellvertretend nur an die Diskussion über die Gebühren, die die Vereine für das Albanifest bezahlen müssen, erinnern. Unserer Ansicht nach sind Vereine sehr wichtig für die Stadt, aber sie ersetzen keine Stadt. Nicht erwähnt wird das teilweise sehr altmodische Verständnis von Stadt Winterthur. Soweit der Fraktion bekannt ist, schliesst die Stadt nur Vereinbarungen mit Vereinen oder Einzelpersonen ab. Die Fraktion sieht nicht ein, weshalb mehrere Personen immer einen Verein gründen müssen und die Stadt nicht auch mit Interessensgemeinschaften Vereinbarungen abschliessen kann.

Ch. Baumann (SP): Die SP freut sich, dass sich der Stadtrat an mehreren Stellen klar bekennt zur Bedeutung der Vereine, weil sie ja die Integrationsleistung steigern und die Identifikation mit der Stadt fördern. Wir sind froh, dass er da wirklich ein klares Bekenntnis abgibt. Der Stadtrat zeigt bei dieser Interpellation auch gut auf, wie er Vereine unterstützt auf verschiedensten Ebenen. Es fehlt aber aus SP-Sicht doch, dass auch die Taten mehr herauskommen, die diese Hürden auch wirklich tief halten (wie schon einige Male heute Abend erwähnt die Gebühren, wo der Stadtrat doch gegenteilig zu der Interpellationsantwort handelt). Es gibt auch den Bereich von gesetzlichen Auflagen. Auch an uns wurde herangetragen, dass z.B. bei Strassenfesten auch die Auflagen erhöht wurden, was es auch nicht ganz einfach macht, dieses Engagement zu fördern. Wir unterstützen, dass auch die Raumvermietung und die Hallenvermietungen sehr einfach laufen sollen bei der Stadt. Dort warten wir natürlich noch auf die Bandroom-Thematik, die ja einmal zurückgezogen wurde, dass diese auch weitergeht und dass man da wirklich ein gutes Angebot für diese Leute bereitstellen kann. Auch das künstlerische Engagement, Nutzungen von Ateliers - das wäre sicher eine gute Möglichkeit. Sicher erfolgreich wäre es auch, wenn man im Bereich Zwischennutzungen von Arealen (wie es Basel auch macht) auch noch attraktiver und proaktiver auf die Leute zugehen könnte und Möglichkeiten bieten könnte, dass man das vielfältige Engagement auch wirklich abholt. Wir sehen in der Antwort zu Frage 5 auch, dass viele Vernetzungstreffen stattfinden, dass da auch wirklich viel passiert. Aus unserer Sicht dürften da einfach noch konkretere Resultate daraus resultieren. Wenn ich z.B. an den Bereich Güterschuppen den-

ke, mit einem klaren Bekenntnis zu Vereinsstrukturen sollte es möglich sein, dort auch einmal eine Ganzjahresnutzung machen zu können, oder auch Jungkunst, das ist auch so ein Bereich, wo man noch auch die Lösung wartet. Generell unterstützen wir das klare Bekenntnis der Stadt, wir sind einfach froh, wenn wir auch in den verschiedenen Bereichen aus diesem Bekenntnis auch noch mehr Taten sehen können.

F. Albanese (SVP): Auch die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis und begrüsst, resp. ist beruhigt über die Tatsache, dass der Stadtrat dem Vereinsleben in Winterthur eine grosse und gebührende Rolle zuschreibt und Unterstützung zukommen lässt. Das positive Fazit erstaunt schliesslich nicht wirklich, weil man ja allgemein weiss, wie vereinsaffin unser Stadtpräsident selber ist. Wir danken.

M. Wackerlin (GLP/PP): Ich kann es relativ kurz machen. Unsere Fraktion nimmt die Antwort vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis. Man sieht in dieser Antwort ja auch, dass der Stadtrat sehr viel macht, sehr viel anbietet und das nehmen wir zustimmend zur Kenntnis. Selbstverständlich sind die Vereine wichtig, aber wir sehen nicht, dass da wirklich ein grosses Problem ist. Bei einzelnen vielleicht, aber das wird sicher auch im Einzelnen besprochen.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben geschrieben, dass die Vereine ganz wichtige Träger sind in unserer Gesellschaft, dass sie in ganz viele Lebensbereiche hineinkommen (Sport, Kultur, Soziales). Sobald man irgendwo eine Gebühr verändert, kommt man gar nicht darum herum, irgendeinen Verein zu tangieren, da diese so in unserer Gesellschaft drin sind. Ich bedaure es, dass man mit Gebührenerhöhungen immer wieder auch Vereine trifft. Ich habe auch Verständnis, dass diese natürlich sagen, dass sie Probleme haben, weitere Freiwillige zu finden für die Vereine. Aber sind wir doch ehrlich: Es ist nicht die Gebührenerhöhung, die wir z.T. umsetzen mussten bei diesen Vereinen. Wenn man mit den Vereinsverantwortlichen spricht, dann hat man Mühe (nicht überall, aber man hat Mühe), Vereinsmitglieder zu finden, weil die individuellen Programme einfach anders sind, weil Leute einen «egoistischen Kurs fahren», weil sie sich nicht binden wollen (nur für spezielle Veranstaltungen da stehen, aber nicht, um einen Verein dauernd zu unterstützen). Ich glaube, das sind die Probleme, bei denen auch die Vereine selber gefordert sind, um auf gute Ideen zu kommen, wie man dafür sorgen kann, dass sich Menschen engagieren.

Das mit den Bandräumen ist aus unserer Sicht eigentlich erledigt, wir haben dort gute Lösungen gefunden und mussten auch die Gebühren nicht erhöhen. Wir mussten die Kategorien anders ordnen, so dass es im Einzelfall Änderungen gab, aber in der Gesamtsumme nehmen wir dort nicht mehr ein und haben etwas dafür gemacht.

Bei den Ateliers: Das ist die Diskussion, die man jeweils hat, wenn es um Zwischennutzungen geht. Dort schauen wir, dass wir das gerade für Ateliers einsetzen können.

Das mit der einfachen Gesellschaft habe ich gehört. Wir schätzen es mehr, wenn wir einen Verein oder eine Einzelperson gegenüber haben als eine einfache Gesellschaft, bei der sich am Schluss einfach jeder zurückzieht und niemand verantwortlich ist. Das ist der Hintergrund. Aber ich denke: Wir sind auf die Vereine angewiesen, wir sind auf die freiwillige Arbeit angewiesen, das leben wir auch. Insofern muss ich Matthias Baumberger in absentia danken, dass er diesen Steilpass gespielt hat. Es war uns ein Anliegen, dass wir zu den Vereinen wieder einmal eine positive Meldung geben können. Es ist also nicht so, dass wir die Vereine bis aufs Blut knütteln wollen, um unsere Staatskasse zu sanieren. So ist es nicht.

Besten Dank – und ich danke all denen, die selber auch in Vereinen sind. Ich wette, in diesem Parlament sind drei Viertel in einem Verein. Ich wünsche Euch einen schönen Abend.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Damit sind wir am Ende der Sitzung. Denkt bitte daran: An der nächsten Sitzung haben wir die Fragestunde. Vergesst bitte nicht, bis am Donnerstagabend davor die Fragen schriftlich einzureichen.

Ich wünsche Euch allen eine schöne Zeit und danke vielmals.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. **B13/097: VINCA geb. TUSI Miseret, geb. 1981, mazedonische Staatsangehörige**
 2. **B14/155: YORULMAZ geb. TASKAYA Gülsen, geb. 1978, türkische Staatsangehörige**
 3. **B14/187: OSMANI Skender, geb. 1981, mazedonischer Staatsangehöriger**
 4. **B15/133: GARCIA SANCHEZ geb. NILL Christina Katrin, geb. 1976, mit Kindern Alisa Christina, geb. 2011, Alena Luisa, geb. 2016, und Alina Laura, geb. 2016, deutsche Staatsangehörige**
 5. **B16/007: KARADAG Hüseyin, geb. 1979, mit Kindern Ali, geb. 2008, und Ceren, geb. 2011, türkische Staatsangehörige**
-

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Die Traktanden 1 – 5 sind alles einstimmige Aufnahmen. Hat da jetzt jemand anderweitige Anträge? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Somit hat Ihr Frau Miseret Vinca, Frau Gülsen Yorulmaz, Herrn Skender Osmani, Frau Christina Katrin Garcia Sanchez mit den Kindern Alisa Christina, Alena Luisa und Alina Laura, Herrn Hüseyin Karadag mit den Kindern Ali und Ceren einstimmig in die Winterthurer Bürgerberechtigung aufgenommen.

6. **B16/039: KARIM Ako, geb. 1973, und Ehefrau FATHULLA Turan, geb. 1979, mit Kind KARIM Ileana, geb. 2016, irakische Staatsangehörige**
-

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Zum Traktandum 6 gibt es einen Rückstellungsantrag. Bitte Benedict Zäch.

B. Zäch (SP): Die Bürgerrechtskommission beantragt, dass das Gesuch von Herrn Ako Karim und Frau Turan Fathulla um ein halbes Jahr zurückgestellt wird, mit 5:1 Stimmen. Grund sind ungenügende Kenntnisse des befragten Stoffes.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es anderweitige Anträge? - Das scheint nicht der Fall zu sein. **Damit habt Ihr dieses Gesuch um ein halbes Jahr zurückgestellt.**

7. **B16/045: STRITZKE Tabea, geb. 2001, deutsche Staatsangehörige**
 8. **B16/090: STEFANOVIC WEISSHAUPT geb. STEFANOVIC Mirjana, geb. 1955, serbische Staatsangehörige**
-

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Traktandum 7 und 8 sind wieder einstimmige Aufnahmen. Hat jetzt jemand einen anderweitigen Antrag? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit habt Ihr Frau Tabea Stritzke und Frau Mirjana Stefanovic Weisshaupt in das Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

- 9. B16/092: COSTA FERREIRO Patricia, geb. 1982, und Ehemann BUCETA LORENZO Sergio, geb. 1977, mit Kind BUCETA COSTA Iker, geb. 2012, spanische Staatsangehörige**
-

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es zu Traktandum 9 Anträge? Da wurde einmal eine Teilung gewünscht. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit habt Ihr auch Frau Patricia Costa Ferreiro mit Herrn Sergio Buceta Lorenzo und Kind Iker in das Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

- 10. B16/094: GONZALEZ ESPAÑA Dora Martha, geb. 1977, ecuadorianische Staatsangehörige**
-

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Traktandum 10 ist eine Rückstellung, bitte Pascal Rütsche für die Begründung.

P. Rütsche (SVP): Frau Gonzalez hat leider zu wenig Staatskundekenntnisse kundgetan, deshalb hat die Kommission entschieden, das ein halbes Jahr zurückzustellen. Der Entscheid fiel mit 6:1.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da anderweitige Anträge? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit habt Ihr dieses Gesuch um ein halbes Jahr zurückgestellt.

- 11. B16/096: ÖZTÜRK Abdullah, geb. 1990, mit Kind Miran Can, geb. 2015, türkische Staatsangehörige**
-

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Auch das nächste Gesuch ist eine Rückstellung, bitte Thomas Leemann für die Begründung.

T. Leemann (SVP): Die Bürgerrechtskommission hat Herrn Öztürk befragt und dabei festgestellt, dass die Staatskundekenntnisse noch nicht genügen. Die Bürgerrechtskommission stellt den Antrag um ein halbes Jahr Rückstellung wegen mangelnder Staatskundekenntnisse.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da anderweitige Anträge? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit habt Ihr dieses Gesuch um ein halbes Jahr zurückgestellt.

- 12. B16/105: KHALIKI Ferydun, geb. 1971, und Ehefrau KHALIKI geb. SALIMI Laila, geb. 1978, mit Kindern Roya, geb. 2004, und Barish, geb. 2008, afghanische Staatsangehörige**
-

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Das Traktandum 12 ist eine einstimmige Aufnahme. Gibt es jetzt anderweitige Anträge? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit habt Ihr Herrn Ferydun Khaliki mit Frau Laila und den Kindern Roya und Barish in das Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

13. B16/108: MIFTARI BAJRAMI geb. BAJRAMI Festime, geb. 1982, und Ehemann MIFTARI Sultanali, geb. 1984, mit Kindern MIFTARI Erza, geb. 2009, MIFTARI Yilza, geb. 2012, und MIFTARI Dijar, geb. 2016, mazedonische Staatsangehörige

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Traktandum 13 ist wieder eine Rückstellung, bitte Markus Steiner.

M. Steiner (SP): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 6:1 Stimmen die Rückstellung der Familie Miftari Bajrami um ein halbes Jahr aufgrund mangelnder staatspolitischer Kenntnisse.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es da anderweitige Anträge? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit habt Ihr dieses Gesuch um ein halbes Jahr zurückgestellt.

Ich wünsche allen, die ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen wurden, viel Erfolg auf dem weiteren Weg zum Schweizer Bürgerrecht.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)